

PREPARITY

Transnationales Projekt zur Vorbereitung der EU-Erweiterung • Deutschland | Italien | Österreich

Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuro- päischen EU-Außengrenze zur Vor- bereitung auf die EU-Osterweiterung

Peter Mayerhofer, Gerhard Palme
(Koordination)

Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL

Peter Huber, Gerhard Palme
Dezember 2000



Unterstützt von der Europäischen Kommission.
Preparity wird als Interreg II C Projekt von der
Europäischen Union kofinanziert

Wissenschaftliche Bearbeitung

WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, thal@wifo.ac.at
ifo – Institut für Wirtschaftsforschung, ifodresden@compuserve.com
ISDEE, isdee@spin.it

Nationale und transnationale Gesamtkoordination

Magistratsdirektion EU-Förderungen, Amt der Wiener Landesregierung,
sto@meu.magwien.gv.at

Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Burgenland, Kärnten,
Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Wien
sowie Deutschland und Italien

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Europaforum Wien – Zentrum für Städtedialog, A-1060 Wien, Rahlgasse 3/2
T +43-1-585 85 10-0, F +43-1-585 85 10-30, institut.efw@europaforum.or.at
www.preparity.wsr.ac.at

PREPARITY

Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung

Peter Mayerhofer, Gerhard Palme (Koordination)

Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL

Peter Huber, Gerhard Palme

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC • Förderträger: Ämter der Landesregierungen Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien sowie Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Begutachtung: Peter Mayerhofer

Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Hartmann, Maria Thalhammer

Dezember 2000

E-Mail-Adresse: thal@wifo.ac.at

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen gelten sinngemäß für beide Geschlechter.
2000/412/SP/12397

INHALTSVERZEICHNIS

Verzeichnis der Übersichten	III
Verzeichnis der Abbildungen	IV
Einleitung	1
1. Institutionelle Ausgangsbedingungen für die Regionalpolitik der MOEL	4
1.1 <i>Regionale Strukturen in sozialistischen Planwirtschaften</i>	4
1.1.1 Institutionelle Grundzüge des Wirtschaftssystems	4
1.1.2 Industrialisierung der Peripherie	6
1.2 <i>Regionalpolitik im Schatten makroökonomischer Reformen</i>	10
1.2.1 Makroökonomische Reformen	10
2. Wandel in der regionalen Wirtschaftsstruktur der MOEL	18
2.1 <i>Sektoraler Strukturwandel</i>	18
2.1.1 Dekonzentration in der Industrie und Konzentration bei den Dienstleistungen	18
2.1.2 Rascher Wandel in den Regionen	21
2.2 <i>Stabile regionale Disparitäten</i>	27
2.2.1 Wenige reiche, viele arme Regionen	27
2.2.2 Wenig Flexibilität in den Arbeitsmärkten	32
3. Regionale Struktur der MOEL	36
3.1 <i>Wandel in der Regionsstruktur</i>	36
3.1.1 Agglomeration von Hauptstädten	38
3.1.2 Großstädte	46
3.1.3 EU-Grenzregionen	47
3.1.4 Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	48
3.1.5 Monostrukturierte Industriegebiete	49
3.1.6 Ländliche Gebiete in Randlage	50
3.1.7 Regionale Polarisierung als regionalpolitische Herausforderung	51

3.2	<i>Langfristig beiderseitige Annäherung der Entwicklungsperspektiven in den Grenzregionen</i>	55
3.2.1	Integrationsbeispiele: Keine Divergenz	56
3.2.2	Bisher dynamische Entwicklung in den Grenzregionen mit den MOEL	60
3.3	<i>Wirtschaftsstruktur in den Grenzregionen der MOEL</i>	65
3.3.1	Integrationsfolgen in Grenzregionen	65
3.3.2	Einzelhandel als typische regionale Dienstleistung	68
3.3.3	Arbeitsmärkte in den Grenzregionen der MOEL	72
3.3.4	Möglichkeiten zu grenzüberschreitenden Kooperationen	80
	Zusammenfassung	94
	Literaturhinweise	99

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Moderne Standortfaktoren in den Regionen der MOEL (1990).....	9
Übersicht 2: Institutionelle Strukturen der Regionalpolitik in den MOEL.....	12
Übersicht 3: Sektoraler Strukturwandel in den Regionen der MOEL im Vergleich zu Westeuropa.....	24
Übersicht 4: Sektoraler Strukturwandel in den Regionen der MOEL in Abhängigkeit vom Ausgangs- niveau	24
Übersicht 5: Regionale Disparitäten im Entwicklungsniveau der MOEL 5 und ausgewählten EU Ländern (BIP pro Kopf, 1996)	28
Übersicht 6: Beta-Konvergenz der Löhne in den MOEL	30
Übersicht 7: Zeitlicher Zusammenhang bei Löhnen und Arbeitslosigkeit in Regionen der MOEL.....	30
Übersicht 8: Beta-Konvergenz der Arbeitslosenquote in den MOEL	33
Übersicht 9: Regionsstruktur in der Slowakei und in Polen	37
Übersicht 10: Beschäftigungsentwicklung 1992/1998	39
Übersicht 11: Lohnentwicklung 1992/1998.....	41
Übersicht 12: Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995/1998.....	43
Übersicht 13: Arbeitslosenquote 1998.....	43
Übersicht 14: Regionsstruktur in den MOEL	46
Übersicht 15 : Bevölkerung in den Grenzregionen der MOEL	55
Übersicht 16: Wachstumsfolgen der Integration („Difference in Differences“ Test).....	59
Übersicht 17: Wachstumsfolgen der Integration (Regression)	59
Übersicht 18: Betriebsgröße im Einzelhandel in Ungarn und Slowenien	71
Übersicht 19: Arbeitsmarkt in den Grenzregionen der MOEL.....	75
Übersicht 20: Betriebsgröße in der Industrie der Grenzregionen.....	81
Übersicht 21: Branchenstruktur der Sachgüterproduktion in der slowakischen Grenzregion 1998	84
Übersicht 22: Aussenhandelsstruktur der slowakischen Grenzregion mit Österreich (1998 nach Zollgruppen)	85
Übersicht 23: Branchenstruktur der Sachgüterproduktion in der ungarischen Grenzregion 1998	86
Übersicht 24: Anteil der Grenzregionen an den österreichischen Kooperationen	87
Übersicht 25: Übernachtungen in Grenzregionen	89

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Räumliche Konzentration der Industrie in den MOEL (Herfindahl-Index, 1990)	7
Abbildung 2: Räumliche Konzentration der Industrie in westeuropäischen Ländern (Herfindahl-Index	8
Abbildung 3: Regionale Gliederung der Slowakei (Kraje und Okresy).....	15
Abbildung 4: Regionale Gliederung Tschechiens (Kraje)	15
Abbildung 5: Regionale Gliederung Polens (Wojwodschaften)	16
Abbildung 6: Regionale Gliederung Ungarns (Komitate) und Sloweniens (Statistische Regionen).....	17
Abbildung 7: Veränderung der Konzentration von Sektoren in den MOEL.....	20
Abbildung 8: Sektoraler Strukturwandel von Regionen der MOEL.....	22
Abbildung 9: Sektoraler Strukturwandel in den Regionen der MOEL.....	25
Abbildung 10: Sektorale Struktur der Regionen in ausgewählten EU-Ländern	27
Abbildung 11: Regionale Disparitäten der Löhne in Regionen der MOEL (Variationskoeffizient)	29
Abbildung 12: Verteilung der Löhne über die Regionen der MOEL.....	31
Abbildung 13: Streuung der Arbeitslosenquote über Regionen der MOEL (Variationskoeffizient)	33
Abbildung 14: Verteilung der Arbeitslosenquote über die Regionen der MOEL.....	34
Abbildung 15: Regionsstruktur in Reformstaaten	36
Abbildung 16: Entwicklung der Preise in Tschechien 1991	39
Abbildung 17: Entwicklung der Beschäftigung in den MOEL in den 90er Jahren	40
Abbildung 18: Entwicklung der Löhne in den MOEL in den 90er Jahren	42
Abbildung 19: Veränderung der Arbeitslosenquote in den MOEL in der zweiten Hälfte der 90er Jahre	44
Abbildung 20: Arbeitslosenquote in den MOEL 1998	45
Abbildung 21: Wachstumsunterschiede vor und nach der Süderweiterung der EU	57
Abbildung 22: Wachstumsunterschiede vor und nach der Wiedervereinigung Deutschlands	58
Abbildung 23: Bedeutung des Primärsektors in den Regionen der MOEL.....	61
Abbildung 24: Bevölkerungsdichte in den MOEL.....	62
Abbildung 25: Relative Löhne 1998.....	63
Abbildung 26: Wanderungssalden in den Grenzregionen je 1.000 Einwohner 1998	64
Abbildung 27: Beschäftigte im Handel in den Grenzregionen	70

Abbildung 28: Beschäftigte im Handel je 100 Einwohner 1998.....	72
Abbildung 29: Arbeitslosenquote in den Grenzregionen 1998 in %.....	74
Abbildung 30: Löhne und Gehälter in den MOEL.....	78
Abbildung 31: BIP je Einwohner 1996.....	79
Abbildung 32: Bedeutung des Sekundärsektors in den Regionen der MOEL.....	83
Abbildung 33: Beschäftigte im Beherbergungs- und Gaststättenwesen in den Grenzregionen 1998.....	88
Abbildung 34: Anteile an Universitätsabsolventen an der Bevölkerung in den MOEL in %.....	90
Abbildung 35: Forschung und Entwicklung in den Regionen der Slowakei.....	91
Abbildung 36: Forschung und Entwicklung in den Regionen Ungarns.....	92

REGIONALWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DEN MOEL

PREPARITY – TEILPROJEKT 3

Einleitung

Mit dem Übergang von den sozialistischen Planwirtschaften zu Marktwirtschaften haben sich in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten nicht nur die makroökonomischen Rahmenbedingungen, sondern auch die regionalen Strukturen sehr stark verändert. Die makroökonomischen Entwicklungsperspektiven der MOEL wurden im Teilprojekt 2 von PREPARITY dargelegt. Das vorliegende Teilprojekt von PREPARITY beschäftigt sich mit den regionalwirtschaftlichen Strukturen in den MOEL 5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn). Zwar stehen die Grenzregionen der MOEL im Mittelpunkt des Interesses, da deren Perspektiven aber nicht ohne Bezug zur gesamten regionalwirtschaftlichen Situation einzuschätzen sind, wurde in diesem Teilprojekt der regionale Strukturwandel im gesamten Untersuchungsraum der MOEL 5 untersucht.

Da die regionale Entwicklung in der Transformation unter anderem auch von institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst war, wird im ersten Kapitel dieses Teilprojektes auf die institutionellen Ausgangsbedingungen für die Regionalpolitik der MOEL eingegangen. Obwohl sich mit dem Systemwechsel die institutionellen Regelungen und Verhaltensweisen völlig veränderten, wirkten Ausprägungen aus der sozialistischen Planwirtschaft auch in die Transformation mit hinein. Vor allem traten „versteckte“ Ungleichgewichte oder Ungleichheiten, die im sozialistischen Regime latent unter der Oberfläche vorhanden, offen zutage. Deshalb werden im ersten Abschnitt (von Kapitel 1) die institutionellen Grundzüge der sozialistischen Planwirtschaften skizziert, sofern sie auf die regionalen Strukturen Einfluß nahmen. Insbesondere werden die Anreize und Regelungen dargestellt, die eine Industrialisierung der Peripherie in Verwirklichung des Prinzips räumlicher Gleichheit getragen haben. Im zweiten Abschnitt (von Kapitel 1) wird auf die Regionalpolitik in den neunziger Jahren eingegangen, die ganz im Hintergrund makroökonomischer Reformen stand. Obwohl die wirtschaftspolitischen Maßnahmen regionalwirtschaftliche Auswirkungen hatten, spielte die Regionalpolitik während der Transformation nur eine untergeordnete Rolle, zumindest solange als die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt der MOEL noch nicht aktuell waren. Nach einer kurzen Darstellung der makroökonomischen Reformen wird in diesem Kapitel der Schwerpunkt auf die neuen territorialen Gliederungen in den einzelnen MOEL gelegt. Mit den neuen Regionseinheiten ist auch eine gewisse Dezentralisierung der Regionalpolitik beabsichtigt, auch wenn diese nach wie vor relativ zentralistisch organisiert ist.

Nach diesen eher institutionellen Ausführungen wird im zweiten Kapitel auf den Strukturwandel eingegangen, der in den neunziger Jahren von der Transformation ausgelöst worden war. Die große Bedeutung, welche die Industrie in der sozialistischen Planwirtschaft innehatte, wurde zugunsten einer Ausweitung der Dienstleistungen korrigiert. Der sektorale Strukturwandel setzte auch in vielen Regionen der MOEL ziemlich rasch ein. Damit verbunden war eine Tendenz zur räumlichen Dekonzentration der Industrie und zu einer räumlichen Konzentration bei den Dienstleistungen. Trotz einer erheblichen Änderung in der sektoralen Zusammensetzung weichen die MOEL weiterhin von der Wirtschaftsstruktur der EU ab. Das sind die Hauptresultate des ersten Abschnitts (von Kapitel 2), der sich mit den Veränderungen im räumlichen Muster der beiden Wirtschaftssektoren Industrie und Dienstleistungen beschäftigt. Nun war mit dem sektoralen Strukturwandel die Entstehung regionaler Disparitäten verbunden, da die Investoren in der Sachgüterproduktion wie auch die Gründer von Dienstleistungsunternehmen ganz bestimmte Regionen bevorzugten. Aus Ländern mit geringen regionalen Disparitäten im sozialistischen Wirtschaftssystem wurden Länder mit großen regionalen Disparitäten. In den meisten MOEL sind die regionalen Einkommensunterschiede größer als in EU-Ländern (ausgenommen Slowenien). Wenige reiche Regionen stehen vielen armen Regionen mit großen Problemen auf den Arbeitsmärkten gegenüber. Die Existenz von regionalen Disparitäten in den MOEL wurde im zweiten Abschnitt (von Kapitel 2) empirisch belegt.

Im dritten Kapitel wird dann von regionalwirtschaftlichen Zusammenhängen auf konkrete Regionen übergegangen. Mit Hilfe von sechs Regionskategorien (Agglomeration von Hauptstädten, Großstädte, EU-Grenzregionen, Industrieregionen mit einer vielfältigen Branchenstruktur, monostrukturierte Industrieregionen, periphere ländliche Regionen) wird im ersten Abschnitt (von Kapitel 3) gezeigt, wie unterschiedlich sich die Transformation in einzelnen Regionen auswirkte. Anhand des Wandels in der Regionsstruktur wird die regionale Polarisierung als Folge der Transformation besonders deutlich. Krisenregionen mit hartnäckigen Strukturproblemen stellen eine besonders große Herausforderung für die Regionalpolitik dar, die auch für die EU-Strukturpolitik nicht ohne Bedeutung ist. Einige Überlegungen dazu beenden den ersten Abschnitt.

In den folgenden Abschnitten (von Kapitel 3) wird speziell auf die zu Österreich benachbarten Grenzregionen der MOEL eingegangen. Im zweiten Abschnitt wird die Frage diskutiert, ob sich die Entwicklung zu beiden Seiten der Grenze annähern wird oder ob sich die ökonomische „Bruchlinie“ an der EU-Außengrenze vertiefen wird. Die Antwort wird einerseits aus Erfahrungen mit Integrationen in anderen Regionen (Nordamerika, Süderweiterung der EU, Vereinigung Deutschlands) gesucht, obwohl auf Grund der jeweils speziellen Bedingungen Analogieschlüsse nur bedingt zulässig sind. Deshalb wurde weiters versucht, direkte Anhaltspunkte aus der Entwicklung in den neunziger Jahren unter Berücksichtigung der Wirtschaftsstrukturen für die Grenzregionen des vorliegenden Untersuchungsraums zu erhalten. Im dritten Abschnitt (von Kapitel 3) wird die Wirtschaftsstruktur in den Grenzregionen der MOEL unter dem Aspekt untersucht, inwieweit von dieser die Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern in österreichischen Grenzregionen beeinflusst werden kann. Es wurde einerseits nach empirischen Anzeichen und Argumenten für oder gegen eine spezielle

„Grenzlandförderung“ in Österreich gesucht, die zu rechtfertigen wäre, wenn in österreichischen Grenzregionen eine massive und spezielle Bedrohung von Anbietern auf Gütermärkten (von regional handelbaren Dienstleistungen) oder Faktormärkten zu erwarten wäre. Unter den regional handelbaren Dienstleistungen wird der Einzelhandel und seine Struktur in den Grenzregionen der MOEL untersucht. Auf den Faktormärkten interessieren jene Faktoren der Arbeitsmärkte, die Berufstätige aus den Grenzregionen der MOEL zur Arbeitsaufnahme im Ausland veranlassen könnten. Es geht also nur um die Angebotsseite („push-Faktoren“) von Zuwanderung. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte hat viele öffentliche Diskussionen und Empfehlungen zu „Übergangsregeln“ ausgelöst. Es wurde andererseits nach empirischen Hinweisen gesucht, inwieweit sich die Grenzregionen der MOEL potentiell für grenzüberschreitende Kooperationen eignen. Für eine spezielle Grenzlandförderung konnten keine überzeugenden strukturpolitischen Argumente gefunden werden. Dagegen wurden die strukturellen Voraussetzungen in den MOEL für Kooperationen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von vor allem kleinen und mittleren österreichischen Unternehmen als einigermaßen günstig eingeschätzt.

Allerdings konnte die Strukturanalyse in den Grenzregionen der MOEL auf Grund fehlender Daten nur sehr grob und unter Verzicht auf Details vorgenommen werden. Datenprobleme haben grundsätzlich die vorliegende Untersuchung über den regionalwirtschaftlichen Wandel in den MOEL beeinträchtigt.

1. Institutionelle Ausgangsbedingungen für die Regionalpolitik der MOEL

1.1 Regionale Strukturen in sozialistischen Planwirtschaften

1.1.1 *Institutionelle Grundzüge des Wirtschaftssystems*

Im System sozialistischer Planwirtschaften herrschten institutionelle Regelungen und Verhaltensweisen vor, die sich grundlegend von den Rahmenbedingungen und vorherrschenden „Rationalitäten“ in Marktwirtschaften unterschieden. Anreize, die nicht ertragsorientiert, sondern in einem System zentralistischer Organisationen teilweise politisch vorgegeben waren, bestimmten die Institutionen sozialistischer Planwirtschaften. Entlohnung und Karrierechancen der Manager staatlicher Unternehmen waren vor allem an die Planerfüllung gebunden. Da der Plan in physischen Einheiten berechnet wurde und der Finanzplan nur eine Ableitung des physischen Plans war, erlangten Ertragskennzahlen (wie etwa der Gewinn) nur eine geringe Bedeutung für Entscheidungen. Dazu kam, dass Unternehmen nicht autonom investieren konnten, und etwaige Gewinne durch unternehmensspezifische Steuern jederzeit aus den einzelnen Unternehmen abgezogen werden konnten. Die Chance auf einen hohen Gewinn wog aus Sicht der Verantwortlichen nur wenig gegenüber der Gefahr eines nicht erfüllten Planziels, insbesondere mußten Stillstände in der Produktion vermieden werden. Diese Vorgaben führten zu einer hohen Risikoaversion der Manager, die wenig Bereitschaft zu Investitionen und Innovationen zeigten. Das Management versuchte weiters, die gesamte Wertschöpfungskette innerhalb der Unternehmen zu kontrollieren. Die Folgen waren äußerst große Unternehmens- und Betriebseinheiten und ein hoher Grad an vertikaler und horizontaler Integration der Produktionsprozesse. Weiters wurden hohe Inventarbestände angehäuft, wodurch sich die Rentabilität des Kapitals zusätzlich verringerte. Die großen Betriebe hatten oftmals eine Monopolstellung auf dem heimischen Markt inne. Großbetriebe ermöglichten die Umsetzung unternehmensinterner Größenvorteile, denen eine zentrale Bedeutung in der marxistischen Wirtschaftslehre zukam. Dennoch war ihre Arbeitsproduktivität gering, weil Arbeitskräfte gehortet wurden, um eine offene Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Strukturelle Überbeschäftigung oder versteckte Arbeitslosigkeit waren also die makroökonomischen Folgen dieser Verhaltensweisen.

In der marxistisch-leninistischen Ideologie wurde die soziale Rolle von Unternehmen betont, die zudem eine leichtere Kontrolle der sozialen Prozesse im Lande ermöglichte. So stellten sozialistische Unternehmen Dienstleistungen bereit, die in Marktwirtschaften typischerweise von Kommunen angeboten werden: z.B. Erhaltung von Kindergärten, Krankenhäusern und kulturellen Einrichtungen, Beschaffung von Wohnraum. Weiters führte das Ziel der Proletarisierung der Bevölkerung zu einer starken Entwicklung der traditionellen Schwerindustrie. In enger Verbindung dazu stand der militärische Komplex, der als besonders wichtig zur Verteidigung des gesamten sozialistischen Blocks erachtet wurde. Dadurch wurden Ressourcen in wenig produktive militärische Projekte gebunden. Die Überbetonung der Schwerindustrie hatte nach dem Zusammenbruch der traditio-

nellen Absatzmärkte des COMECON zur Folge, dass Regionen entstanden, die nach westlicher Terminologie als alte Industriegebiete einzustufen sind.

Auch das Bank- und Geldwesen war in der zentralen Planwirtschaft völlig anders organisiert. Es bestand entweder aus einer Zentralbank, die sowohl die Geld- und Währungspolitik als auch das Kommerzgeschäft administrierte, oder es war als ein „two-tier System“ mit einer Zentralbank und einer Vielzahl kleiner und zumeist sektoral spezialisierter Banken aufgebaut (Hilbers, 1993). Die Spezialbanken reflektierten die Dominanz der Sachgüterproduktion im Sozialismus, da sie oftmals Finanzierungszweige der großen Firmen-Konglomerate waren. In bezug auf den Geldfluß gab es zwei vollkommen getrennte Kreisläufe. Einer diente der Konsumsphäre, in der fast ausschließlich Bargeld verwendet wurde, und der zweite der Versorgung der Produktionssphäre, in der Kredite überwogen.

Die Geldpolitik hatte die Aufgabe, die zur Planerfüllung notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Hingegen wurde das Ziel der Preisstabilität bzw. der Wahrung des äußeren Wertes der Währung, wie er für westliche Nationalbanken typisch ist, durch administrative Festsetzungen von Preisen und Wechselkursen gewährleistet. Dabei überschritt die Geldschöpfung in den meisten Planwirtschaften deutlich das zur Sicherung der Preisstabilität notwendige Ausmaß. Der so induzierte Nachfrageüberhang äußerte sich in Warteschlangen vor den Geschäften und in Schwarzmarktaktivitäten. Neben diesen makroökonomischen Ungleichgewichten gab es auch mikroökonomische Probleme im Bankwesen. Insbesondere verfügten die sozialistischen Banken kaum über Ressourcen zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und waren zumeist durch eine große Anzahl uneinbringlicher Forderungen belastet (Buch, 1993). Auch gab es relativ wenig Anreize zu Schaffung eines effizienten Zahlungssystems.

Ebenfalls vollkommen anders als in Marktwirtschaften funktionierte der Außenhandel, der in zentralen Planwirtschaften typischerweise über staatliche Handelsfirmen abgewickelt wurde¹⁾). Die Handelsagenturen waren entweder Teil eines großen Firmen-Konglomerates oder sie besaßen ein Exportmonopol für gewisse Gütergruppen. Auf diese Weise wurde der direkte Kontakt zwischen westlichem Ausland und Produzenten minimiert, was regionale Ungleichheiten in den sozialistischen Ländern verursachte. Da die Zahl der Außenhandelsorganisationen zumeist sehr gering war, bestand nur an wenigen Orten ein Wissen über die möglichen Käufer im Ausland. Dieses Wissen fehlte insbesondere bei kleineren Betrieben vollkommen, die keine eigenen Außenhandelsorganisationen hatten. Damit mangelte es in vielen Regionen an Kenntnissen über die internationalen Märkte, was sich im Systemübergang zweifellos als Nachteil erwies. Durch die Organisation des Außenhandels verschärften sich aber auch makroökonomische Ungleichgewichte. Da der Export in das westliche Ausland primär die Funktion hatte, notwendige Importe zu finanzieren, und die Devisenbewirtschaftung zu überhöhten offiziell fixierten Wechselkursen führte, waren die für Exporte erzielten Preise in keiner Weise an die Produktionskosten der Produkte gebunden.

¹⁾ Daher der Begriff Staatshandelsländer.

Auf völlig anderen Grundlagen basierte auch das öffentliche Finanzwesen. Manche in Marktwirtschaften erforderliche Sozialleistungen fielen gar nicht an, andere wurden nicht vom Staat erbracht. Beispielsweise gab es keine (offene) Arbeitslosigkeit und demnach keinen Bedarf an Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Eine Reihe von öffentlichen Dienstleistungen – insbesondere solche, die in vielen Ländern auf der lokalen Ebene erbracht werden – wurden von großen Unternehmen bereitgestellt. Dadurch waren die lokalen Entscheidungsträger eng mit dem Management von wichtigen Großbetrieben einer Region verknüpft. Oftmals vertraten die Manager von Staatsbetrieben und lokale Politiker gemeinsame Interessen gegenüber dem Zentralstaat. Im Gegensatz zu Marktwirtschaften konnten lokale Gebietskörperschaften keine Instrumente wie zum Beispiel Förderungen einsetzen, sondern mußten ihre Interessen in Verhandlungen wahrnehmen. Wollten Gemeinden die Qualität ihrer Infrastruktureinrichtungen erhöhen, so galt es, entweder die Ansiedlung eines Großbetriebes zu erlangen, oder aber im Plan höhere soziale Infrastrukturinvestitionen für die bestehenden Betriebe durchzusetzen.

In den sozialistischen Planwirtschaften waren auch die Aufgaben der Gebietskörperschaften anders verteilt und der Finanzausgleich besonders geregelt. Die regionalen und lokalen Behörden übten nur eine ergänzende Funktion aus, sie waren selbst in jenen Bereichen keine gleichberechtigten Partner, wo unmittelbare lokale Interessen berührt wurden. So war in der ehemaligen Tschechoslowakei seit der Einführung des Raum- und Stadtplanungsgesetzes im Jahr 1958 die gesamte Regionalplanung eine Aufgabe des „Fünf Jahres Plans“. Obwohl die regionalen Gebietskörperschaften über eigene Einnahmen verfügten²⁾, wurden die lokalen Budgets primär durch das Zentrum kontrolliert und waren dem Plan untergeordnet.

1.1.2 Industrialisierung der Peripherie

Die institutionellen Besonderheiten der Planwirtschaft beeinflussten auch die regionale Arbeitsteilung im sozialistischen System, die zu Marktwirtschaften abweichenden Verhaltensweisen hatten Besonderheiten in den regionalwirtschaftlichen Strukturen zur Folge.

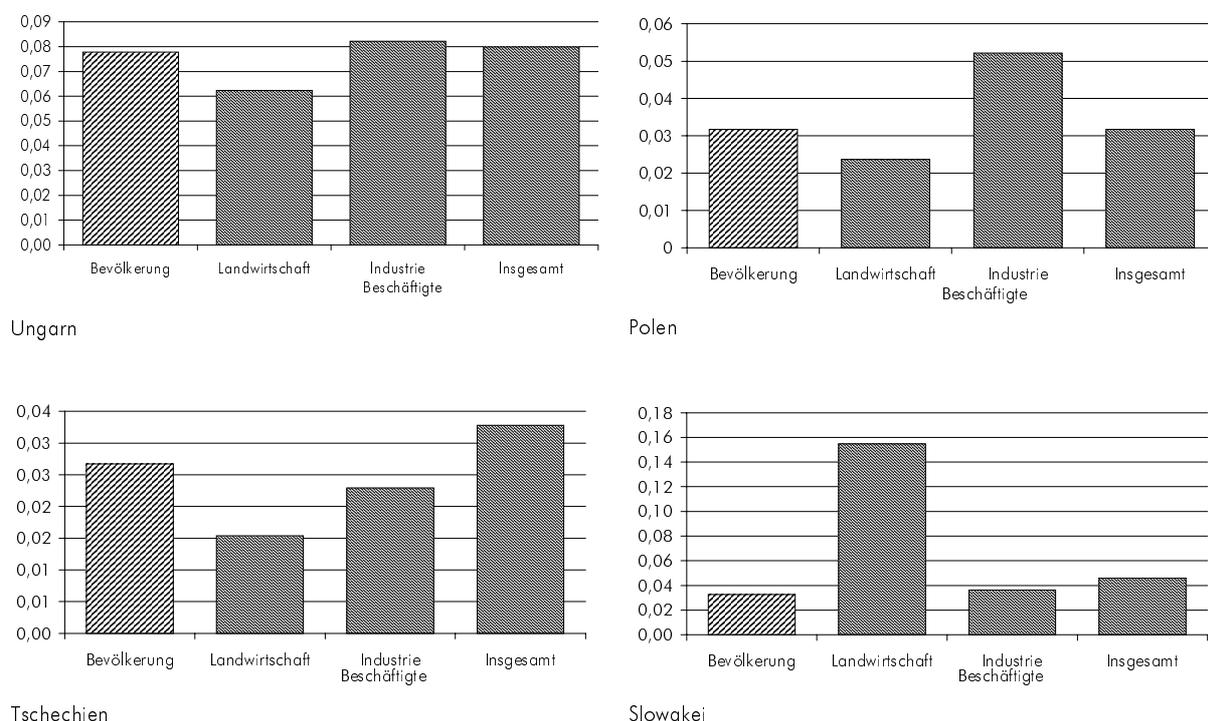
Die Industrie war der dominierende Wirtschaftssektor, auf den viele politische, teilweise sich widersprechende Interessen einwirkten. Dadurch wurden oftmals Entscheidungen über Industriestandorte ineffizient getroffen, zumindest wenn diese nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Legitimiert wurden die politischen Interessen häufig mit dem Prinzip der Gleichheit im Prozeß der Regionalplanung, das aber nicht immer eindeutig festgelegt war. So wurde in der ehemaligen Tschechoslowakei im ersten Fünf Jahres Plan die „sozialistische Industrialisierung“ der Slowakei festgeschrieben (Hamilton, 1973). Hingegen war in Polen und der ehemaligen DDR das Ziel der regionalen Gleichverteilung nur über Allgemeinklauseln im Gesetz festgelegt (Hamilton, 1973 und Autorensgemeinschaft, 1988). Bei der Priorität des militärischen Sektors wurden ineffiziente Standortentscheidungen mit strategischen Überlegungen gerechtfertigt. In der Konsumgüterindu-

²⁾ Smith (998) meldet für die Kommunen einen Anteil der eigenen Einnahmen zwischen 30% und 40%.

strie ließen sich Ineffizienzen leichter durchsetzen. Die Entscheidungen über Ansiedlungen waren aber auch nicht völlig unabhängig von Effizienzüberlegungen. Insbesondere wurden bei Entscheidungen über die Schwerindustrie östliche Regionen der MOEL bevorzugt, weil hier die Transportkosten für die aus der ehemaligen Sowjetunion bezogenen Rohstoffe gering waren (Mawson, 1993).

Das Modell der sozialistischen Industrialisierung war von dem Motiv getragen, die Arbeit zu den Arbeitern zu bringen. Deshalb wurden periphere, vor der kommunistischen Machtergreifung wenig industrialisierte Regionen bevorzugt. Zumeist siedelten die großen Konglomerate Produktionsstätten mit geringer Wertschöpfung und Profitabilität an. Diese „verlängerten Werkbänke“ waren jeweils der wirtschaftliche und gesellschaftliche Mittelpunkt von sogenannten „Company-Towns“, das sind kleine Städte, in denen das wirtschaftliche Wohlergehen und das öffentliche Leben von einzelnen Unternehmen bestimmt wurde. Um diese Ansiedlungsbetriebe bildeten sich relativ geschlossene Arbeitsmärkte aus. Durch die geringe Selbständigkeit der regionalen Gebietskörperschaften und die zentralistische Struktur des sozialistischen Staates war nur wenig administratives Know-how in der regionalen Selbstverwaltung vorhanden.

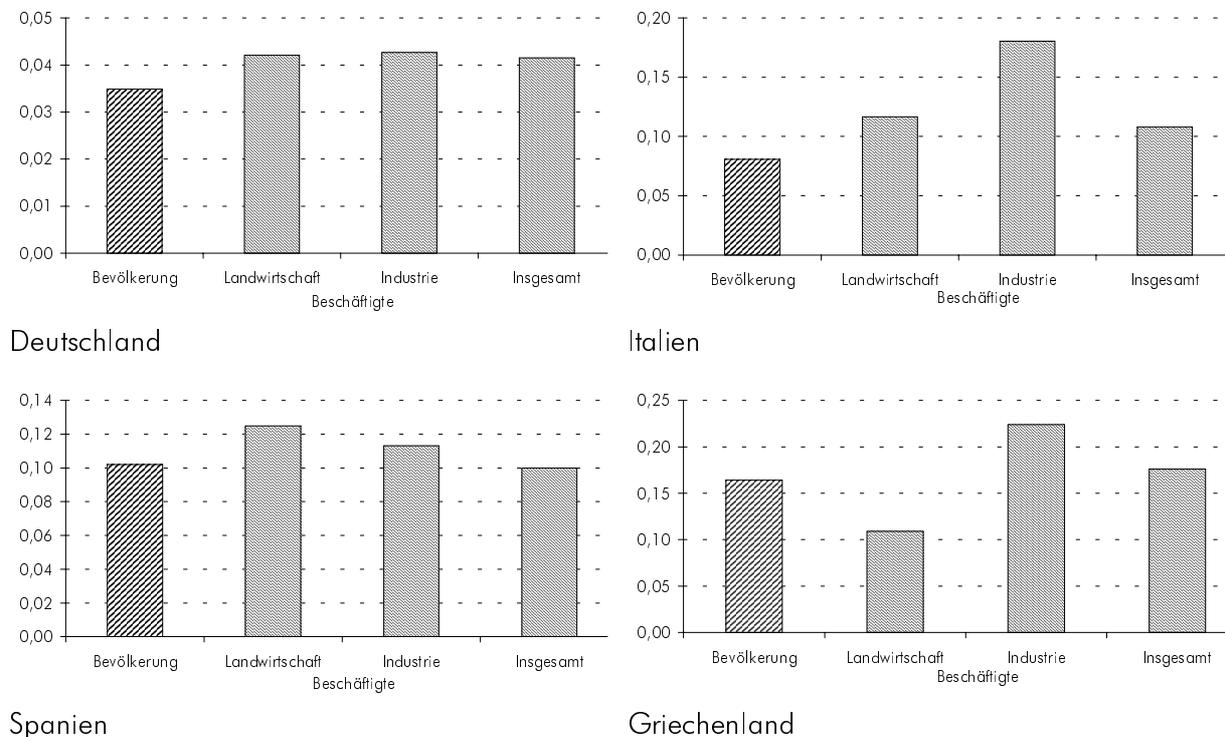
Abbildung 1: Räumliche Konzentration der Industrie in den MOEL (Herfindahl-Index, 1990)



Durch die Industrialisierung der Peripherie war die Industrie im Sozialismus viel gleichmäßiger über Regionen verteilt als in Marktwirtschaften. Im Sozialismus war die Regionalpolitik hauptsächlich

dem Ziel einer regionalen Gleichverteilung verpflichtet. So war in Tschechien und der Slowakei die Industriebeschäftigung gleichmäßiger über die Regionen angeordnet als die Gesamtbeschäftigung oder die Bevölkerung (Abbildung 1). In Ungarn war die Industrie in etwa gleich zur Wirtschaft oder Bevölkerung verteilt. Im Vergleich dazu war die Industrie in EU-Ländern erheblich stärker konzentriert als die Gesamtbeschäftigung oder die Bevölkerung (Abbildung 2). Eine Ausnahme stellte nur Polen dar, wo durch die Dominanz des Industriereviers von Oberschlesien die Industrie relativ stark konzentriert ist. Allerdings ist ein Vergleich der räumlichen Konzentration der Industrie über einzelne Länder nicht zulässig, da das verwendete Konzentrationsmaß (Herfindahl-Index³) von der Anzahl der Regionen abhängt.

Abbildung 2: Räumliche Konzentration der Industrie in westeuropäischen Ländern (Herfindahl-Index, 1990)



Die starke Betonung der regionalen Gleichverteilung spiegelte sich auch im Wohlstand wider. Stellt man, mangels Daten über das regionale Bruttoinlandsprodukt, auf das regionale Lohnniveau ab, dann zeigen sich recht eindrücklich die geringe regionalen Disparitäten in den MOEL. In Tsche-

³) Der Herfindahl-Index ist eine Kennzahl über die absolute Konzentration. Er ist definiert als die Summe der quadrierten Anteile einer Verteilung. Ist ein Sektor vollständig auf eine Region konzentriert, so nimmt der Herfindahl-Index den Wert 1 an. Ist ein Sektor über alle Regionen gleich verteilt, dann beträgt der Herfindahl-Index $1/n^2$, wobei n die Anzahl der Regionen ist. Der Herfindahl-Index ist also nicht unabhängig von der Anzahl der Regionen (je mehr Regionen, desto kleiner der Index), weshalb internationale Vergleiche nicht sehr aussagekräftig sind.

chien war 1989 das durchschnittliche Niveau der Region mit den höchsten Löhnen in etwa 1,3 mal so groß wie jenes in der Region mit den niedrigsten Löhnen, und in der Slowakei lag dieses Verhältnis bei 1,2. Im Vergleich dazu betrug dieses die regionale Spannweite der Löhne betreffende Verhältnis in Österreich 2,5 (nach Volkszählung 1990). In Abweichung zu den meisten Marktwirtschaften, wo die Entlohnung in den Großstädten am günstigsten ist, wurden in den sozialistischen Ländern die höchsten Löhne in den Regionen mit einem hohen Anteil an Schwerindustrie und im Bergbau gezahlt: Most (Nordböhmen), Karvina (Nordmähren) bzw. Povaszka Bystrica (Westslowakei)

Übersicht 1: Moderne Standortfaktoren in den Regionen der MOEL (1990)

	Ungarn	Polen*	Tschechien	Slowakei
<i>Telefonanschlüsse / 100 Einwohner</i>				
Maximum (Hauptstadt)	20,5	21,2	70,4	63,4
Minimum	2,2	6,0	11,1	11,5
Median	4,5	8,4	23,4	21,0
Arithmetisches Mittel	7,6	9,3	25,8	22,4
Arithmetisches Mittel ohne Hauptstadt	4,4	9,1	25,2	21,3
<i>Universitätsabsolventen in % d. Bevölkerung</i>				
Maximum (Hauptstadt)	15,0	20,2	13,0	16,7
Minimum	4,7	8,7	2,0	2,0
Median	5,5	11,2	3,9	4,0
Arithmetisches Mittel	7,2	11,81	4,3	4,74
Arithmetisches Mittel ohne Hauptstadt	5,4	11,6	4,2	4,40

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - *1992.

Allerdings führte das sozialistische System nur scheinbar zu einem Ausgleich regionaler Ungleichheiten, denn aus der „funktionalen Verteilung“ ergaben sich „versteckte“ regionale Disparitäten (Smith, 1998). Funktional waren die regionalen Ungleichgewichte in den sozialistischen Ländern viel stärker ausgeprägt als in den meisten Marktwirtschaften. Die Tendenz zur Bildung sehr großer industrieller Konglomerate führte dazu, dass das Wissen über potentielle Lieferanten und Kunden vor allem in den Zentralen der großen Konzerne angesiedelt war, die zumeist in den Hauptstädten oder Großstädten ihre Standorte hatten. Beispielsweise hatten im Jahr 1967 51% aller tschechischen Betriebe und im Jahr 1980 55% ihren Unternehmenssitz in Prag (Dostal - Hampl, 1994). Auch die Entscheidungs- und Planungsfunktionen der zentralen Planwirtschaft wurden überwiegend in den Hauptstädten wahrgenommen. Ebenso konzentrierten sich 1980 die tschechischen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zu 55% auf Prag. Weiters haben sich wichtige Standortfaktoren einer „modernen“ Wirtschaft, wie Humankapital und Telekommunikationseinrichtungen sehr ungleich über die Regionen verteilt (Übersicht 1). In den Hauptstädten und den übrigen Großstädten gab es die meisten Telefonanschlüsse und lebten die am besten ausgebildeten Berufstätigen.

Andererseits waren sehr viele Regionen nur unterdurchschnittlich mit diesen Standortfaktoren ausgestattet. Dadurch waren zu Beginn der Transformation unterschiedliche Ausgangsbedingungen für die Entwicklungsperspektiven der Regionen gegeben. Lediglich in Polen waren die funktionalen Ungleichgewichte zwischen den Regionen schwächer ausgeprägt.

1.2 Regionalpolitik im Schatten makroökonomischer Reformen

1.2.1 Makroökonomische Reformen

Die Lösung makroökonomischer Probleme stand eindeutig im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Reformen. Zu Beginn der Transformation wurden aus versteckten makroökonomischen Ungleichgewichten im sozialistischen System offene. Arbeitslosigkeit, Inflation, Handelsbilanzdefizite oder hohe Auslandsschulden waren einige der größten Probleme. Auch wenn Notwendigkeit einer makroökonomischen Wirtschaftspolitik unbestritten war, gingen die Meinungen in bezug auf Abfolge und Tempo von Reformen auseinander.

Vertreter radikaler Reformen (sogenannter „Schock-Therapien“) gingen von neoklassischen Ansätzen aus und plädierten für ein relativ rasches Tempo. Sie betrachteten die Reformstaaten als eine institutionelle „Tabula rasa“, wonach die Institutionen des real existierenden Sozialismus mit dem politischen Ende des Regimes untergegangen waren und die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft rasch und ohne Rücksicht auf die Vergangenheit geschaffen werden konnten. Polit-ökonomische Überlegungen stützten die Auffassung, dass nur kurz ein „Fenster an Möglichkeiten“ für die politische Durchsetzbarkeit von Reformen offen stünde, ehe sich oppositionelle Kräfte formiert haben (Roland, 1994). Erfolg und Nichterfolg der Transformation hängen somit in erster Linie von Gestaltung der Reformen ab, die vor allem Prozesse des Wachstums erleichtern sollten.

Demgegenüber gingen die Anhänger gradueller Reformen von evolutionären Ansätzen aus, indem sie die Pfadabhängigkeit des institutionellen Umbaus in Mittel und Osteuropa betonten (z.B. Grabherr - Stark, 1996, 1996a). Formelle und informelle Netzwerke der sozialistischen Ära spielten weiterhin eine Rolle. Demnach beeinflussten die zwischen den Reformstaaten unterschiedlichen institutionellen Ausgangsbedingungen die Weiterentwicklung. Jeder Reformstaat hatte nur eine eingeschränkte Anzahl an Möglichkeiten zur Verfügung und war im Tempo des institutionellen Wandels begrenzt. Die Vertreter dieser Ansätze argumentierten, dass die Schock-Therapie die Existenz marktwirtschaftlicher Institutionen voraussetze, die aufzubauen einige Zeit in Anspruch nehmen (Gligorov, 1994). Wegen der Pfadabhängigkeit des Erfolgs wird jede Revision von Reformen sehr kostspielig oder gar unmöglich.

Empirische Untersuchungen kamen zumeist zu dem Ergebnis, dass sowohl die Startbedingungen als auch die Art der Reformpolitik die makroökonomische Entwicklung der Reformstaaten im Systemübergang beeinflusst hatten (vgl. u.a. Sachs, 1996, Fischer - Sahay, 2000).

Ungeachtet dieser Auffassungsunterschiede waren sich die wirtschaftspolitischen Reformer über die zentralen Anliegen zu Beginn der Transformation weitgehend einig (*Blanchard et al.*, 1991; *Lipton – Sachs*, 1990; *Kornai*, 1989):

- a) Stabilisierung und Preisliberalisierung, welche ursprünglich das Ziel hatten die staatlichen Subventionen zu verringern und der Inflation vorzubeugen;
- b) Privatisierung der Staatsunternehmen, die auf eine Schaffung von wohldefinierten Eigentumsrechten abzielte;
- c) Reform des Bankwesens, die eine Entkoppelung der Zentralbank und der Geschäftsbanken anstrebte und außerdem das Problem der Überschuldung der bestehenden Staatsunternehmen lösen sollte;
- d) Umstrukturierung der staatlichen Finanzen, vor allem Reform des Steuersystems, Schaffung eines Arbeitslosen- und Sozialversicherungssystems;
- e) Öffnung zum Westen durch eine Reform des Außenhandels, eine Freigabe der Wechselkurse und die Ermöglichung von ausländischen Direktinvestitionen.

Obwohl sich die massiven Reformen unterschiedlich auf einzelne Regionen auswirkten, spielten regionalpolitische Gesichtspunkte in der ursprünglichen Diskussion eine geringe oder gar keine Rolle. Regionalpolitik stellte in den meisten MOEL kein zentrales Politikfeld dar, obwohl während der Transformation die formale Gleichheit der Regionen auseinanderbrach und die funktionale Ungleichheit „ungeschminkt“ zutage trat. Allerdings wurde spätestens seit der Vorbereitung auf den EU-Beitritt eine klare Festlegung der Kompetenzen und eine geeignete territoriale Gliederung notwendig.

1.2.2 Institutionen der Regionalpolitik

Die regionalpolitische Handlungsfähigkeit war durch ein mangelndes institutionelles Umfeld und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ministerien und Regionalbehörden erheblich eingeschränkt. Daraus resultierte eine oftmals erratisch erscheinende Regionalpolitik, die ohne theoretische Basis und langfristige Perspektiven betrieben wurde. „Die staatliche Regionalpolitik der Transformationsphase von 1990 bis 1995 ist gekennzeichnet durch die Abwesenheit einer programmatischen und vorausschauenden Grundlage für eine langfristige regionale Entwicklungspolitik, eine unklare Kompetenzverteilung zwischen den zentralen Regierungsstellen und die Diskrepanz zwischen Zielen und institutionellen und finanziellen Ressourcen“ (*Abraham - Eser*, 1999, S 91). Dementsprechend gering waren die finanziellen Mittel, die für Regionalpolitik ausgegeben wurden. *Bachtler - Downes* (1999) errechnen Ausgaben in der Größenordnung von 0,03% bis 0,2% des Bruttoinlandsproduktes der einzelnen MOEL. *Dorgai* (2000) schätzt die Ausgaben der ungarischen Regionalpolitik auf etwa 25 Mrd. Forint oder 20% des Landwirtschaftsbudgets.

Die Priorität von Wachstumszielen in der nationalen Wirtschaftspolitik wirkte sich auch auf die Zielsetzungen der Regionalpolitik aus. Das Effizienzziel wurde in der Regionalpolitik der Reformstaaten viel stärker betont als das Ziel des regionalen Ausgleichs. Nach den Grundsätzen einer im Jahr 1996 eingerichteten Task Force for Regional Development in Polen soll „die zukünftige polnische Regionalpolitik darauf ausgerichtet sein, ein hohes nationales Wirtschaftswachstum zu unterstützen, die Wettbewerbsfähigkeit polnischer Waren und Dienstleistungen im europäischen und globalen Maßstab zu erhöhen und Polen als Investitionsstandort für ausländisches und inländisches Kapital attraktiver machen“ (Abraham - Eser, 1999, S 91). Das Ziel des regionalen Ausgleichs tritt nur ergänzend – in Form der Förderung derzeit noch unterentwickelter Regionen – in Erscheinung. Auch in Ungarn verfolgt die Regionalpolitik nach Meinung einiger Experten – trotz anders lautender Bestimmungen in den maßgeblichen Rechtsgrundlagen – nicht das Ziel, die Regionen an ein gemeinsames Wohlstandsniveau heranzuführen, sondern die nationale Wachstumspolitik zu unterstützen (Simon, 1999). Lediglich Slowenien stellt eine Ausnahme dar, hier ist die Regionalpolitik vor allem auf die Unterstützung von Regionen mit besonders ungünstiger Bevölkerungsentwicklung ausgerichtet (Bachtler - Downes, 1999).

Nachdem in den meisten Kandidatenländern die wichtigsten institutionellen Reformvorhaben auf nationaler Ebene erledigt waren, wurden auch Institutionen zur Abwicklung der Regionalpolitik geschaffen. Zumindest auf nationaler Ebene sind in allen Ländern Institutionen der Regionalpolitik implementiert worden. Dabei zeigt sich im Vergleich zu Österreich eine größere Präferenz für zentralistische Lösungen (Übersicht 2). In Slowenien und Tschechien gibt es eigene Ministerien mit den entsprechenden nachgeordneten Behörden, die für die Umsetzung und Koordination der Regionalpolitik verantwortlich sind. In Ungarn ist das Innenministerium und seine nachgeordneten Dienststellen für die Regionalpolitik verantwortlich, während in Polen die Regionalpolitik eine Querschnittsmaterie ist, die allerdings durch gemeinsame nachgeordnete Behörden administriert wird.

Übersicht 2: Institutionelle Strukturen der Regionalpolitik in den MOEL

Land	Ministerium	Umsetzungsbehörden	Subnationale Körperschaften
Tschechische Republik	Regionalentwicklung	Zentrum für Regionalentwicklung Böhmisch Mährische Entwicklungsbank	Regionalentwicklungs-Agenturen
Ungarn	Inneres	Nationale Regionalentwicklungs-Räte	
Polen	Querschnittmaterie	Polnische Agentur für Regionalentwicklung Regierungszentrum für strategische Studien	Regionalentwicklungs-Agenturen
Slowenien	Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklung		

Q: Bachtler - Downes, 1999.

Auf regionaler Ebene sind die institutionellen Rahmenbedingungen für die Regionalpolitik ständig geändert worden. Die Möglichkeiten der regionalen Selbstverwaltung sind ebenfalls sehr unterschiedlich festgelegt und in einigen Ländern sogar ungeklärt. Gewählte Regionalvertretungen gibt es derzeit nur in Ungarn (auf Komitatsebene) und in Polen (auf Ebene der Wojwodschaften). In beiden Ländern werden jedoch diese Regionalparlamente in ihrer Funktion durch nationale Organe beschränkt, um eine möglichst große Kohärenz der Regionalpolitik mit der nationalen Politik sicherzustellen (Abraham - Eser, 1999). In Polen steht den Regionalparlamenten ein von der Zentralregierung entsandeter „Marschal“ vor. In Ungarn wird die Komitatsvertretung in der Regionalpolitik durch „Entwicklungsräte“ ergänzt, die für die Koordination der Regionalpolitik verantwortlich sind und in denen Vertreter der Zentralregierung die Mehrheit innehaben (Simon, 1999). Unklar ist, ob die „Entwicklungsräte“ weitere Kompetenzen erwerben sollen oder nicht (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, 2000). In der Slowakei und Tschechien sind Regionalvertretungen zwar vorgesehen, aber bisher noch nicht realisiert (Bercik, 1999). Hingegen ist in Slowenien keine regionale Selbstverwaltung über der Ebene der Gemeinden beabsichtigt (Bachtler - Downes, 1999).

Neben klaren Kompetenzen setzen funktionsfähige regionale Verwaltungsebenen auch zweckmäßige territoriale Einheiten voraus. Von Anfang an war klar, dass die im Sozialismus entstandenen Gebietseinheiten für eine sinnvolle Raumpolitik ungeeignet sind und einer Reform bedürfen. Bereits kurz nach den makroökonomischen Reformen wurde eine Kompetenzaufteilung zwischen Zentralstaat und den Regionen gewünscht. Das Bedürfnis nach Dezentralisierung ging in einigen Ländern bis zur Bildung neuer Staaten (ehemaliges Jugoslawien, ehemalige Tschechoslowakei). Die Entwürfe zu neuen territorialen Gliederungen wurden heftig diskutiert, wobei sich die Debatte um mehrere Leitthemen drehte: Formale und fachliche Kompetenzen der Regionen, Schaffung von regionalen Selbstverwaltungskörpern, Vorbereitungen auf den EU-Beitritt und Probleme mit regionalen Identitäten.

Die Regionen hatten im Laufe der sozialistischen Entwicklung einige Macht aufgebaut, die dem politischen Widerstand gegen den Systemübergang hätte dienen können. Dies veranlasste einige Regierungen, die übernommenen regionalen Strukturen zu zerschlagen. So wurden in der ehemaligen Tschechoslowakei zunächst die Selbstverwaltungskompetenzen der zweiten territorialen Ebene (Kraj) abgeschafft und die Behörden der dritten Verwaltungsebene (Okres) zu untergeordneten Dienststellen der Zentralregierung erklärt (Dostal, 2000). Begründet wurde diese Maßnahme vor allem mit der Bündelung knapper Kompetenzen, sie diente aber auch einer Absicherung der politischen Macht für die im Zentrum angesiedelten Reformkräfte (Patocka, 1999). Unter ähnlichen Gesichtspunkten wurden Anfang der neunziger Jahre Gemeindereformen durchgeführt. Größere Gemeinden wurden zerstückelt und übrigblieben oftmals nur sehr kleine und wenig schlagkräftige Gemeinden. In Ungarn wurde zum Beispiel die Anzahl der Gemeinden durch die Gebietsreform von 1990 verdoppelt, wobei nunmehr ein Drittel der Gemeinden weniger als 500 Einwohner hat. In Tschechien wurden ungefähr 2000 neue Gemeinden geschaffen. Nur in Polen und Slowenien

wurde keine nennenswerte Änderung der Gemeindestrukturen vorgenommen (*Bachtler - Downes, 1999*).

Mit den Bestrebungen, der Europäischen Union beizutreten, entstand die Notwendigkeit, Gebiets-einheiten nach den Grundlagen für die europäische Regionalpolitik zu definieren (NUTS 2 und NUTS 3 Regionen). Die ursprünglichen Gebietseinheiten der MOEL waren tendenziell zu klein. 1995 gab es in allen assoziierten Ländern mit etwa 105 Millionen Einwohnern 550 Regionen der zweiten Ebene, während die Europäische Union mit 185 NUTS 2 Regionen für 370 Millionen Einwohner auskommt (*Illes, 1999*). Lösungen wurden unter anderem auch dadurch erschwert, dass die Kriterien zur Förderung der Regionen bereits feststanden. So waren insbesondere die Hauptstädte, die bis zum Beitritt aus dem Katalog der potentiellen Ziel 1 Gebiete herausfallen könnten, an einer gemeinsamen Region mit dem Umland interessiert, um auf diese Weise die Förderansprüche abzusichern. Aber auch andere Regionen verfolgten Eigeninteressen. In der Slowakei versuchten zum Beispiel einzelne Städte zu Bezirkshauptstädten aufgewertet zu werden, weil sie sich davon neue Entwicklungsimpulse versprachen (*Bercik, 1999*).

In Slowenien fehlten historisch gewachsene regionale Identitäten, die als Grundlage für eine Definition von Regionen über der Gemeindeebene hätten fungieren können (*Bival, 1995*). Jedoch wurde bei einer territorialen Gliederung entlang historischer Gegebenheiten auch das Aufkommen neuer nationalistischer Bewegungen befürchtet. In Tschechien wurde zum Beispiel nach den Erfahrungen aus der Trennung von der Slowakei bewußt nicht auf die historische Trennung zwischen Böhmen, Mähren und Schlesien Rücksicht genommen (*Potocka, 1999*). Aber auch in anderen MOEL mit nationalen Minderheiten (z.B. Slowakei, Ungarn) hat die Besorgnis um die Entstehung nationaler Ansprüche die Diskussion der Regionalisierung beeinflusst (*Abraham - Eser, 1999*).

Inwieweit das zumeist in den letzten zwei bis drei Jahren geschaffene System der Regionalpolitik fähig ist, die zu erwartende erhebliche Mittelausweitung für die EU-Regionalpolitik administrativ und technisch zu bewältigen, läßt sich noch nicht beurteilen. Zweifellos wird einiger Know-how Transfer zwischen EU und MOEL vor dem Beitritt – im Rahmen der Heranführungstrategie – notwendig sein, um die zum Teil unterschiedlichen Zielvorstellungen der Regionalpolitik und ihre unterschiedlichen institutionellen Gegebenheiten aneinander heranzuführen.

Nach zum Teil recht langwierigen Verhandlungen sind nunmehr in Tschechien, Slowenien, Polen, und der Slowakei neue Territorien implementiert. In der territorialen Neugliederung wurden in den einzelnen MOEL 5 unterschiedliche Wege beschritten (siehe Abbildungen 3 bis 6).

In der Slowakei wurde die durchschnittliche Größe sowohl der zweiten (Kraj) als auch der dritten Verwaltungsebene (Okres) deutlich verringert. Die ehemals vier Kraje (Bratislava, West-, Mittel- und Ostslowakei) wurden durch acht ersetzt. Dadurch wurde diese Verwaltungsebene kleiner, aber homogener in ihrer Größe. Die Bevölkerung schwankt zwischen 756.000 (Kosice) und 548.000 (Trnava) (*Bercik, 1999*). Gleichzeitig wurde die Anzahl der Einheiten der dritten Verwaltungsebene

ebenfalls verdoppelt (von 38 auf 79).⁴⁾ Die gebirgigen Voraussetzungen im Norden wie auch die bereits erwähnten Revitalisierungswünsche einzelner Städte haben zu sehr heterogenen Bezirksgrößen geführt. Der größte slowakische Bezirk (Nitra) hat eine Einwohnerzahl von 162.000 und jener mit der geringsten Bevölkerung (Medzilaborce) 13.000.

Abbildung 3: Regionale Gliederung der Slowakei (Kraje und Okresy)

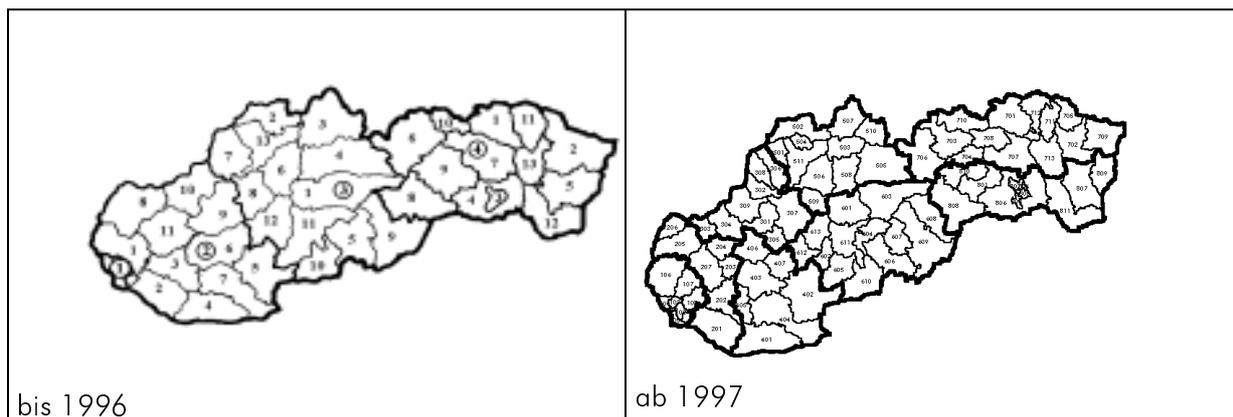
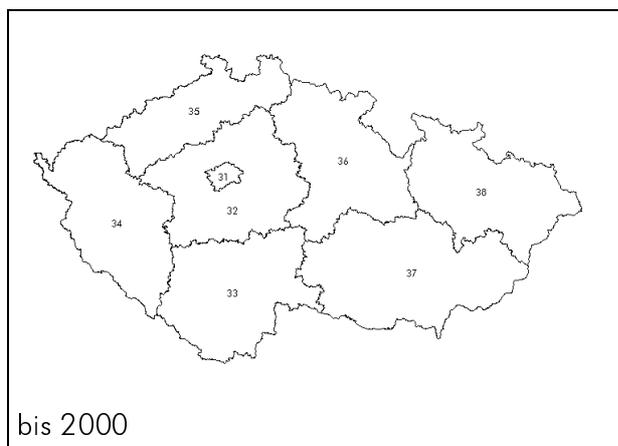


Abbildung 4: Regionale Gliederung Tschechiens (Kraje)

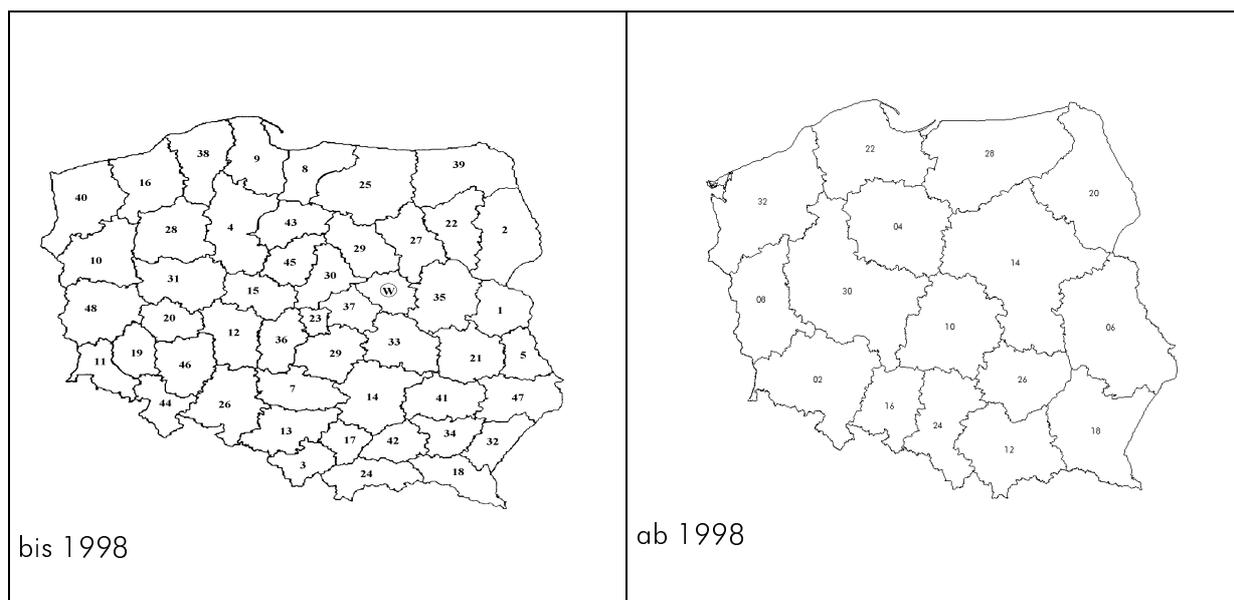


Auch in Tschechien wurde die zweite Regionsebene gegenüber jener unter sozialistischer Regierung vervielfacht, seit dem Jahr 2000 bestehen 14 Kraje. Durch diese Maßnahme ging die durchschnittliche Größe der Kraje auf 736.000 Einwohner zurück. Diese Regionen sind unterschiedlich groß, der bevölkerungsreichste Kraj (Prag) hat um etwa viermal mehr Einwohner als der kleinste (Jihlava). Die dritte Verwaltungsebene bliebe jedoch weitgehend unverändert (76 Okresy), wenn man von der Spaltung des Okres Sumperek in Jeseník und Sumperek im Jahr 1996 absieht. Allerdings wird eine Reform auf der Okres-Ebene weiterhin diskutiert.

⁴⁾ Zu beachten ist allerdings, dass Kraje sowohl in der Slowakei als auch in Tschechien nach dem Zusammenbruch des Sozialismus keine Verwaltungsaufgaben übernahmen. Die Kraje waren nur mehr Meldeeinheiten der Regionalstatistik.

Dagegen wurde in Polen der umgekehrte Weg beschritten. Die vormals 49 Wojwodschaften wurden mit Anfang 1999 auf 16 zusammengelegt, um auf diese Weise größere und handlungsfähigere Regionen zu erhalten. Gleichzeitig wurde auch eine weitere, kleinere Verwaltungsebene – die 373 Powiats – eingezogen, während die Gemeindeebene (2489 Gmins) unverändert blieb.

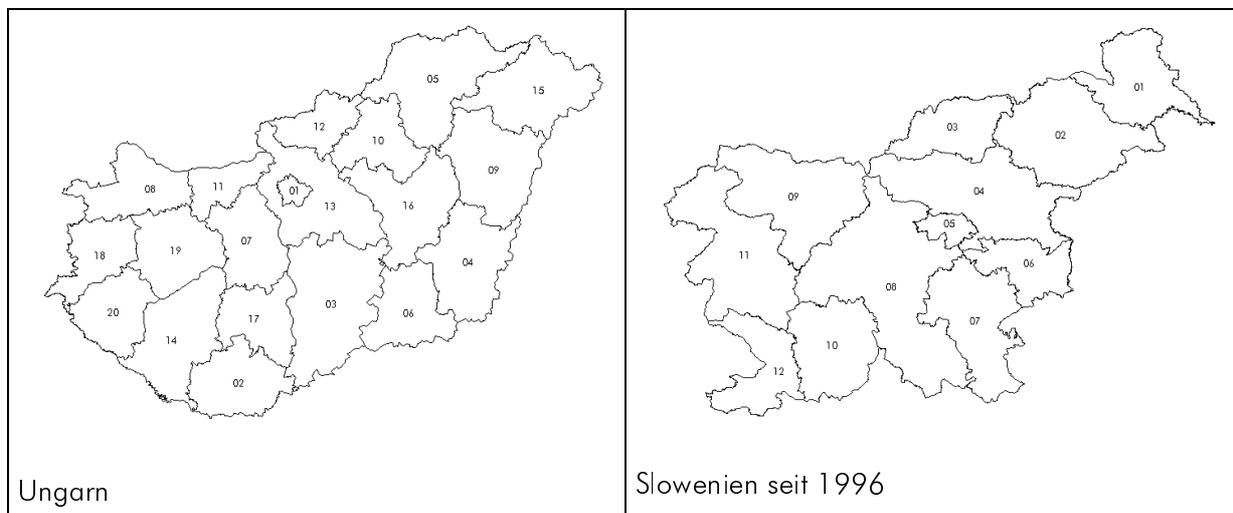
Abbildung 5: Regionale Gliederung Polens (Wojwodschaften)



Vollkommen neu eingeführt wurde eine regionale Gliederung in Slowenien. Allerdings sind die 1996 entstandenen 12 statistischen Regionen ohne Verwaltungskompetenzen. Nach wie vor bleiben die Gemeinden (insgesamt 192) die zweite Verwaltungsebene unter dem Zentralstaat. (Bival, 1995). Die regionale Struktur der nationalen Verwaltung unterscheidet sich nach Sachgebieten und schwankt zwischen 8 bis 12 Regionen (Bachtler – Downes, 1999).

Unverändert blieb die Regionalisierung Ungarns nach 19 Komitaten. Allerdings wurden vom Amt für Statistik „statistische Regionen“ als zukünftige NUTS 2 Regionen definiert. Diese entsprechen nicht den von den Komitaten geschaffenen „Entwicklungsregionen“, die ebenfalls mehrere Komitate zusammenfassen.

Abbildung 6: Regionale Gliederung Ungarns (Komitate) und Sloweniens (Statistische Regionen)



2. Wandel in der regionalen Wirtschaftsstruktur der MOEL

2.1 Sektoraler Strukturwandel

Der Übergang von der sozialistischen Plan- zur Marktwirtschaft löste in den MOEL einen erheblichen und raschen Wandel in der regionalen Wirtschaftsstruktur aus. Bekanntlich nahm in den sozialistischen Planwirtschaften die Industrie eine dominante Stellung ein, während dem Dienstleistungssektor viel weniger Bedeutung zugemessen wurde. In der Transformation setzte eine Ausweitung des Dienstleistungssektors und eine Schrumpfung der Industrie ein. Der Rückbau der Industrie löste jedoch keinen Strukturwandel nach Branchen aus (Mickiewicz, 1999). In den MOEL ist die Spezialisierung innerhalb der Industrie nicht sehr vorangekommen, wie sich auch an der relativen Konstanz in der Warenstruktur der Exporte zeigt (Fidrmuc et al., 1999). Weiters führte die Dekkung des Nachholbedarfs bei Dienstleistungen nicht überall zu einem erfolgreichen Aufholprozeß der MOEL, da auch in Ländern der EU die Wirtschaft zu einer stärkeren Tertiärisierung tendierte. Das gilt insbesondere für die südlichen Mitgliedstaaten, mit denen die MOEL häufig verglichen werden. In den neunziger Jahren war das Tempo des sektoralen Strukturwandels in allen MOEL rascher als in Griechenland oder Portugal, jedoch nur in Ungarn, Polen und der Slowakei auch rascher als etwa in Spanien (Mickiewicz, 1999). Die Tertiärisierung ist in den hoch entwickelten Staaten der EU (wie z.B. Großbritannien, Niederlande, Dänemark) weiter fortgeschritten als in den MOEL, wo nach einer zehnjährigen Transformation die Bedeutung der Industrie noch immer ziemlich groß ist. Nach dem kleineren Anteil der Dienstleistungen beurteilt, hinken die MOEL nach wie vor hinter der sektoralen Struktur in EU-Ländern nach.

2.1.1 Dekonzentration in der Industrie und Konzentration bei den Dienstleistungen

Der sektorale Strukturwandel fand auch räumlich seinen Niederschlag. Da in den sozialistischen Planwirtschaften Standortentscheidungen nicht immer nach Kriterien ökonomischer Rationalität getroffen wurden, mußten in der Transformation Standorte bereinigt werden. Besonders in der Industrie wurde häufig gegen die Standortlogik von Marktwirtschaften verstoßen. Es ist deshalb im Übergang vom sozialistischen Regime zu marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Änderung in der regionalen Industriestruktur zu erwarten.

Folgende Überlegungen legen nahe, dass die Industrie in der Transformation einem Prozeß räumlicher Dekonzentration ausgesetzt war. Einerseits wurden „verlängerte Werkbänke“ in den Peripherien stillgelegt, was bedeutet, dass sich die Industriebetriebe über weniger Standorte verteilen. Diese Tendenz zur räumlichen Konzentration wird aber konterkariert durch das Verhalten ausländischer Unternehmen, die selten neue Industriebetriebe in großen Industriezentren errichten. Sie haben vielmehr eine Präferenz für Standorte in der Nähe zu EU-Grenzen, die zumeist weniger stark industrialisiert sind. Es kommt also zu einer gewissen Umschichtung innerhalb der ehemaligen Peripherien des sozialistischen Regimes: im „Osten“ werden Industriebetriebe eher stillgelegt und

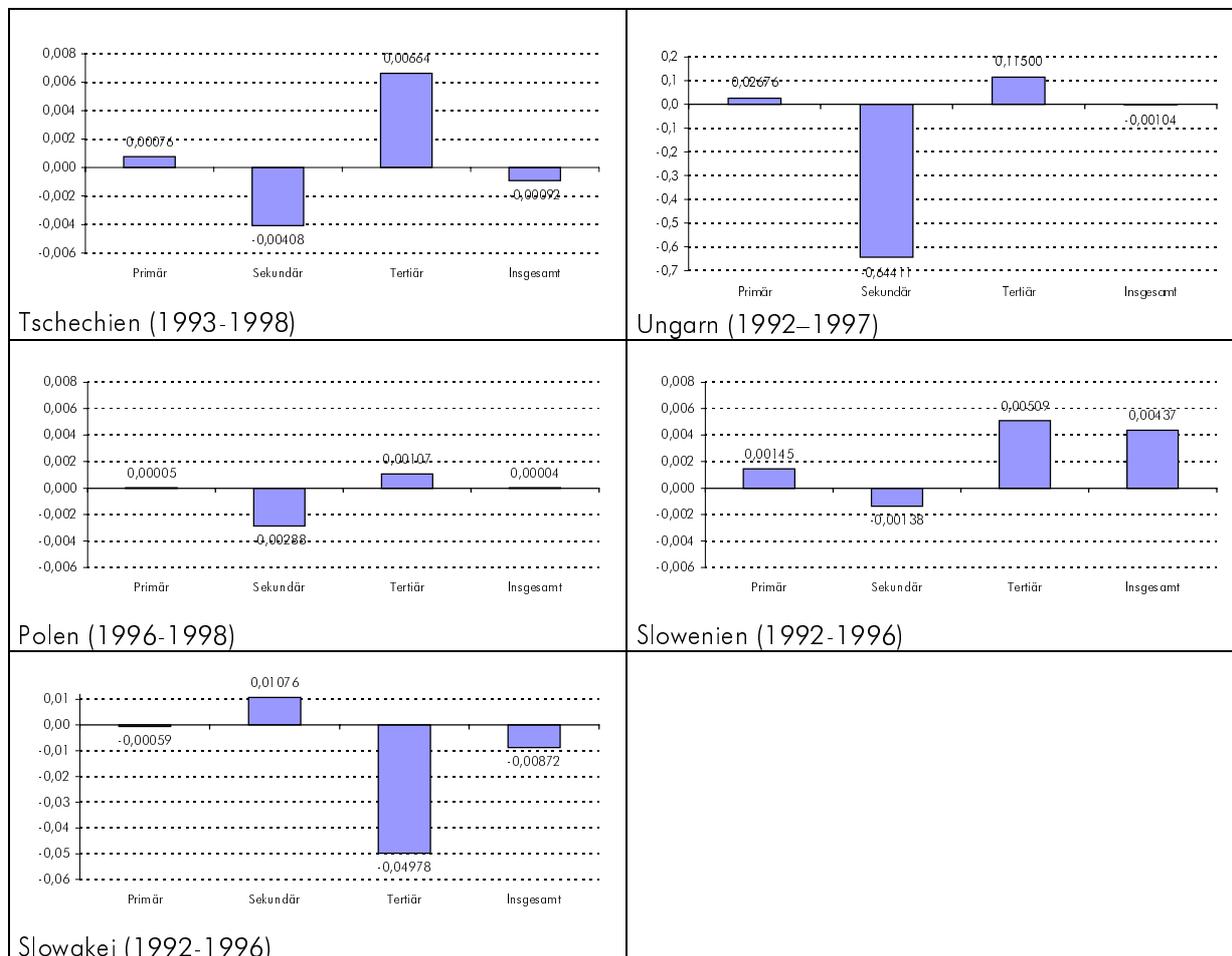
im „Westen“ eher neu gegründet. Andererseits wirken gleichzeitig auch Kräfte der räumlichen Dekonzentration, weil die Schwerindustrieregionen an Bedeutung verlieren und im Zuge von Rationalisierungen Überkapazitäten in den großen Produktionsbetrieben abgebaut werden. Wegen der Dominanz der Schwerindustrieregionen in der bisherigen Standortstruktur ist zu erwarten, dass in der Transformation die Kräfte der räumlichen Dekonzentration in der Industrie der MOEL überwiegen werden. Hingegen wird nach Bereinigung der Standortineffizienzen aus der sozialistischen Planwirtschaft das Verhalten bezüglich von Ansiedlungen oder Betriebsneugründungen ausschlaggebend. Da diese Entscheidungen rationaler Standortlogik folgen, wird auf den „besten“ Industriestandorten investiert werden. Demnach ist nach Beendigung der Transformation eine Tendenz zur räumlichen Konzentration in der Industrie der MOEL zu erwarten. Somit wird hinsichtlich der Veränderung der räumlichen Konzentration in der Industrie eine U-Kurve unterstellt: das Ausmaß der Konzentration fällt zunächst während der Transformation, um anschließend nach Beendigung der Transformation wieder anzusteigen. Dieses Standortmuster stünde im Gegensatz zur Entwicklung in der Europäischen Union, wo seit Vollendung des Binnenmarktes eine abnehmende Konzentration der Industrie beobachtet wurde (Aiginger *et al.*, 1999). Jedoch sind die Standorttendenzen innerhalb eines Landes kaum mit jenen in einem transnationalen Wirtschaftsraum vergleichbar.

Tatsächlich kam es in den neunziger Jahren in vier der MOEL 5 zu einer räumlichen Dekonzentration der Industrie (Abbildung 7). Lediglich in der Slowakei hat sich die Kennzahl für eine räumliche (absolute) Konzentration (Herfindahl-Index) erhöht. Hier ist jedoch die Umstrukturierung der Industriezentren lange Zeit aus politischen Gründen gebremst worden. Weiters wurde in der Slowakei die steigende Konzentration im sekundären Sektor durch eine Sonderentwicklung Bratislavas begünstigt⁵⁾. Das typische Bild des Wandels der Standortstruktur in Richtung einer räumlichen Dekonzentration der Industrie wird durch eine Korrelationsanalyse erhärtet, in der sich ein negativer Zusammenhang zwischen der Veränderung des Beschäftigtenanteils einzelner Regionen und ihrem Anteil im Ausgangsjahr ergibt. Es ging also in Regionen mit dem größten Industriebesatz die Industriebeschäftigung am stärksten zurück. Dieser Zusammenhang zeigte sich insbesondere in der Slowakei (Korrelationskoeffizient $-0,353$) und in Slowenien ($-0,285$), während er in Ungarn ($-0,008$) nicht signifikant war. Sofern die obige Hypothese richtig ist, könnte man aus dem Überwiegen der Kräfte der Dekonzentration schließen, dass in der Industrie der MOEL die Periode der Transformation noch nicht zu Ende gegangen ist.

⁵⁾ Auf Grund einer großen Betriebsansiedlung (VW) hat sich in der slowakischen Hauptstadt der Anteil der Industriebeschäftigten von 23% im Jahr 1992 auf 38% im Jahr 1998 erhöht. Damit stieg der Anteil Bratislavas an den Industriebeschäftigten der gesamten Slowakei um 4,6 Prozentpunkte.

Abbildung 7: Veränderung der Konzentration von Sektoren in den MOEL

Differenz des Herfindahl-Index



Hingegen wird für die Dienstleistungen ein gegenläufiges Standortmuster erwartet. Nach der geringen Bedeutung in der sozialistischen Planwirtschaft ist der Dienstleistungssektor in der Transformation neu aufzubauen. Dabei orientieren sich die neuen Anbieter an den Standorten mit der größten Nachfrage. Das sind einmal die Großstädte, wo sowohl unternehmens- wie auch konsumbezogene Dienstleistungen die besten Standortvoraussetzungen vorfinden. In einem geringeren Ausmaß sind auch Standorte in Nähe zu EU-Grenzen attraktiv, weil dort die Kaufkraft von Einkaufstouristen die Umsätze wachsen läßt. Die dekonzentrierende Kraft zugunsten der Grenzgebiete ist aber weit schwächer als die konzentrierenden Kräfte zugunsten der Haupt- und Großstädte. Demnach ist in der Transformation der MOEL eine Tendenz zu steigender Konzentration im Standortmuster der Dienstleistungen zu erwarten. Wenn der wirtschaftliche Aufholprozeß der MOEL eine Zeit lang anhält und eine Regionalpolitik zugunstenentwicklungsschwächerer Regionen erfolgreich ist, dann könnten sich mit den steigenden Einkommen die Dienstleistungen auch in kleineren Zentren aus-

breiten. Es sei denn, in der Übergangszeit hat sich irreversibel ein Einkaufsverhalten über große Distanzen und zugunsten der großen Zentren durchgesetzt. Unterstützt würden dann die dekonzentrierenden Kräfte auch durch die Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung werden. Aus diesen Gründen ist für die Dienstleistungen ein Standortmuster anzunehmen, dass einer inversen U-Kurve folgt: während der Transformation setzen sich Kräfte der Konzentration und danach jene der Dekonzentration durch.

Tatsächlich bestätigte sich bisher der erste Ast der U-Kurve (Abbildung 7). In den neunziger Jahren stieg die räumliche Konzentration der Dienstleistungen in den MOEL (ausgenommen in der Slowakei; Abbildung 7).

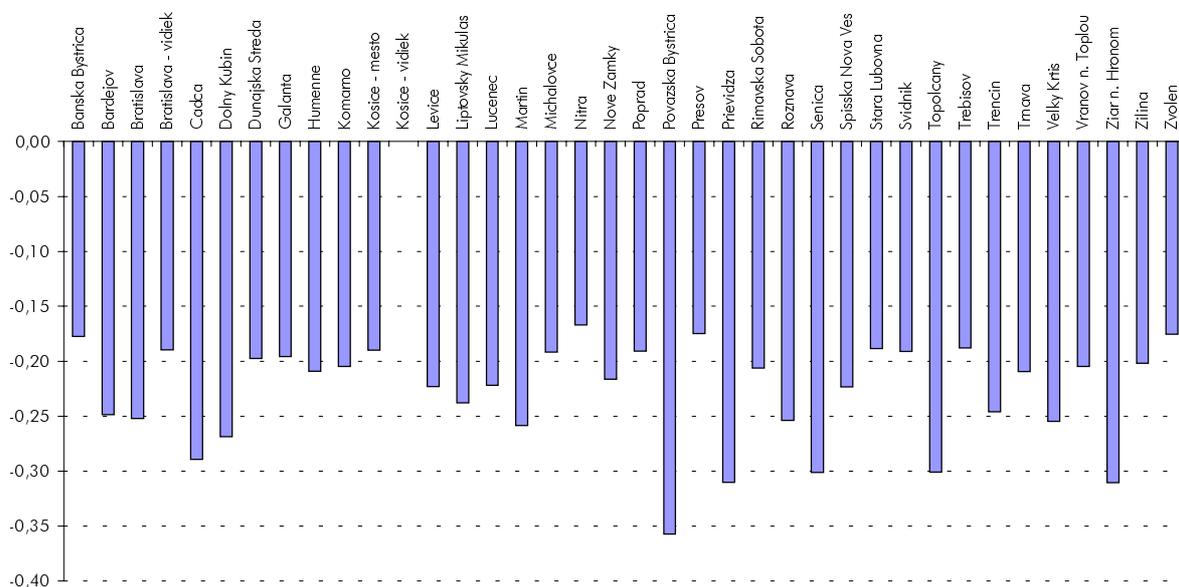
Hinsichtlich des Standortmusters der Gesamtbeschäftigung ist die Landwirtschaft weitgehend zu vernachlässigen, da hier die geringsten Änderungen aufgetreten sind. Entscheidend war, ob die Kräfte der Dekonzentration im sekundären Sektor oder jene der steigenden Konzentration im tertiären Sektor überwogen. Das Ergebnis fiel unterschiedlich nach einzelnen MOEL aus (Abbildung 7). In Slowenien und in der Slowakei (unter Einbeziehung von Bratislava) konzentriert sich die Beschäftigung in weniger Regionen. In Polen und Ungarn hat sich das Ausmaß der Standortkonzentration kaum verändert. In Tschechien kam es insgesamt zu einer Dekonzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten. Das ließe sich bei aller Vorsicht wegen der problematischen Datenlage so interpretieren, dass in Tschechien die „Modernisierung“ der ländlichen Regionen weiter fortgeschritten ist.

2.1.2 *Rascher Wandel in den Regionen*

Ergänzend zu der Frage, ob sich einzelne Wirtschaftssektoren über viele oder wenige Regionen verteilen, kann die Aufmerksamkeit auch auf einzelne Regionen und ihre Spezialisierung auf Wirtschaftssektoren gerichtet werden. Man kann also fragen, ob sich in den neunziger Jahren die Bedeutung des primären, sekundären und tertiären Sektors in den Regionen der MOEL geändert hat, indem sie entweder stärker oder schwächer von einem Sektor abhängig geworden sind. Wiederum mit dem Herfindahlindex⁶⁾ gemessen, fällt die Antwort nicht für jedes MOEL gleich aus (Abbildung 8). In Ungarn und in der Slowakei wurde die Dominanz eines Wirtschaftssektors in allen Regionen geringer und die Wirtschaftsstruktur ausgeglichener. In Tschechien hingegen traf dies nur auf die Schwerindustriegebiete (Most, Karvina) und die großen Städte (Prag, Hradec Kralove, Brno) zu, während sich die übrigen Regionen stärker auf einen bestimmten Wirtschaftssektor spezialisierten.

⁶⁾ Der Herfindahl-Index gibt nun die Summe der quadrierten Beschäftigtenanteile der drei Sektoren an jeweils einer Region an.

Slowakei (1992-1996)



Nun werden noch Antworten auf die Fragen gesucht: Wie rasch sich der sektorale Strukturwandel in den Regionen der MOEL vollzogen hat? War das Tempo rascher als etwa in den Regionen eines westeuropäischen Referenzlandes? Nimmt man die Regionen der Niederlande als Bezugsgröße und den sogenannten „Turbulenzindex“⁷⁾ als Kennzahl für das Ausmaß des sektoralen Strukturwandels, dann zeigt sich, dass in den Regionen der MOEL der sektorale Strukturwandel rascher verlief (Übersicht 3). Allerdings war das Tempo des Strukturwandels nicht in allen MOEL gleich, relativ am größten war er in einer repräsentativen Region der Slowakei oder Ungarns. In der Slowakei und in Tschechien war das Tempo des Strukturwandels in jenen Regionen um so größer, wo die Bedeutung der Industrie im Ausgangsjahr geringer war; oder anders formuliert: in den großen Industriezentren (der Schwerindustrie) fiel der Strukturwandel langsamer aus (Übersicht 4). Zweifellos ist in Tschechien und in der Slowakei die Transformation der Schwerindustriegebiete bei weitem noch nicht abgeschlossen. Hingegen bestand zwischen dem Ausmaß des Strukturwandels und dem Tertiärisierungsniveau im Ausgangsjahr kein statistischer Zusammenhang. Im Gegensatz zu den Regionen der MOEL hat sich die sektorale Zusammensetzung in den Regionen Spaniens oder Italiens im allgemeinen nicht stärker verändert als in den niederländischen Regionen (die Parameter waren nicht signifikant von Null verschieden). Damit kann man verallgemeinernd einen rascheren sektoralen Strukturwandel in den MOEL als in Westeuropa konstatieren.

⁷⁾ Der „Turbulenzindex“ errechnet sich als Summe der Absolutbeträge der Veränderungen der Beschäftigungsanteile von Sektoren in einer Region.

Übersicht 3: Sektoraler Strukturwandel in den Regionen der MOEL im Vergleich zu Westeuropa

	Mittelwert des Turbulenzindex über Regionen	Standardabweichung des Turbulenzindex
Niederlande	0,047	0,015
Slowenien	0,090**	0,021
Slowakei	0,140***	0,017
Ungarn	0,141***	0,019
Tschechien	0,081**	0,016
Spanien	0,051	0,019
Italien	0,039	0,019

Q: Nationale Jahrbücher, WIFO; eigene Berechnungen. - Signifikanter Unterschied zu den Niederlanden *** auf dem 1% Niveau ** auf dem 5% Niveau

Allerdings verlief der sektorale Strukturwandel nicht überall in Richtung einer Ausweitung des Dienstleistungssektors. Ausnahmslos war dies nur in Slowenien und überwiegend auch in Ungarn der Fall, während sich in Tschechien und in der Slowakei Regionen mit einem steigenden Dienstleistungsanteil in etwa die Waage hielten mit Regionen mit einem fallenden Dienstleistungsanteil (Abbildung 9a). In der Slowakei hat sogar der primäre Sektor in etlichen Regionen an Bedeutung gewonnen⁸⁾. Im Vergleich dazu nahm in fast allen Regionen Spaniens, Italiens oder der Niederlande der Anteil des Dienstleistungssektors zu (Abbildung 9b).

Übersicht 4: Sektoraler Strukturwandel in den Regionen der MOEL in Abhängigkeit vom Ausgangsniveau

	Industrieanteil Korrelationskoeffizient ¹⁾	Dienstleistungsanteil
Slowenien	0,265	-0,287
Slowakei	-0,667**	0,214
Ungarn	-0,266	0,073
Tschechien	-0,205*	-0,031

Q: Nationale Jahrbücher, WIFO; eigene Berechnungen. - * bedeutet Signifikanz auf dem 10% Niveau ** auf dem 5% Niveau. -¹⁾ Korrelation zwischen Veränderung des Industrieanteils (Dienstleistungsanteils) in den neunziger Jahren und dem Industrieanteil (Dienstleistungsanteil) zu Beginn der neunziger Jahre.

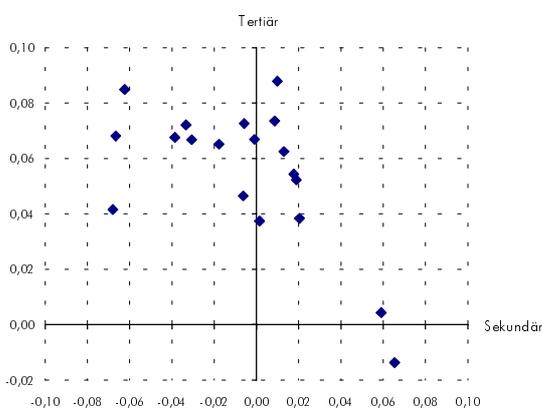
Trotz dieses relativ raschen Strukturwandels haben viele Regionen der MOEL noch nicht die sektorale Struktur von Regionen der EU. Vergleicht man die derzeitige sektorale Struktur der Regionen in den MOEL mit jener in den Regionen der ausgewählten EU-Länder (Italien, Spanien, Niederlande), dann zeigt sich, dass die sektorale Struktur der slowenischen Regionen am ehesten mit jener in den ausgewählten EU-Regionen übereinstimmt (Abbildung 10). Auch in Ungarn besteht eine ziemliche Ähnlichkeit zur Struktur der EU-Regionen (insbesondere was die Tertiärisierung anbelangt), wenngleich manche Regionen noch sehr stark von der Landwirtschaft geprägt sind. In der Slowakei fällt

⁸⁾ Da die Summe der Anteilsveränderungen der drei Sektoren Null ergeben muß, ergibt sich die Veränderung des primären Sektors aus der Distanz zur gedachten 45°-Geraden.

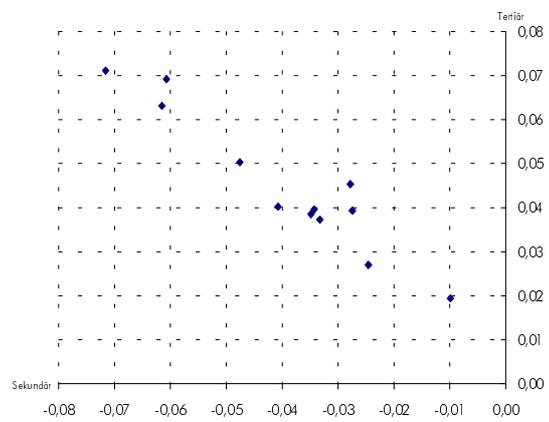
die nach wie vor große Bedeutung des sekundären Sektors für viele Regionen auf, und auch in Tschechien sind noch viele Regionen relativ stark von der Industrie geprägt. Angesichts dieser Abweichungen kann davon ausgegangen werden, dass insbesondere in Tschechien und der Slowakei (wie auch in Polen) das Potential an Regionen, die "asymmetrischen, sektoralen" Schocks ausgesetzt werden, relativ hoch ist.

Abbildung 9: Sektoraler Strukturwandel in den Regionen der MOEL

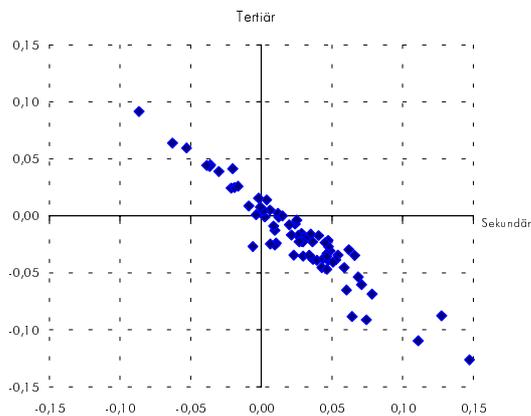
Regionen der MOEL



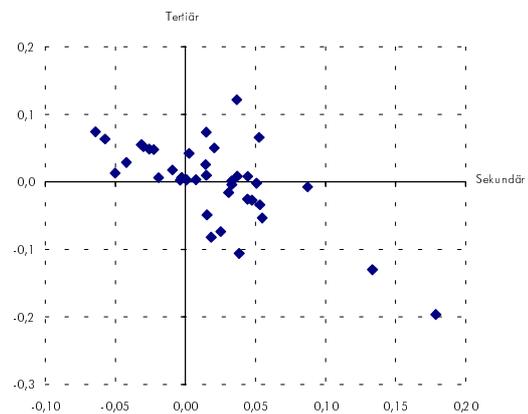
Ungarn



Slowenien

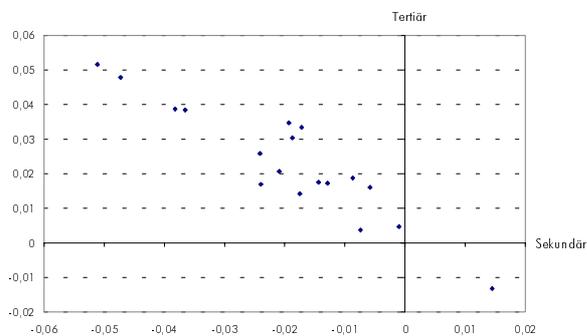


Tschechien

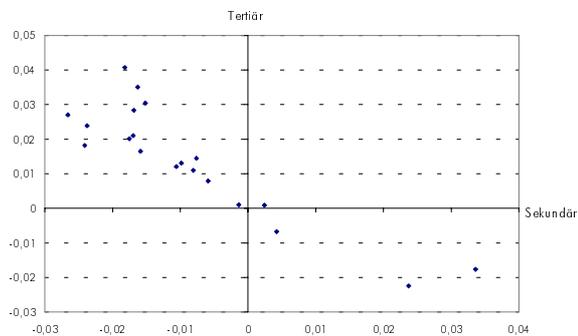


Slowakei

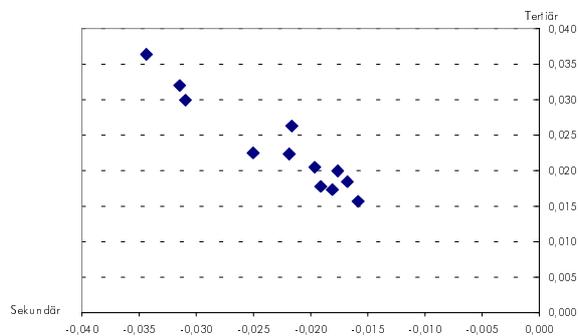
Länder Europas



Spanien



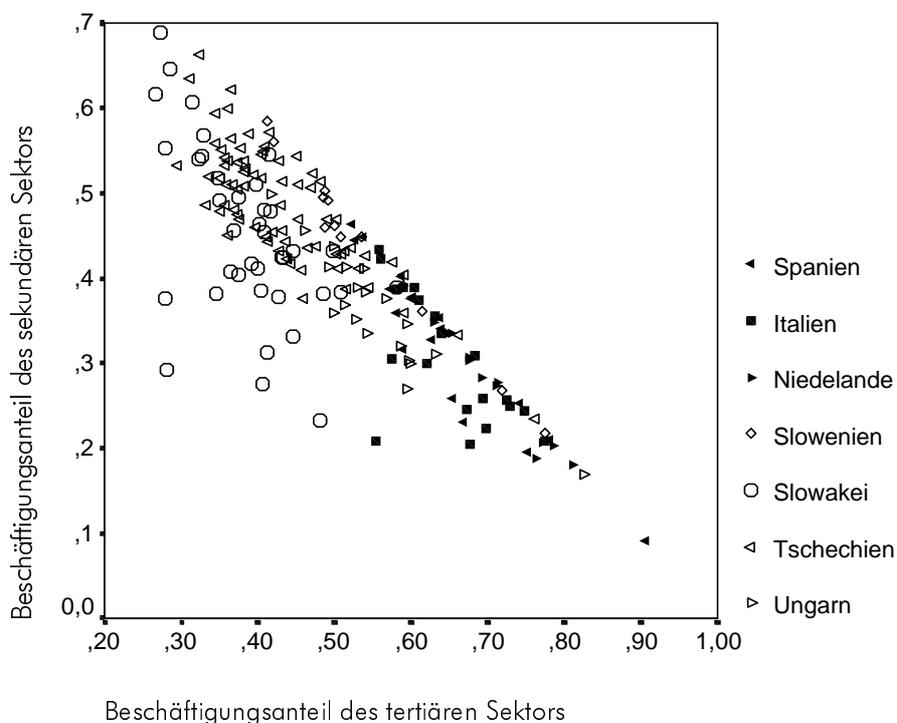
Italien



Niederlande

Q: EUROSTAT; WIFO, eigene Berechnungen.

Abbildung 10: Sektorale Struktur der Regionen in ausgewählten EU-Ländern
Anteile des sekundären und tertiären Sektors an der regionalen Gesamtbeschäftigung



Q: EUROSTAT; WIFO, eigene Berechnungen.

2.2 Stabile regionale Disparitäten

2.2.1 Wenige reiche, viele arme Regionen

Bekanntlich betraf der Strukturwandel nicht alle Regionen der MOEL in gleicher Weise. Bereits kurz nach der politisch-ökonomischen Wende bildeten sich regionale Disparitäten aus, die grundsätzlich über die neunziger Jahre hindurch erhalten blieben. Aus Ländern mit geringen regionalen Disparitäten im sozialistischen Wirtschaftssystem wurden Länder mit großen regionalen Ungleichheiten. Im Jahr 1996⁹⁾ streute das Entwicklungsniveau (gemessen über das – Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) in den MOEL 5 viel stärker über die Regionen als in den meisten Ländern der Europäischen Union (Übersicht 5).

⁹⁾ Die rezentesten Daten über das Bruttoinlandsprodukt der Regionen sind erst für das Jahr 1996 verfügbar.

Übersicht 5: Regionale Disparitäten im Entwicklungsniveau der MOEL 5 und ausgewählten EU Ländern (BIP pro Kopf, 1996)

		Standardisierte Spannweite ¹⁾	Variationskoeffizient ²⁾
Tschechien		1,09	0,33
Slowakei		1,47	0,44
Polen		1,34	0,25
Ungarn		1,47	0,31
Slowenien*		0,52	0,13
Spanien		0,58	0,18
Deutschland	Insgesamt	1,34	0,30
	Ost	0,71	0,19
	West	0,96	0,22
Griechenland		0,53	0,14
Frankreich		0,88	0,17
Italien		0,73	0,26

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - * 1997. – ¹⁾ Maximum minus Minimum / arithmetisches Mittel. ²⁾ Standardabweichung / arithmetisches Mittel.

Mit Ausnahme von Slowenien (einem kleinen Land) war in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten der Unterschied zwischen der reichsten und der ärmsten Region größer als das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Kopf (standardisierte Spannweite). Besonders groß sind die Einkommensunterschiede in der Slowakei und in Ungarn, während Tschechien vergleichsweise geringere Unterschiede aufweist. Im Gegensatz dazu sind selbst in EU-Ländern mit großen Disparitäten (wie in Italien) die Unterschiede in der regionalen Entwicklung viel geringer. Lediglich das wiedervereinigte Deutschland ist ebenfalls mit großen regionalen Ungleichheiten belastet, was aber ausschließlich auf die Probleme in Ostdeutschland zurückzuführen ist. Als Streuungsmaß für internationale Vergleiche weniger geeignet ist der Variationskoeffizient (der regionalen Einkommen), da diese Kennzahl (Standardabweichung dividiert durch arithmetisches Mittel) von der Anzahl der Regionen abhängt. Dadurch sind vor allem die Ausprägungen von Ungarn und Polen etwas verzerrt, aber grundsätzlich bestätigt sich auch am Variationskoeffizienten die große regionale Ungleichheit in den Einkommen der MOEL. Allerdings erscheinen unter Berücksichtigung der gesamten Verteilung (Variationskoeffizient) die Unterschiede geringer, weil statistische „Ausreißer“ in den MOEL eine größere Rolle spielen (ausgedrückt durch die Spannweite).

Für die Entwicklung der Einkommen stehen keine mehrjährigen Daten über das Bruttoinlandsprodukt in den MOEL zur Verfügung. Detailliertere Aussagen können nur mit Hilfe von Löhnen und anhand der Arbeitslosenquote gemacht werden, wenngleich auch diese nicht frei von statistischen Verzerrungen sind¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Beispielsweise wurde in Tschechien die Mindestgröße der meldenden Betriebe fünfmal in den neunziger Jahren geändert. In Ungarn wurde 1997 die Erhebung von einem Betriebs- auf ein Unternehmenskonzept umgestellt, was eine Bevorzugung von Budapest und eine Benachteiligung ländlicher Regionen zur Folge hat. In der Slowakei hat sich 1996

Abbildung 11: Regionale Disparitäten der Löhne in Regionen der MOEL (Variationskoeffizient)



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Die Löhne spiegeln sehr deutlich die Entwicklung zu einer regionalen Divergenz in den MOEL wider. Der Variationskoeffizient der Löhne war in allen MOEL 5 zu Beginn der neunziger Jahre (1990 bzw. 1992) erheblich kleiner als gegen Ende (1998 bzw. 1996 in der Slowakei; Abbildung 11). Diese Tendenz zum Auseinanderklaffen der regionalen Löhne hat bis in die jüngste Zeit angehalten. Auch in einer ökonometrischen Schätzung, in der das Wachstum der Löhne in eine Beziehung zum Ausgangsniveau gebracht wird, bestätigt sich im großen und ganzen die Tendenz zu einer regionalen Divergenz. Die geschätzten Koeffizienten haben zumindest für Polen, Ungarn und die Slowakei ein positives Vorzeichen, für Tschechien und Slowenien waren sie nicht signifikant (Übersicht 6). Eine Konvergenz läge bei negativen Vorzeichen vor, weil dann ärmere Regionen rascher wachsen als reichere Regionen (sogenannte β -Konvergenz)¹¹⁾. In der Mehrzahl der MOEL 5 sind also die Löhne in Regionen mit einem hohen Lohnniveau stärker gewachsen als in Regionen

die Anzahl der statistischen Einheiten etwa verdoppelt, sodass sich die Analyse der Entwicklung auf den Zeitraum 1990 bis 1996 beschränken mußte. Hingegen war es in Slowenien möglich, Änderungen in den statistischen Regionseinheiten zu berücksichtigen, indem Daten von Gemeinden auf im Jahr 1997 eingeführte Regionen aggregiert wurden. Um das Problem einer Verzerrung durch hohe Inflationsraten zu umgehen, wurden die (nominellen) Löhne der Regionen mit der Abweichung vom arithmetischen Mittel standardisiert.

¹¹⁾ Gemäß der neoklassischen Wachstumstheorie lösen Produktionsfaktoren durch ihre Wanderung in Regionen mit höheren Grenzerträgen eine Annäherung der Einkommen aus. Da in der Neoklassik abnehmende Grenzerträge unterstellt sind, wandern die Produktionsfaktoren von den reichen Regionen (mit reichlich vorhandenen Produktionsfaktoren) in die ärmeren (mit knapperen Produktionsfaktoren).

mit niedrigen Löhnen im Ausgangsjahr. Die wenigen reichen Regionen eilen der Entwicklung voraus, während die armen Regionen zurückfallen. Dadurch gibt es zunehmend mehr ärmere und zunehmend weniger reiche Regionen, die Verteilung der Löhne über die Regionen wird zunehmend linksschief (der Gipfel wandert nach „links“; Abbildung 12).

Übersicht 6: Beta-Konvergenz der Löhne in den MOEL

	Polen	Ungarn	Tschechien	Slowakei b)	Slowenien
1990-1998			0,11*	0,31***	
1992-1998 a)	0,14**	0,14**	-0,07	0,14**	0,0002
1994-1998	0,08**	0,16**	-0,01	0,15**	0,02

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - Die Übersicht meldet die Werte des Koeffizienten Beta in Gleichung 1. Er wurde mittels nicht-linearen Kleinstquadratschätzer geschätzt. * bedeutet Signifikanz auf dem 10% Niveau ** auf dem 5% Niveau *** auf dem 1% Niveau. a) Startjahr für Polen 1993 b) Periode läuft in der Slowakei bis 1996.

In einem derartigen Prozeß bleibt die regionale Lohnhierarchie gewahrt. Es besteht in allen MOEL 5 eine hohe positive Korrelation zwischen den Löhnen von 1992 und jenen im Jahr 1998 (Übersicht 7). Dieser Zusammenhang fiel nur in Tschechien etwas schwächer aus, wo in den alten Schwerindustrieregionen Nordböhmens und Nordmährens nur zu Beginn der Transformation, nicht aber auch noch später die höchsten Löhne gezahlt wurden. Wenn man von dieser Ausnahme abieht, dann läßt sich für die Regionen der MOEL im allgemeinen feststellen, dass trotz der starken Turbulenzen in den frühen neunziger Jahren „Gewinner“ und „Verlierer“ der Transformation bereits im Jahr 1992 weitgehend feststanden. Somit scheint für die MOEL die regionale Entwicklung der Einkommen von der Vergangenheit als Ausgangsbedingung abhängig gewesen zu sein („pfadabhängig“).

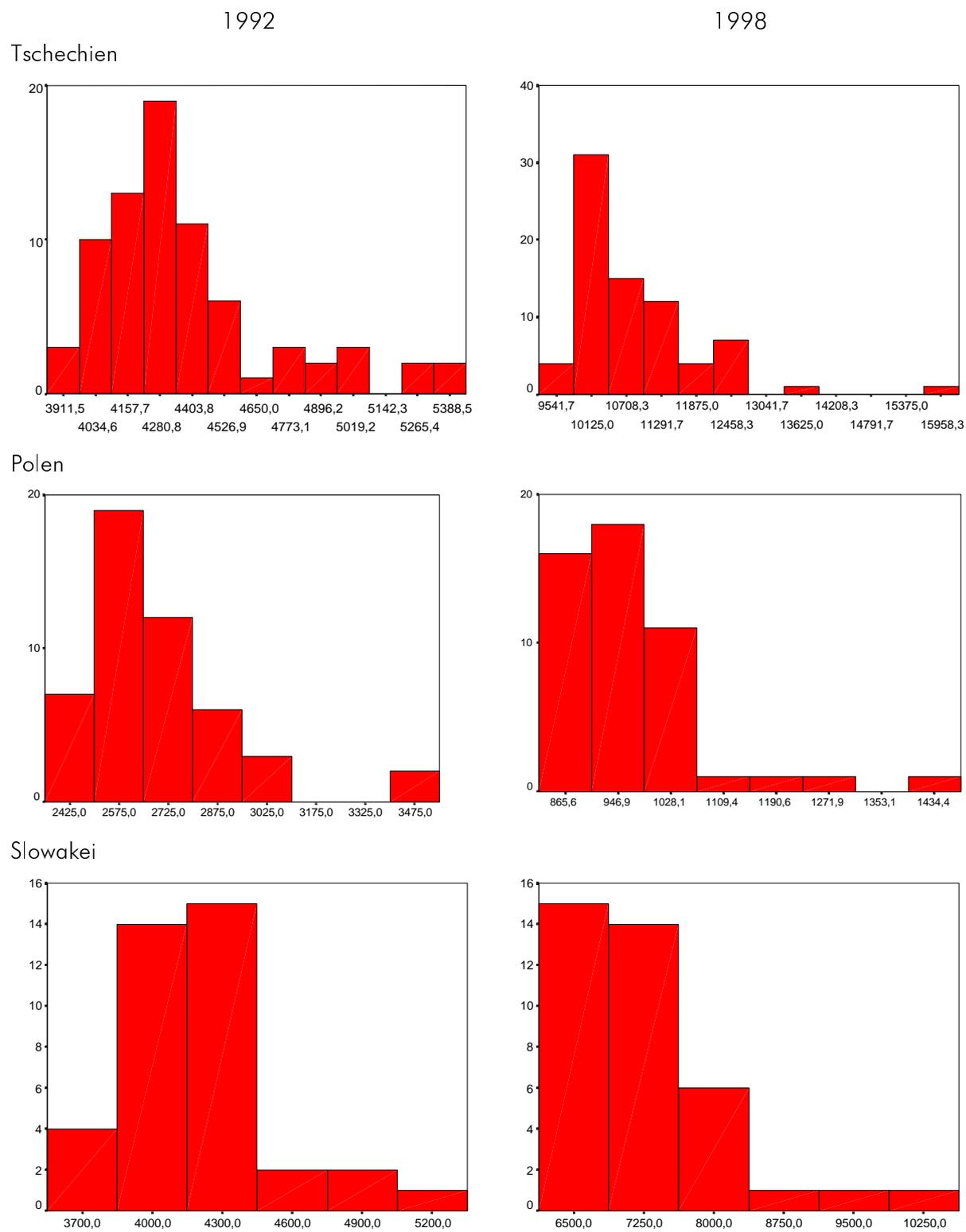
Übersicht 7: Zeitlicher Zusammenhang bei Löhnen und Arbeitslosigkeit in Regionen der MOEL

Korrelationskoeffizient mit den Werten von 1998

	Arbeitslosenquote		Lohn	
	1990	1992	1990	1992
Polen		0,92		0,94
Ungarn		0,90		0,96
Tschechien	0,43	0,65	0,64	0,77
Slowakei		0,80	0,66	0,83
Slowenien				0,88

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Abbildung 12: Verteilung der Löhne über die Regionen der MOEL



Diese Stabilität in der regionalen Einkommenshierarchie trifft auch auf die Regionen der EU, nicht aber auch der USA zu (Decressin - Fatas, 1998). Im übrigen steht die Lohnentwicklung in den MOEL in einem gewissen Gegensatz zu jener in der Europäischen Union, auch wenn verschiedene Untersuchungen zu im Einzelnen abweichenden Ergebnissen gelangen. Die Resultate hängen auch von der Wahl der Raumeinheiten und der Zeitperiode ab. Übereinstimmung besteht jedoch darin, dass in Europa eine Tendenz zur Annäherung der Einkommen vorherrscht (Aiginger, 2000), auch wenn diese Konvergenz eher langsam verläuft und sich deutlicher auf der nationalen als der regionalen Ebene zeigt (Fagerberg - Verspagen, 1996; Brändle, 1994). Weiters konvergieren manche Regionen, wie etwa Griechenland, nicht zum EU-Durchschnitt hin (Martin, 1999). Vielmehr tendieren die Einkommen in den Regionen der EU zu „Konvergenzclubs“ mit jeweils unterschiedlichen langfristigen (Gleichgewichts-)Werten: reichere Regionen bewegen sich zum häufigsten Wert der reicheren Regionen hin, ärmere zum häufigsten Wert der ärmeren Regionen (Quah, 1997¹²). Demgegenüber blieb in den Regionen der MOEL die regionale Verteilung der Löhne „eingipfelig“, sie wurde nur „steiler“ (bzw. „linksschiefer“). Aus diesen Vergleichen mit der EU könnte man die Schlußfolgerung ziehen, dass in den MOEL die Transformation noch nicht abgeschlossen ist.

2.2.2 *Wenig Flexibilität in den Arbeitsmärkten*

Abweichend zu den Löhnen verläuft in den MOEL die Entwicklung der regionalen Arbeitslosenquoten. Für die Arbeitslosenquote kann keine langfristige Divergenz festgestellt werden. In allen Ländern lag der Variationskoeffizient zu Ende der 90er Jahre entweder nur geringfügig über oder sogar unter dem Wert des Ausgangsjahres (Abbildung 13). Innerhalb dieser Zeitperiode gab es jedoch Unterschiede nach einzelnen Ländern. Eine spezielle Entwicklung nahm die Arbeitslosenquote in Tschechien, wo eine regionale Annäherung erst ab 1995/96 einsetzte, als die nationale Arbeitslosigkeit stärker stieg. Dann wurden in Tschechien die Unterschiede geringer, weil auch Regionen mit zuvor funktionsfähigen Arbeitsmärkten in Schwierigkeiten gerieten. Allerdings zeigt sich aus dem Vergleich der Verteilungen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten (1992, 1998), dass in Tschechien die Arbeitslosigkeit nicht zu einem, sondern zu zwei Werten tendiert („Twin Peaks“-Phänomen, Abbildung 12). Die tschechischen Regionen mit niedrigeren Arbeitslosenquoten nähern sich langfristig einem niedrigeren Wert an als jene mit höherer Arbeitslosenquote. Es liegen offensichtlich auch in Tschechien regional segmentierte Arbeitsmärkte vor, auch wenn Untersuchungen eine höhere Mobilität der Arbeitskräfte nahelegen. Jedenfalls kann man aus den signifikanten räumlichen Autokorrelationen in der Arbeitslosenquote auf ein relativ flexibles Verhalten der tschechischen Arbeitskräfte schließen (Profit - Burda, 1998). In Ungarn setzten schon früher „radikalere“ Reformen und damit ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in allen Regionen ein (Konvergenz). Ab 1994 entwickelte sich die Arbeitslosigkeit zwischen den ungarischen Regionen wieder auseinander, da sie nur in Regionen mit einigermaßen flexiblen Arbeitsmärkten sank.

¹²) Ein Grund für „Konvergenzclubs“ sind Externalitäten, etwa im Bildungsbereich. Dann wollen gut ausgebildete Menschen nur in der Umgebung anderer gut ausgebildeter Menschen arbeiten, weil sie hier am besten von der Ausbildung anderer profitieren können.

Abbildung 13: Streuung der Arbeitslosenquote über Regionen der MOEL (Variationskoeffizient)



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Diese länderspezifischen Entwicklungen bestätigen sich auch in ökonometrischen Schätzungen. Die Schätzung des β -Koeffizienten für die Arbeitslosenquote zeigt in Ungarn nach 1994 eine signifikante Divergenz und in Tschechien eine schwache Konvergenz (Übersicht 8). Weiters divergieren die regionalen Arbeitslosenquoten langfristig in Polen, während sich für die Slowakei keine signifikanten Koeffizienten schätzen ließen. Im Jahr 1998 verteilte sich die regionale Arbeitslosenquote in Polen wie in der Slowakei „eingipflig“, wobei in beiden Ländern zweistellige Arbeitslosenquoten die häufigsten Werte („Modalwerte“) angenommen haben (Abbildung 14).

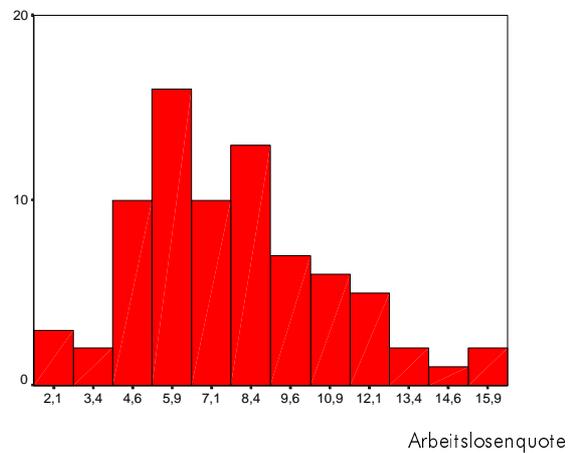
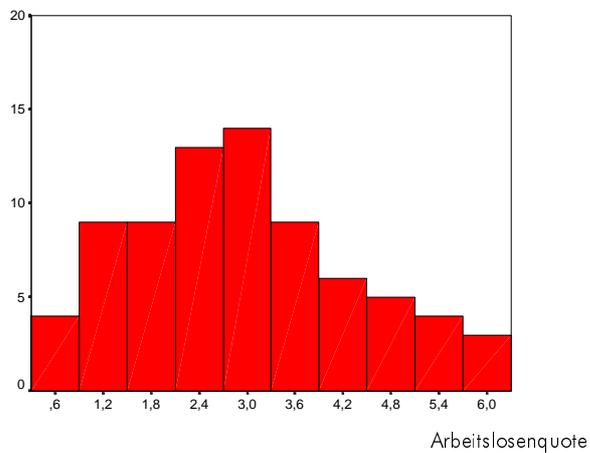
Übersicht 8: Beta-Konvergenz der Arbeitslosenquote in den MOEL

	Polen	Ungarn	Tschechien	Slowakei b)
1990-1998			-0,21*	
1992-1998 a)	0,15***	-0,04	-0,24*	-0,05
1994-1998	0,15***	0,21***	-0,28*	-0,11

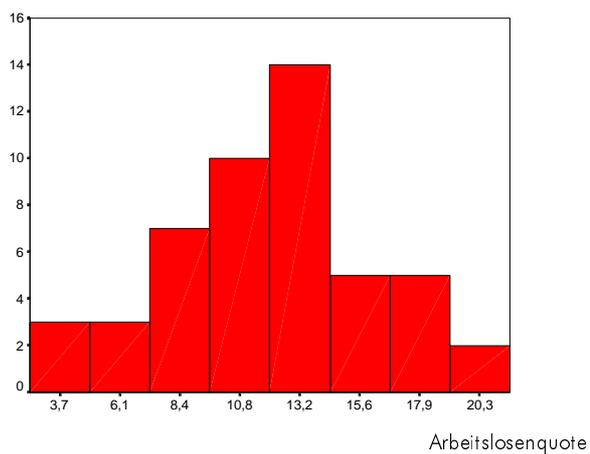
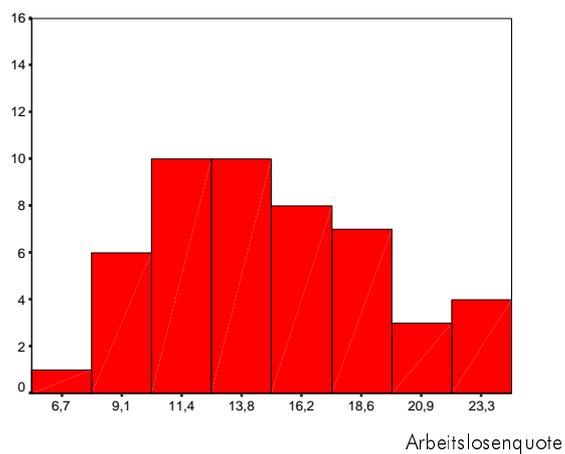
Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - Die Übersicht meldet die Werte des Koeffizienten Beta in Gleichung 1. Er wurde mittels nicht-linearen Kleinstquadratschätzer geschätzt. * bedeutet Signifikanz auf dem 10% Niveau ** auf dem 5% Niveau *** auf dem 1% Niveau. a) Startjahr für Polen 1993 b) Periode läuft in der Slowakei bis 1996.

Abbildung 14: Verteilung der Arbeitslosenquote über die Regionen der MOEL
1992 1998

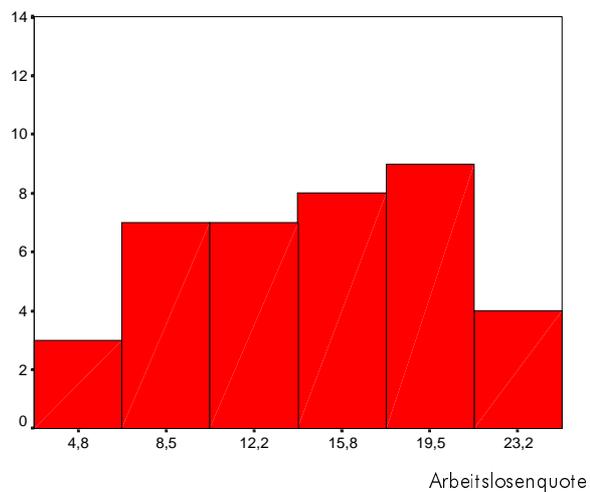
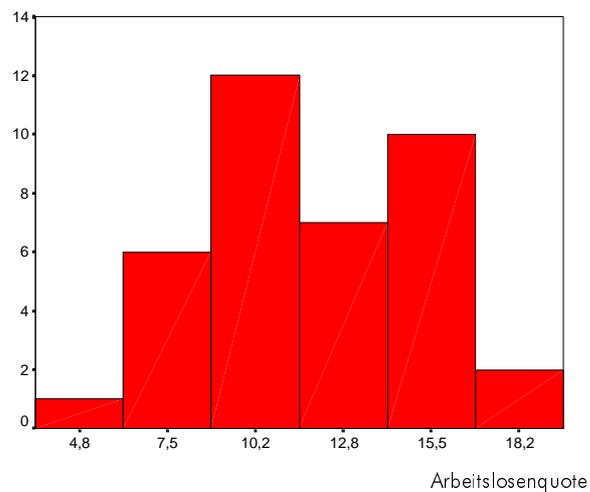
Tschechien



Polen



Slowakei

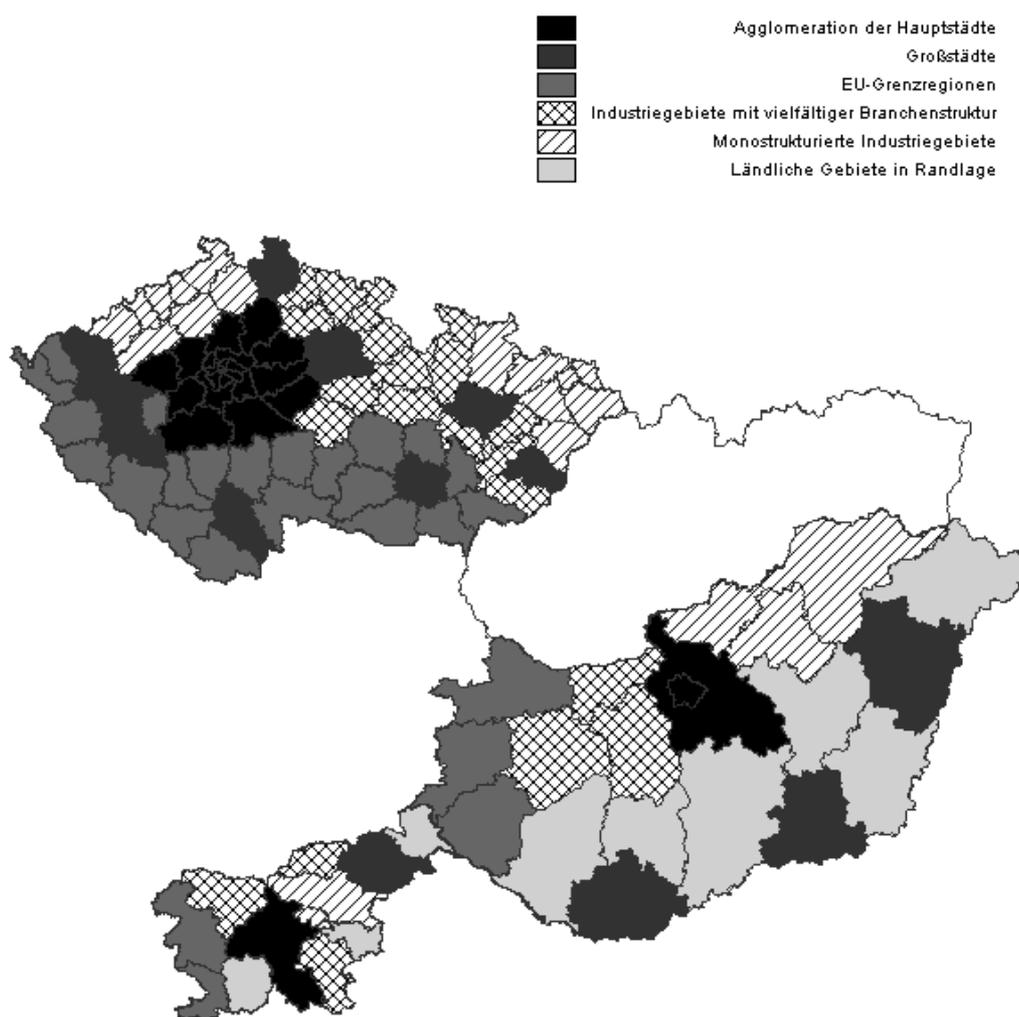


In allen MOEL blieb während der neunziger Jahre die regionale Hierarchie auch bezüglich der Arbeitslosenquote im großen und ganzen bestehen, sie wurde nur in Tschechien etwas stärker durcheinander gebracht (Übersicht 7). Die Stabilität in der regionalen Hierarchie der Arbeitslosenquoten ist regionalpolitisch bedeutsam, weil sie auf einen geringen Austausch zwischen den Arbeitsmärkten hindeutet. Offensichtlich sind die Arbeitskräfte nach wie vor wenig mobil, noch relativ am größten dürfte die Mobilität der tschechischen Arbeitskräfte sein. Trotz der sich ausweitenden Lohnunterschiede sind in den neunziger Jahren kaum Arbeitskräfte aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit weg gewandert. Durch die geringe Mobilität der Arbeitskräfte sind regionale Disparitäten in den MOEL schwieriger abzubauen als etwa in westeuropäischen Regionen. Dabei wird ohnedies schon beklagt, dass in Westeuropa die Mobilitätsbereitschaft geringer ist als in den USA. Die Persistenz krisenhafter Arbeitsmärkte läßt erwarten, dass für ziemlich viele Regionen der MOEL die Anpassung an die Rahmenbedingungen des Europäischen Binnenmarktes schwierig werden wird. Sonderereignisse, wie zum Beispiel die Stilllegung eines Großbetriebes, können zu langen, hartnäckigen Krisen führen, selbst wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Regionen der weiteren Umgebung durchaus zufriedenstellend verläuft. Das stellt eine Regionalpolitik, die sich – wie jene der EU- an regionalen Ausgleichszielen orientiert, vor große Herausforderungen. Möglicherweise wird ein Überdenken der Förderkriterien zweckmäßig, da die vielen ärmeren Regionen auf längere Sicht Förderungen erhalten werden; selbst, wenn auf nationaler Ebene der Aufholprozess der MOEL relativ rasch verläuft. Allerdings dürften sich die bestehenden regionalen Ungleichgewichte durch die Integration nicht erheblich verschärfen, jedenfalls haben sich die Rahmenbedingungen durch die Transformation von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft viel massiver verändert als dies durch einen EU-Beitritt zu erwarten ist.

3. Regionale Struktur der MOEL

3.1 Wandel in der Regionsstruktur

Abbildung 15: Regionsstruktur in Reformstaaten



Q: WIFO, eigene Berechnungen.

Der Übergang von einer zentralen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft hat sich unterschiedlich auf Regionen ausgewirkt. Standortfaktoren und Wirtschaftsstrukturen waren die wichtigsten Ausgangsbedingungen, welche die Anpassung der Regionen an die neuen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten determinierten. Begünstigt waren Gebiete mit Ballungsvorteilen und

einer vielfältigen Branchenstruktur oder einer günstigen geographischen Lage zu den derzeitigen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Andererseits waren von der "Schwerindustrie" geprägte Industriegebiete und periphere, ländliche Gebiete benachteiligt. Gemäß dieser dynamischen Zusammenhänge wurden „Regionskategorien“ gebildet, welche die Regionsstruktur über den gesamten Untersuchungsraum der MOEL 5 aufgespannt haben: Agglomeration von Hauptstädten, Großstädte, Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur, EU-Grenzregionen, Ländliche Gebiete in Randlage und Monostrukturierte Industriegebiete. Nach diesen Regionskategorien wurde jede Gebietseinheit klassifiziert, wobei unterschiedliche Größen der Gebietseinheiten in den einzelnen MOEL hingenommen werden mußten (Komitate und Wojwodschaften einerseits und Okresy und slowenische statistische Regionen andererseits). In bezug auf die konkrete Einordnung der Gebietseinheiten zu den Regionskategorien wurde teilweise auf bestehende Untersuchungen zurückgegriffen (Smith, 1999, Hampf et. al., 1999, Hadju, 1999, Scarpetta - Huber, 1995, Gorzelak, 1993), teilweise wurden multivariate Klassifikationsverfahren (sogenannte „Clusteranalysen“¹³) angewendet. Die für die Entwicklung der neunziger Jahre zutreffende Regionsstruktur von unmittelbaren Nachbarländern Österreichs (Tschechien, Ungarn, Slowenien) wurde in Abbildung 15 kartographisch dargestellt, für Polen und die Slowakei wurde mangels einer geeigneten kartographischen Software die Zuordnung in Übersicht 9 tabellarisch zusammengefasst.

Übersicht 9: Regionsstruktur in der Slowakei und in Polen

	Slowakei	Polen
Agglomeration der Hauptstädte	Bratislava, Bratislava – vidiek	Warszawskie
Großstädte	Banska Bystrica, Košice – mesto, Nitra, Trenčín, Trnava, Zilina	Bialostockie, Bydgoskie, Czestochowskie, Gdariskie, Kielickie, Krakowskie, Lubelskie, Poznanskie, Radomskie, Szczecińskie, Toruriskie, Wroclawskie
EU-Grenzregionen		
Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	Humenné, Liptovský Mikuláš, Martin, Poprad, Povazská Bystrica, Prievidza, Senica, Topolcany, Ziar n. Hronom, Zvolen	Elblaskie, Gorzowskie, Kaliskie, Koszaliniskie, Leszczynskie, Opolskie, Pilskie, Piotrowskie, Shupskie, Zielonogorskie
Monostrukturierte Industriegebiete		Bielskie, Jeleniogorskie, Katowickie, Legnickie, Łódzkie, Walbrzyskie
Ländliche Gebiete in Randlage	Bardejov, Cadca, Dolný Kubín, Dunajská Streda, Galanta, Komárno, Košice – vidiek, Levice, Lucenec, Michalovce, Nové Zámky, Prešov, Rimavská Sobota, Rožnava, Spišská Nová Ves, Stará Lubovna, Svidník, Trebišov, Velký Krtíš, Vranov n. Toplou	Bialskopodlaskie, Chelmskie, Ciechanowskie, Koninskie, Lomzynskie, Nowosadeckie, Olsztynskie, Ostrolleckie, Plockie, Przemyskie, Rzeszowskie, Siedleckie, Sieradzkie, Skierniewickie, Suwalskie, Tarnobrzekskie, Tarnowskie, Wloclawskie, Zamojskie

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

¹³) Die Methode der Clusteranalyse wurde im Teilprojekt 6 von PREPARITY etwas näher ausgeführt.

3.1.1 Agglomeration von Hauptstädten

Am besten an die neuen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen haben sich die Agglomerationen der Hauptstädte angepaßt. Die Flexibilität der Hauptstädte beruht auf vielfältigen Ballungsvorteilen, welche sich besonders gut für Niederlassungen von Entscheidungszentralen, für Einrichtungen von Forschung und Entwicklung sowie für Unternehmensgründungen im Dienstleistungssektor eignen. Nachdem sich bereits im System der zentralen Planwirtschaft die Verwaltungszentralen auf die Hauptstädte konzentriert haben, kamen mit dem System der Marktwirtschaft nationale Entscheidungszentralen von internationalen Unternehmen hinzu. Internationale Investoren haben eindeutig die Hauptstädte bevorzugt, wenn sie Standorte für Entscheidungsfunktionen gewählt haben. In den Hauptstädten sind weiters die Voraussetzungen für Forschung und Entwicklung besonders günstig, da dort Universitäten vorhanden sind, in welchen viele hochqualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet werden. Schließlich wurden in den Hauptstädten besonders viele Unternehmen des Dienstleistungssektors gegründet, da bei Dienstleistungen mit kleinen Marktgebieten Kundennähe ein besonderer Vorteil ist. Die zahlreichen und relativ einkommensstarken Einwohner der Hauptstädte stellen ein Nachfragepotential dar, das viele jüngere Unternehmer zu einem Markteintritt veranlaßt hat. Vor allem, wenn – wie in den MOEL – ein großer Nachholbedarf bestanden hat und die Konsumenten teilweise neue Bedürfnisse bekundet und weiterentwickelt haben.

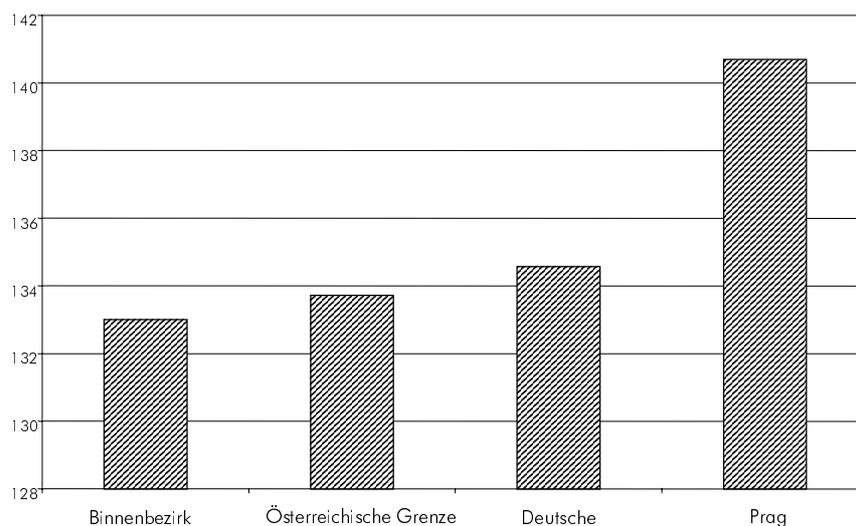
Gleichzeitig wurden an den Rändern und im Umland der Hauptstädte Betriebsgrößenvorteile in der Sachgüterproduktion wie auch bei Dienstleistungen genutzt. Dort finden flächenintensive Nutzungen niedrigere Bodenkosten als in den Stadtkernen vor und lassen sich hohe Umsätze erzielen, wenn die Standorte an leistungsfähige Straßen angebunden und von vielen Nachfragern gut erreichbar sind. Somit setzte auch bei wirtschaftlichen Tätigkeiten eine intensive Suburbanisierung in den mittel- und osteuropäischen Stadtregionen nach der politischen Wende ein. Dieser Prozeß reichte um die Hauptstädte besonders weit ins Umland hinaus. In den Umlandregionen der Hauptstädte hat sich vor allem die Beschäftigung sehr dynamisch entwickelt, während in den Kernstädten die Löhne sehr stark gestiegen sind. Die Entwicklung der nominellen Löhne ist aber durch die Lebenshaltungskosten zu relativieren, die sich in den Hauptstädten sehr stark verteuert haben (Abbildung 16). In der gesamten Agglomeration der Hauptstädte entwickelte sich die Beschäftigung deutlich besser als im Durchschnitt einer Region der MOEL 5 (standardisierter Wert¹⁴); Übersicht 10, Abbildung 17), noch größer war der Vorsprung bei den Lohnzuwächsen (Übersicht 11, Abbildung 18). Die Arbeitsmärkte sind äußerst aufnahmefähig für Einpendler. Die im Zuge der Transformation entstandene Arbeitslosigkeit wurde rasch abgebaut, ausgenommen in der Region um Praha, da die tschechische Arbeitslosigkeit erst nach 1995 stärker zunahm (Übersicht 12, Abbildung 19). Arbeitslosigkeit ist in den Hauptstädten der MOEL 5 derzeit kein Problem,

¹⁴) Die Standardisierung erfolgte länderweise: für jede Region wurde die Differenz zum arithmetischen Mittel (eines Landes) berechnet und durch die Standardabweichung (eines Landes) dividiert.

die Arbeitslosenquote (1998 etwa 5,5%) ist nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt einer Region (Übersicht 13, Abbildung 20).

Abbildung 16: Entwicklung der Preise in Tschechien 1991

1990=100



Q: Statistisches Jahrbuch Tschechien.

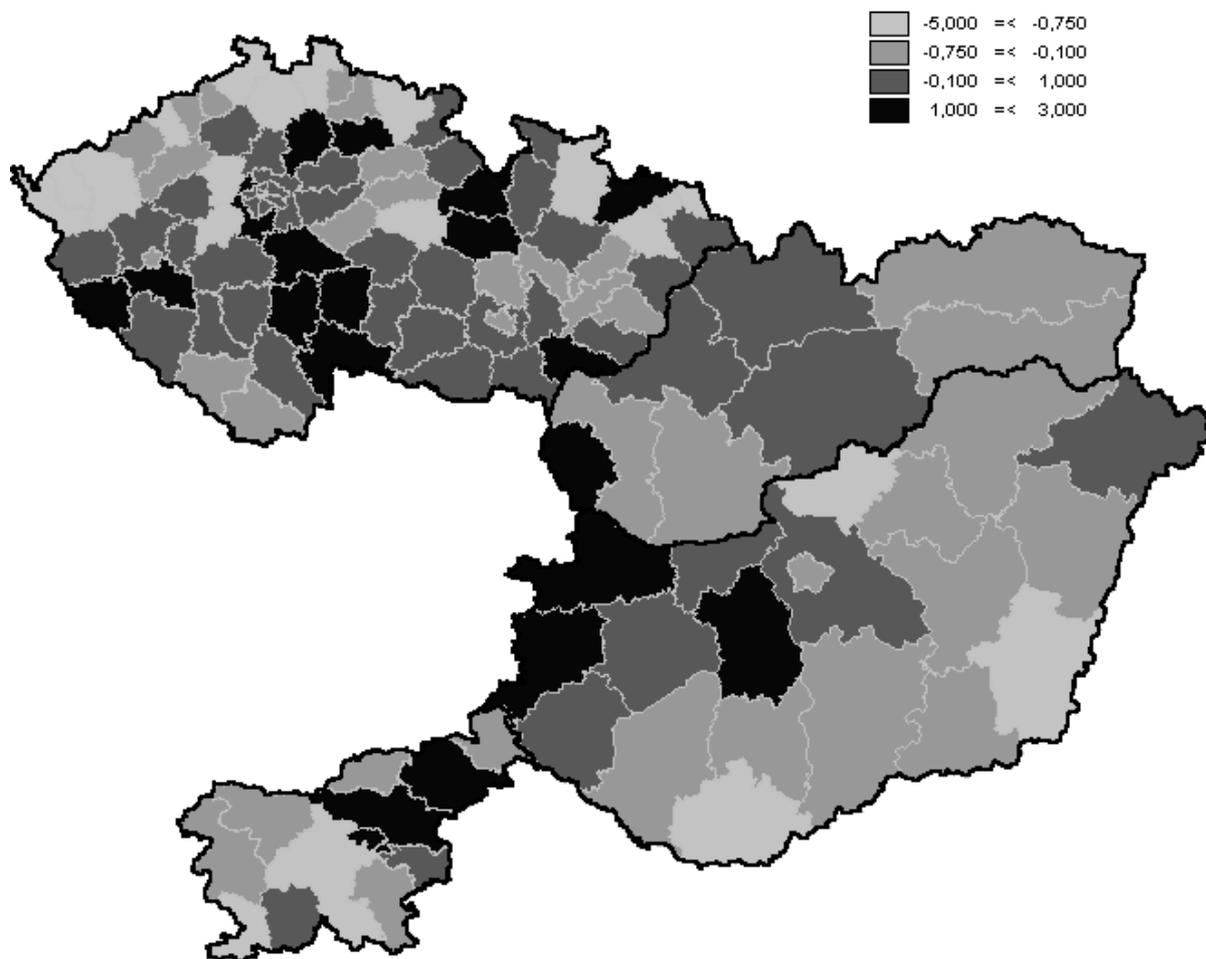
Übersicht 10: Beschäftigungsentwicklung 1992/1998

	Agglomeration von Hauptstädten	Großstädte	EU-Grenzregionen	Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	Monostrukturierte Industriegebiete	Ländliche Gebiete und Randlagen	Durchschnitt
Durchschnittliche jährliche Veränderung - Standardisiert ¹⁾							
Polen	+4,4	-0,0	-	-0,1	-1,0	+0,1	
Tschechien	+0,1	+0,1	+0,4	+0,1	-0,7	-	0,0
Slowakei	+1,0	+1,2	-	+0,2	-	-0,5	0,0
Ungarn	-0,1	-0,9	+1,2	+1,3	-0,5	-0,5	0,0
Slowenien	+1,6	-1,1	+1,2	+0,1	-1,2	-0,3	0,0
MOEL5 insgesamt	+0,5	+0,1	+0,5	+0,2	-0,8	-0,2	0,0
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
Polen	+5,1	+0,3	-	+0,2	-0,8	+0,4	+0,3
Tschechien	+0,0	-0,3	+0,4	-0,0	-1,2	-	-0,2
Slowakei	-2,7	-2,3	-	-4,9	-	-6,9	-5,4
Ungarn	-5,7	-6,6	-4,2	-4,1	-6,2	-6,1	-5,6
Slowenien	-0,2	-3,0	-0,7	-1,8	-3,2	-2,2	-1,9
MOEL5 insgesamt	-0,6	-1,1	-0,2	-1,7	-1,8	-3,5	-1,7

Q: Nationale Handbücher; WIFO, eigene Berechnungen. ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

Abbildung 17: Entwicklung der Beschäftigung in den MOEL in den 90er Jahren

Daten für jedes MOEL standardisiert¹⁾



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

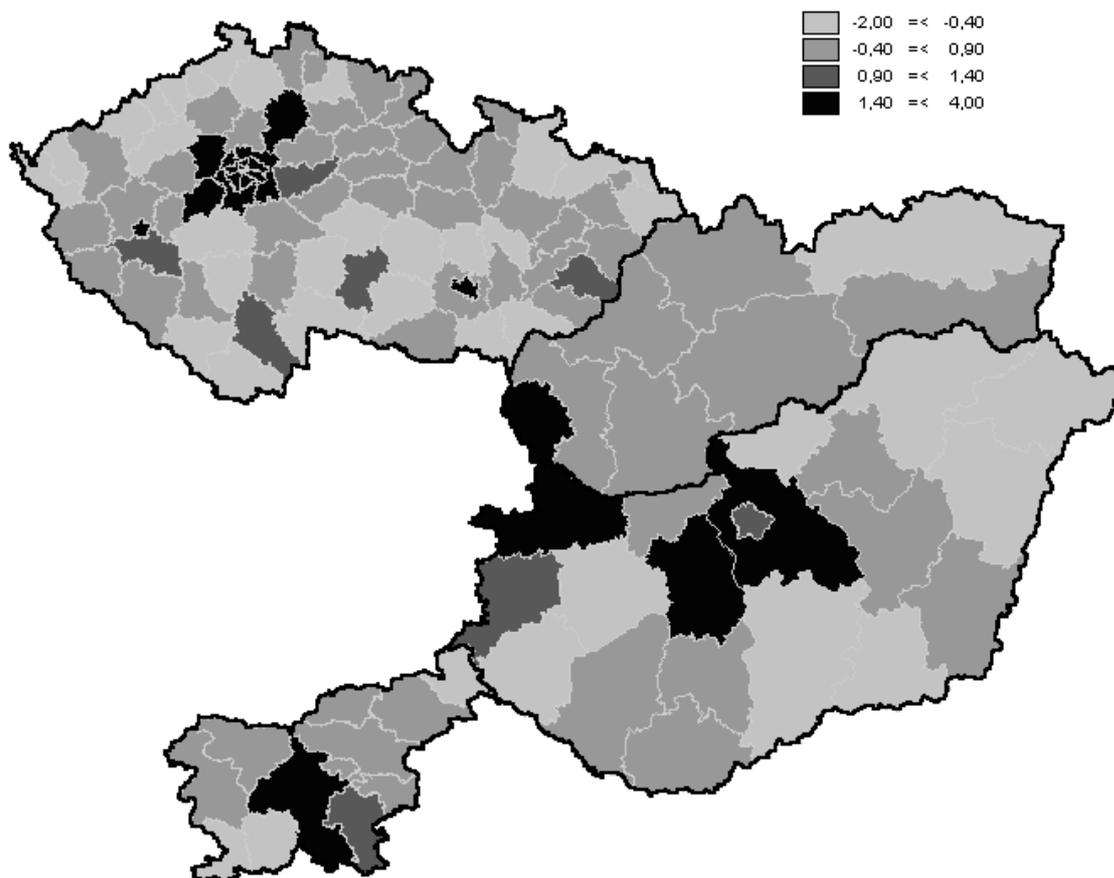
Übersicht 11: Lohnentwicklung 1992/1998

	Agglomeration von Hauptstädten	Großstädte	EU-Grenz- regionen	Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	Mono- strukturierte Industriegebiete	Ländliche Gebiete und Randlagen	Durchschnitt
Durchschnittliche jährliche Veränderung - standardisiert ¹⁾							
Polen ²⁾	+2,6	+0,6	-	-0,0	+0,8	-0,2	-0,0
Tschechien	+0,4	+0,2	-0,7	-0,5	-1,1	-	-
Slowakei	+1,5	+0,8	-	+0,2	-	-0,5	0,0
Ungarn	+1,5	-0,4	+0,8	+0,1	-0,4	-0,6	0,0
Slowenien	+2,0	+0,6	-0,7	+0,6	-0,2	-0,9	-0,0
MOEL5 insgesamt	+1,3	+0,5	-0,3	-0,0	-0,7	-0,4	-0,0
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
Polen ²⁾	+21,8	+19,0	-	+18,3	+17,1	+17,9	+18,2
Tschechien	+17,5	+16,9	+15,9	+16,0	+15,5	-	+16,3
Slowakei	+17,0	+15,9	-	+15,0	-	+14,0	+14,7
Ungarn	+22,2	+20,5	+21,6	+20,9	+20,5	+20,4	+20,9
Slowenien	+21,7	+20,6	+19,7	+20,6	+20,1	+19,5	+20,2
MOEL5 insgesamt	+18,4	+17,9	+16,8	+17,0	+16,8	+16,7	+17,2

Q: Nationale Handbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung. - ²⁾ 1996/1998.

Abbildung 18: Entwicklung der Löhne in den MOEL in den 90er Jahren

Daten für jedes MOEL standardisiert¹⁾



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung

Übersicht 12: Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995/1998

	Agglomeration von Hauptstädten	Großstädte	EU-Grenz- regionen	Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	Mono- strukturierte Industriegebiete	Ländliche Gebiete und Randlagen	Durchschnitt
Veränderung 1995/1998 in Prozentpunkten - standardisiert							
Polen	+1,3	+0,1	–	–0,6	+0,1	+0,1	0,0
Tschechien	–0,8	–0,3	–0,1	–0,1	+1,2	–	0,0
Slowakei	–1,6	–0,8	–	+0,0	–	+0,4	0,0
Ungarn	–0,7	+0,6	–0,7	–0,9	+1,2	+0,1	0,0
Slowenien	+0,1	–0,8	–0,6	+0,2	+1,6	–0,6	0,0
MOEL5 insgesamt	–0,7	–0,2	–0,2	–0,3	+1,0	+0,2	0,0
Veränderung 1995/1998 in Prozentpunkten							
Polen	–2,8	–4,7	–	–5,9	–4,7	–4,7	–4,9
Tschechien	+3,4	+4,2	+4,5	+4,5	+6,6	–	+4,7
Slowakei	–5,7	–2,0	–	+1,7	–	+3,5	1,7
Ungarn	–1,8	–0,6	–1,8	–2,0	–0,1	–1,0	–1,2
Slowenien	–4,7	–7,0	–6,7	–4,3	–0,7	–6,5	–4,9
MOEL5 insgesamt	+1,1	–0,6	+2,9	0,0	+2,7	–1,0	+0,5

Q: Nationale Handbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

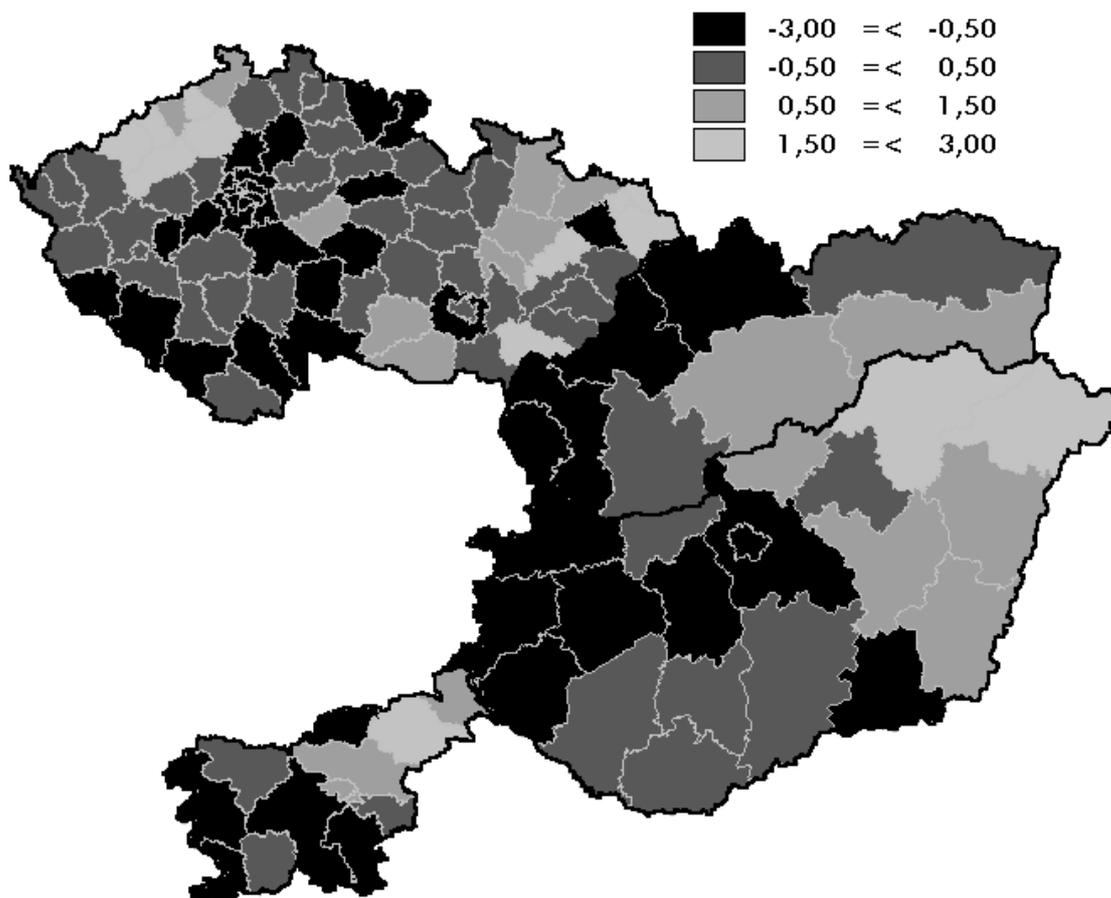
Übersicht 13: Arbeitslosenquote 1998

	Agglomeration von Hauptstädten	Großstädte	EU-Grenz- regionen	Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	Mono- strukturierte Industriegebiete	Ländliche Gebiete und Randlagen	Durchschnitt
Arbeitslosenquote – standardisiert ¹⁾							
Polen	–2,3	–0,6	–	+0,5	+0,1	+0,2	0,0
Tschechien	–0,7	–0,6	–0,1	–0,1	+1,3	–	0,0
Slowakei	–1,9	–1,0	–	–0,5	–	+0,7	0,0
Ungarn	–1,4	+0,2	–1,1	–0,5	+1,2	+0,6	–0,0
Slowenien	–0,7	+2,1	–1,1	–0,7	+1,0	+0,3	–0,0
MOEL5 insgesamt	–1,0	–0,5	–0,3	–0,1	+1,0	+0,5	0,0
Arbeitslosenquote in %							
Polen	2,6	9,4	–	14,2	12,3	12,7	12,0
Tschechien	5,7	6,1	7,5	7,6	11,8	–	7,8
Slowakei	5,2	9,6	–	12,1	–	18,2	14,6
Ungarn	4,8	10,8	5,9	8,3	14,7	12,3	10,1
Slowenien	9,7	19,2	8,1	9,7	15,6	13,0	12,0
MOEL5 insgesamt	5,6	8,6	7,4	10,5	12,5	14,9	10,7

Q: Nationale Handbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

Abbildung 19: Veränderung der Arbeitslosenquote in den MOEL in der zweiten Hälfte der 90er Jahre

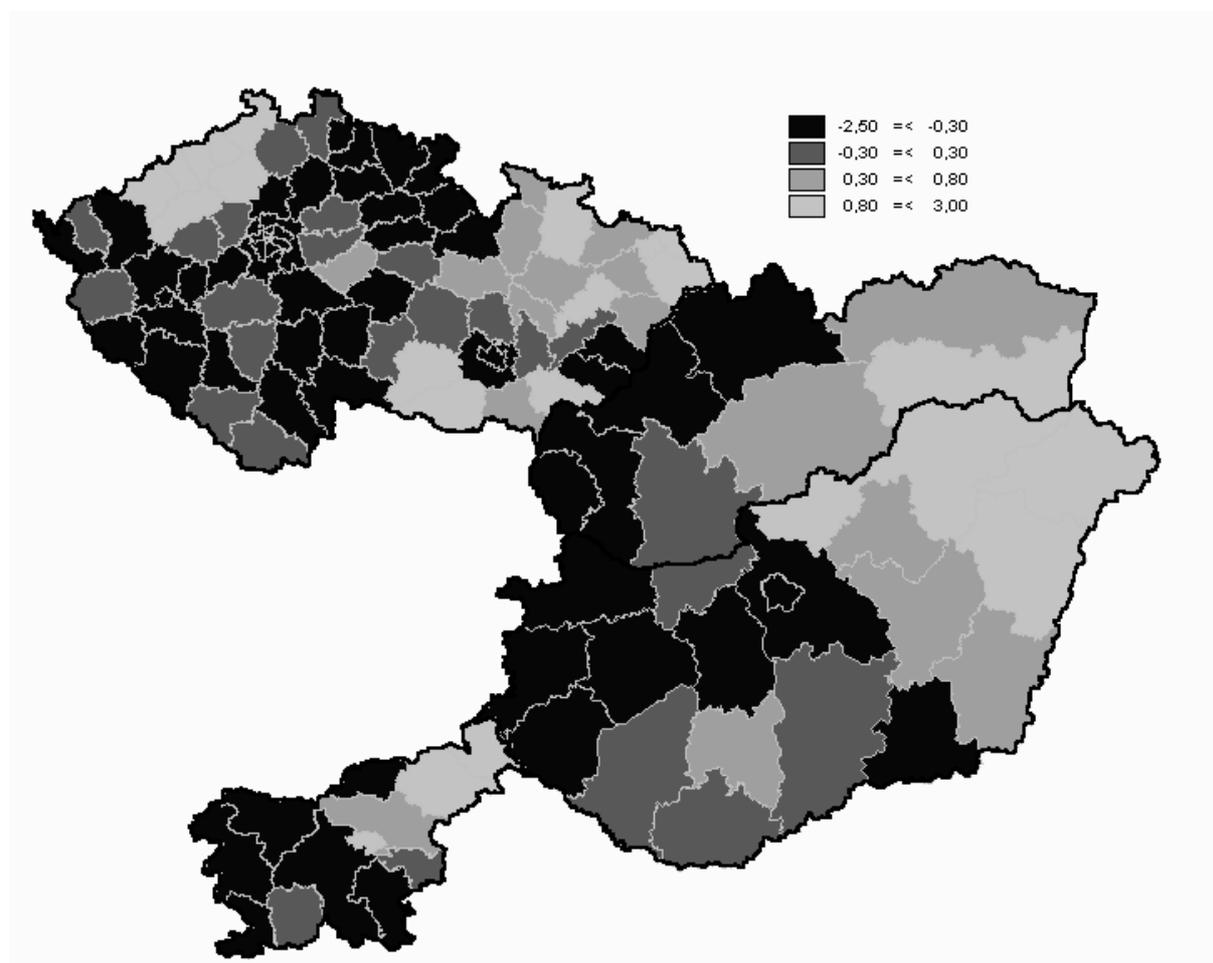
Daten für jedes MOEL standardisiert¹⁾



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. - ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

Abbildung 20: Arbeitslosenquote in den MOEL 1998

Daten für jedes MOEL standardisiert¹⁾



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen. ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

Vor allem in Ungarn nimmt die Hauptstadt eine dominante Position unter den Städten ein, aber auch die slowenische Hauptstadt hat eine relativ große Bedeutung in der Siedlungsstruktur (Übersicht 14). Allerdings ging im Raum von Budapest die Beschäftigungsdynamik der Betriebe, die gewisse Mindestgrößen überschritten haben, nicht über den Landesdurchschnitt hinaus, dennoch nahm der Arbeitsmarkt eine sehr günstige Entwicklung (Arbeitslosenquote 1998 4,7%). Hingegen ist im Raum von Ljubljana die Arbeitslosigkeit relativ hoch (Arbeitslosenquote 1998 9,7%), wenn auch deutlich niedriger als im Slowenien-Durchschnitt. Keine herausragende Stellung in der Siedlungsstruktur hat die polnische Hauptstadt inne, Warszawa entfaltete aber nach dem Systemwechsel eine außergewöhnliche wirtschaftliche Dynamik (Beschäftigungsentwicklung +5,1% pro Jahr). Auch Bratislava ist im slowakischen Siedlungssystem nicht so dominant, weil mit Kosice ein zweites großes Zentrum im Osten des Landes existiert. Bratislava hat aber eindeutig am meisten

von der Transformation der slowakischen Wirtschaft profitiert. Im Vergleich dazu fiel der Entwicklungsvorsprung der Agglomeration von Prag gegenüber den übrigen tschechischen Regionen bescheidener aus.

Übersicht 14: Regionsstruktur in den MOEL

	Polen	Tschechien	Slowakei Bevölkerung in 1.000	Ungarn	Slowenien	MOEL 5
Agglomeration der Hauptstädte	2.416	2.304	601	3.033	517	8.871
Großstädte	12.397	2.147	1.236	1.440	320	17.540
EU-Grenzregionen	-	1.896	-	1.032	223	3.150
Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	5.910	1.582	1.367	1.130	375	10.364
Monostrukturierte Industriegebiete	7.742	2.365	-	1.400	302	11.810
Ländliche Gebiete in Randlage	10.153	-	2.164	2.674	246	15.237
<i>Insgesamt</i>	<i>38.618</i>	<i>10.295</i>	<i>5.368</i>	<i>10.709</i>	<i>1.983</i>	<i>66.973</i>
			Bevölkerungsanteil in %			
Agglomeration der Hauptstädte	6,3	22,4	11,2	28,3	26,1	13,2
Großstädte	32,1	20,9	23,0	13,4	16,1	26,2
EU-Grenzregionen	-	18,4	-	9,6	11,2	4,7
Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur	15,3	15,4	25,5	10,5	18,9	15,5
Monostrukturierte Industriegebiete	20,0	23,0	-	13,1	15,2	17,6
Ländliche Gebiete in Randlage	26,3	-	40,3	25,0	12,4	22,8
<i>Insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>	<i>100,0</i>

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

3.1.2 Großstädte

Auch die meisten übrigen Großstädte können als "Wachstumspole" der Transformation eingestuft werden. Sie sind ebenfalls günstige Standorte für Dienstleistungsunternehmen, wenngleich sie stärker von der Sachgüterproduktion geprägt sind als die Hauptstädte. Im Zuge der "Modernisierung" setzten sich vor allem höherwertige Tätigkeiten durch, wie sich aus der Lohnentwicklung der Großstädte schließen läßt. Dort erhöhten sich die Löhne viel deutlicher als in einer durchschnittlichen Region der MOEL 5, die Einkommenszuwächse fielen nur geringfügig schwächer als in den Hauptstädten aus (Übersicht 11, Abbildung 18). Es blieb auch die Arbeitslosigkeit auf einem relativ niedrigen Niveau (Arbeitslosenquote 1998 8,6%; Übersicht 13, Abbildung 20), obwohl die Beschäftigung nur in den wenigsten Großstädten expandierte (Übersicht 10, Abbildung 17).

Die beste Entwicklung nahmen die Großstädte in der Slowakei, die zumeist eher klein sind und höchstens 100.000 Einwohner haben (ausgenommen Kosice). Auch in Tschechien und in Polen

entwickelten sich die Großstädte einigermaßen günstig. Es wurden allerdings nur jene dazu gezählt, die nicht Zentren von Schwerindustrieregionen sind. Sie haben vor allem in Polen eine große Bedeutung für das Siedlungssystem. Auch in Ungarn und Slowenien wurden nur jene Großstädte genommen, die nicht einseitig auf die Sachgüterproduktion spezialisiert sind. Sie sind Zentren von ländlichen Gebieten (wie etwa Debrecen oder Maribor) und blieben am weitesten in der Entwicklung zurück.

3.1.3 EU-Grenzregionen

Relativ am günstigsten entwickelten sich die Arbeitsplätze in den nahe zu EU-Grenzen befindlichen Gebieten. Durch ihre Nähe zu EU-Ländern haben sie einen Lagevorteil, der sich vor allem in niedrigeren Transaktionskosten ausdrückt. Dadurch reduziert sich insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen aus westlichen Nachbarländern das Risiko von Direktinvestitionen oder Kooperationen. Weiters bleiben für Konsumenten, die in den Geschäften der MOEL einkaufen, die Güterpreise auch unter Berücksichtigung der Transportkosten für die grenzüberschreitenden Besorgungsfahrten niedriger. Für die in Grenzregionen neu entstandenen Arbeitsplätze werden zumeist unterdurchschnittliche Löhne gezahlt, in der Sachgüterproduktion gleichen sie oftmals "verlängerten Werkbänken" (Übersicht 11, Abbildung 18). Durch den ausländischen Einfluss wurden die Arbeitsmärkte dieser zumeist ländlichen Gebiete flexibler. Die Folge ist ein relativ niedriges Niveau an Arbeitslosigkeit (Übersicht 13, Abbildung 20).

Die größte Bedeutung haben die Grenzgebiete in Tschechien, wo sowohl in West- und Südböhmen als auch in Südmähren die Beschäftigungsdynamik überdurchschnittlich ausfiel. Insbesondere in Westböhmen haben viele kleinere Unternehmen aus dem benachbarten Bayern investiert. Sie haben damit überwiegend arbeitsintensive Produktionen ausgelagert. Im Vergleich dazu haben österreichische Unternehmen viel weniger Produktionsstätten in Südböhmen oder Südmähren errichtet oder sich in Betriebe eingekauft (Dostal, 2000). In diesen südlichen tschechischen Regionen kamen die Impulse aus dem Ausland vor allem von den Konsumenten. Die Einkaufstätigkeiten der Österreicher schafften günstige Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze in den Dienstleistungen. Allerdings entwickelten sich insbesondere in den südmährischen Grenzgebieten die Arbeitsmärkte weniger günstig.

Die beste Entwicklung nahmen die westlichen Grenzgebiete Ungarns. Diese boten über den Vorteil niedriger Transaktionskosten hinaus auch eine gute Ausstattung in bezug auf die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie die Verfügbarkeit einer gut qualifizierten Industriearbeiterschaft. Dadurch investierten hier nicht nur kleinere Unternehmen aus Österreich, sondern vor allem größere multinationale Unternehmen. Für die multinationalen Konzerne war auch die ungarische Methode der Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen günstiger als etwa die tschechische „Couponprivatisierung“. Die ausländischen Konzerne brachten viel Know-how mit, sodass die ungarischen Komitate an der österreichischen Grenze technologisch beachtlich aufholten. Die höhere Qualität der ausländischen Direktinvestitionen drückt sich auch in überdurchschnittlichen

Lohnzuwachsen aus. Die westungarischen Arbeitsmärkte sind teilweise schon so weit ausgeschöpft, dass manche Unternehmen bereits über einen Facharbeitermangel klagen (Arbeitslosenquote 1998 5,9%).

In Slowenien sind positive Grenzeffekte weniger zur österreichischen als vielmehr zur italienischen Grenze zu beobachten. Insbesondere im Küstengebiet um die Hafenstadt Koper stieg die Beschäftigung etwas an. Es kamen allerdings eher Arbeitsplätze mit niedrigeren Löhnen hinzu. Durch die gedämpfte Lohnentwicklung blieb die Arbeitslosigkeit relativ niedrig.

In der Slowakei beschränkten sich die Vorteile der Grenznähe in erster Linie auf die Agglomeration von Bratislava. Es wurden daher für die Slowakei keine "Grenzgebiete" ausgewiesen. Und auch in Polen wurden solche nicht definiert, von der Nachbarschaft zu den neuen Bundesländern gingen zwar einige lokale, aber kaum regional wirksame Wirtschaftsimpulse auf die Gebiete Westpolens aus.

3.1.4 *Industriegebiete mit vielfältiger Branchenstruktur*

Die Industriegebiete mit einer vielseitigen Branchenstruktur nahmen im großen und ganzen eine durchschnittliche, im einzelnen aber recht unterschiedliche Entwicklung. Es gehören jene Industriegebiete hinzu, die keine großstädtischen Verdichtungen darstellen und nicht so stark mit "Altlasten" belastet waren wie die Industriereviere der Schwerindustrie. Dennoch mussten auch hier viele Industriebetriebe umstrukturiert und rationalisiert werden. Das belastete die Arbeitsmärkte, da diese Industriegebiete bei den Dienstleistungen nicht mehr so rasch aufholten wie beispielsweise die Großstädte. Diese Industriegebiete hatten keine einheitlichen Ausgangsbedingungen, die Entwicklung unterschied sich je nach Branchenstruktur oder geographischer Lage.

Insbesondere in Tschechien und in Polen wiesen einige Industriegebiete keine besonders vorteilhafte Branchenstruktur auf (etwa Schwerpunkte in Textil/Bekleidung). Dort waren nach den Rationalisierungen in den Industriebetrieben die Arbeitsmärkte nicht vollständig aufnahmefähig. Eine relativ hohe Arbeitslosigkeit war insbesondere in den polnischen Industriegebieten die Folge, die allerdings relativ rasch reduziert werden konnte (Arbeitslosenquote 1998 14,1%; Übersicht 13, Abbildung 20). Die ungünstige Arbeitsmarktlage dämpfte zudem die Lohnzuwächse im Vergleich zu den übrigen polnischen Regionen (nicht aber mit den Industriegebieten in den übrigen MOEL; Übersicht 11, Abbildung 18). Demgegenüber sind in den slowenischen und teilweise auch in den slowakischen Industriegebieten die Löhne erheblich stärker als im jeweiligen Landesdurchschnitt gestiegen. Da in der Slowakei große, zusammenhängende Industriereviere fehlen, sind in erster Linie die Industrieorte (und nicht die Regionen) einseitig spezialisiert. Deshalb ist in der Slowakei der Anteil der Industriegebiete mit einer vielseitigen Branchenstruktur relativ hoch. Und auch ihre Arbeitslosigkeit ist mit 12,4% (1998) zwar niedriger als im Durchschnitt der Slowakei, aber doch deutlich höher als in den meisten übrigen, strukturell begünstigten Industriegebieten Ungarns, Tschechiens oder Sloweniens (Übersicht 13, Abbildung 20).

Besonders hervorgerufen in der Entwicklung der neunziger Jahre haben sich die Industriegebiete Ungarns. Diejenigen, die also nicht monostrukturiert sind, konzentrieren sich auf das westlich der Donau gelegene Transdanubien (insbesondere auf das Komitat Feher mit Szekesfehervar). Auf Grund der günstigen geographischen Lage (und der vorteilhaften ungarischen Privatisierungsmethode) haben dort multinationale Unternehmen in einige große Industrieprojekte investiert. Dadurch war die Beschäftigungsentwicklung ähnlich günstig wie in den unmittelbar an der österreichischen Grenze gelegenen Komitaten, was aber nach der offiziellen Statistik noch immer mit Rückgängen verbunden war (Übersicht 10, Abbildung 17).

3.1.5 *Monostrukturierte Industriegebiete*

Demgegenüber löste die Transformation in Industrievieren, die von der Schwerindustrie (Bergbau, Metallurgie, Chemie) geprägt sind, hartnäckige Strukturprobleme aus. Diese spielten bekanntlich in der zentralen Planwirtschaft eine wichtige, teilweise auch strategische Rolle. Dort sind die Industriebetriebe sehr groß, gerade in diesen Gebieten war das Horten der Arbeitskräfte eine in der sozialistischen Planwirtschaft häufig geübte Praxis. Diese typischen „Schornstein-Industrien“ stellten zumeist auch eine große Belastung für die Umwelt dar. Mit dem Niedergang des politischen Systems schwand ihre gesellschaftliche Bedeutung, mit der Auflösung des COMECONs verloren sie einen großen Teil ihrer Absatzmärkte. Die entgangenen Lieferbeziehungen konnten nur teilweise ersetzt werden, weil die Grundstoffindustrien auch in den westlichen Industriestaaten zu Überkapazitäten und einem Verdrängungswettbewerb tendieren. Die notwendig gewordene Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit führte zu Umstrukturierungen, in denen viele Arbeitskräfte freigesetzt wurden, die außerhalb der Industrie keine Arbeit fanden (Übersicht 10, Abbildung 17). Umstrukturierungen stehen teilweise noch aus, da angesichts des sozialen und politischen Sprengstoffs manche Regierungen sehr zurückhaltend in bezug auf Stilllegungen sind. Grundsätzlich ist in diesen Industriegebieten die Arbeitslosigkeit ähnlich hoch wie in den ländlichen Randgebieten (Übersicht 13, Abbildung 20). Sie ist auch ähnlich schwer reduzierbar, selbst dann nicht, wenn die Löhne hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben. In diesen Gebieten, die in der zentralen Planwirtschaft eines der höchsten Lohnniveaus hatten, war in den neunziger Jahren die Lohnentwicklung ähnlich schwach wie in den ländlichen Gebieten (Übersicht 11, Abbildung 18).

Die Industriegebiete mit einer einseitig auf die Schwerindustrie spezialisierten Struktur sind in aller Regel um Rohstoffvorkommen (vor allem Kohle) entstanden. Sie konzentrieren sich in den MOEL 5 insbesondere auf Nordböhmen (um Most-Chomutov), auf Nordmähren (um Ostrava-Karvina) sowie auf das benachbarte südpolnische Revier (um Kattowice). In diesen "alten Industriegebieten" leben 23% der tschechischen und 20% der polnischen Bevölkerung (mehr als 7 Millionen; Übersicht 14). Im südpolnischen Revier nahmen die Löhne sogar noch relativ stark zu. Hier sind die Strukturreformen bei weitem noch nicht abgeschlossen, wie sich auch an der Arbeitslosigkeit zeigt, die nur geringfügig über dem Polen-Durchschnitt liegt. Im Vergleich dazu ging der Strukturwandel

in den "alten Industriegebieten" Ungarns rascher vor sich. Jedenfalls hält sich hier die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau. In den ungarischen Schwerindustrie-Revieren, die sich auf den Nordosten (um Miskolc) konzentrieren, leben 13% der ungarischen Bevölkerung. Sehr klein ist das monostrukturierte Industriegebiet in Slowenien, es liegt an der mittleren Save (um Trbovlje). Es wurde bereits erwähnt, dass die Slowakei zwar über eine Schwerindustrie verfügt, sich ihre Standorte aber zu keinen größeren Industrierevieren zusammenfügen.

3.1.6 Ländliche Gebiete in Randlage

Im Gegensatz zu den meisten westlichen Grenzgebieten hat in den ländlichen Gebieten, die zumeist an den Rändern im Osten liegen, der Systemübergang zu einer ungünstigen Entwicklung geführt. In den peripheren ländlichen Gebieten sind die Strukturprobleme nicht minder hartnäckig wie in den alten Industrierevieren. In diesen Agrargebieten schrumpfte mit der Umstrukturierung der Landwirtschaft und der mit ihr eng verflochtenen Nahrungsmittelindustrie die ökonomische Basis. Für die landwirtschaftlichen Produzenten haben sich die Bedingungen sehr verschlechtert (beispielsweise steigen die Preise für Betriebsmittel außerordentlich). Große Produktionsgenossenschaften wurden entweder völlig aufgelöst oder in Teilbetriebe zerlegt. Eine Ausnahme bildete Polen, wo die bäuerlichen Strukturen im sozialistischen Regime größtenteils erhalten blieben. In der Transformation entstanden teilweise sehr kleine Betriebe, die im Nebenerwerb geführt werden oder hauptsächlich der Versorgung des Eigenbedarfs dienen. Mit dem Aufbrechen der regionalen Strukturprobleme wurden viele Menschen arbeitslos (Arbeitslosenquote 1998 12,5%; Übersicht 13, Abbildung 20). Darüber hinaus kam es zu Unterbeschäftigung oder versteckter Arbeitslosigkeit. In diesen weit ab von den EU-Grenzen liegenden und größtenteils schlecht mit Infrastruktur ausgestatteten Gebieten haben die Standortvoraussetzungen für die Entstehung vieler neuer Arbeitsplätze gefehlt. Insbesondere ausländische Investoren waren kaum zu einem Engagement zu bewegen. Der Mangel an Jobs drückte auf die Lohnentwicklung. Die Beschäftigung schrumpfte im Durchschnitt einer ländlichen Region um 3,5% pro Jahr (Übersicht 10, Abbildung 17), die Lohnzuwächse hinkten um 60% hinter dem Durchschnitt nach (Übersicht 11, Abbildung 18).

Die ländlichen Gebiete mit peripherer Lage nehmen insbesondere in der Slowakei große Landesteile ein. In einer Zone, die sich vom Donaubecken fast durch das ganze Land nach Südosten zieht, leben 40% der slowakischen Bevölkerung (Übersicht 14). Die Arbeitslosigkeit hat dort eine steigende Tendenz, derzeit sind etwa 18% der Berufstätigen ohne Erwerbsarbeit (Übersichten 12 und 13, Abbildungen 19 und 20). Teilweise benachbart zu den slowakischen liegen die ungarischen Randgebiete, die weite Teile der Großen Ungarischen Tiefebene und Südtransdanubiens umfassen. Auch hier leben immerhin 25% der ungarischen Bevölkerung, die ebenfalls von hoher Arbeitslosigkeit betroffen ist. Auch in Polen wird der östliche Landesteil überwiegend von ländlichen, peripheren Gebieten eingenommen. Dort erreicht die Arbeitslosigkeit noch Werte bis zu 14%, aber nicht in allen ländlichen Gebieten Polens nahm die Beschäftigung ab (Übersicht 10, Abbildung 17). In den beiden weniger weit nach Osten reichenden Republiken

Tschechien und Slowenien gibt es zwar ländliche Gebiete, nur wenige nehmen aber eine äußere Randlage ein. Peripher liegt zum Beispiel das an die Südoststeiermark angrenzende Pomurska in Slowenien. Hier ist die Arbeitslosigkeit trotz einer stärkeren Reduktion in den letzten Jahren nach wie vor sehr hoch.

3.1.7 Regionale Polarisierung als regionalpolitische Herausforderung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich durch die Transformation die regionale Entwicklung der MOEL polarisiert hat. Die sozialen Ungleichheiten, die das neue System zur Folge hatte, haben sich auch räumlich niedergeschlagen. Einerseits haben Regionen einen neuen Wachstumspfad beschritten, andererseits sind Regionen in hartnäckige Strukturkrisen geraten. Den größten Nutzen erzielten Regionen mit Standortvorteilen für Dienstleistungen, weshalb sich die Haupt- und Großstädte am besten entwickelt haben. Auch wenn die komparativen Vorteile großer Städte zu Beginn eines Systemwechsels am größten sein dürften, erscheint ihre Dynamik unter den Entwicklungsbedingungen einer Wissens- oder Informationsgesellschaft durchaus nachhaltig zu sein. Die Transformation einigermaßen gut bewältigt haben auch Regionen, wo relativ viel in der Sachgüterproduktion investiert wurde. Regionen an der EU-Außengrenze und erneuerungsfähige Industriegebiete haben sich als besonders attraktiv für Investoren erwiesen. In den Grenzregionen sind die Transaktionskosten für ausländische Investoren niedriger, ihre positive Entwicklung scheint allerdings nicht überall gefestigt zu sein. Die erneuerungsfähigen Industriegebiete stützen sich auf eine günstige Branchenstruktur und qualifizierte Facharbeiter. Umgekehrt haben in Industriegebieten, die vom Bergbau oder der Schwerindustrie geprägt sind, Überkapazitäten und Strukturen, welche die Erneuerungsfähigkeit behindern, den Übergang zu einer Marktwirtschaft erschwert. Sie sind ebenso zu Problemregionen geworden wie die ländlichen Gebiete in Randlage, wo ebenfalls Überkapazitäten (in der Landwirtschaft) und Mängel in der Erneuerungsfähigkeit auf Grund unzureichender Standortfaktoren zusammentreffen. Die ländlichen Randgebiete weisen vor allem Mängel in der Infrastruktur und im Humankapital auf.

Es besteht ein großer regionalpolitischer Handlungsbedarf, da die krisenhaften Regionen für jedes MOEL eine erhebliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Belastung darstellen. Vergleichsweise gering ist die Betroffenheit in Slowenien und in der Tschechischen Republik, wo jeweils ungefähr ein Viertel der Landesbevölkerung in Problemregionen lebt. In Slowenien sind die regionalpolitischen Schwierigkeiten schon allein aufgrund der Kleinheit und des relativ hohen Entwicklungsniveaus des Landes nicht allzu groß. Auch in Tschechien gibt es keine entwicklungsschwachen Regionen mit überaus großen Rückständen in den Einkommen, im Norden des Landes sind jedoch hartnäckige Probleme in Schwerindustriegebieten zu bewältigen. Deutlich stärker polarisiert sind die regionalen Strukturen in Polen, Ungarn und der Slowakei, wo jeweils die Mehrheit der Landesbevölkerung (zwischen 50% und 60%) in industriellen oder ländlichen Problemregionen wohnt. Durch die Konzentration der Krisenregionen auf bestimmte Landesteile verschärft sich die Gefahr einer regionalen Desintegration. Die einkommensschwächsten und häufig ländlichen Regionen

befinden sich überwiegend in östlichen Landesteilen. Dort werden Einkommen erwirtschaftet, die zumeist um mehr als 60% niedriger als im EU-Durchschnitt sind (gemessen durch Bruttoinlandsprodukt je Kopf zu Kaufkraftparitäten). Die Krisengebiete der Industrie konzentrieren sich in Abhängigkeit von den Rohstoffvorkommen auf den Norden (in der Tschechischen Republik wie auch in Ungarn) oder auf den Süden (Polen). Tendenziell folgen die Entwicklungsniveaus innerhalb der einzelnen MOEL dem Muster eines West-Ost-Gefälles. Im großen und ganzen gilt auch regional die für Nationen festgestellte Aussage, dass Transformationsländer, die weiter im Westen und damit näher zum "Kern der EU" liegen, bessere Entwicklungsperspektiven haben.

Die Strukturprobleme der Krisenregionen werden durch einen EU-Beitritt nicht beseitigt. Ganz im Gegenteil: in einem Binnenmarkt fällt jeglicher "Schutz" vor einem Wettbewerbs- und Verdrängungsdruck weg. Dadurch wird sich insbesondere in der Schwerindustrie und in der Landwirtschaft der Strukturwandel beschleunigen, was für die von diesen Sektoren dominierten Regionen eine weitere Schwächung der Entwicklungsgrundlagen zur Folge haben wird. Andererseits stehen durch einen EU-Beitritt mehr Fördermittel für eine Regional- und Strukturpolitik zur Verfügung, die jedoch nicht in jedem Fall einen Erfolg garantieren. Zu schwierig und zu kostspielig ist die Sanierung dieser MOEL-Regionen mit Schrumpfungstendenzen.

Die Bewältigung der regionalen Krisen stellt eine große Herausforderung für Experten und Verantwortliche der Regionalpolitik dar, zumal sie sich auf keine allgemeingültigen, sich überall bewährenden Strategien stützen können. Grundsätzlich stehen Strategien einer "aktiven" oder "passiven" Sanierung zur Verfügung. Aus beiden Strategien sind Ansätze zu übernehmen und in feiner Abstimmung mit den jeweiligen Problemlagen der einzelnen Regionen zu kombinieren.

Eine "aktive Strategie" richtet sich auf die Stärkung des "endogenen Entwicklungspotentials" der Regionen. Sie sollte nicht ausschließlich auf Betriebsansiedlungen gerichtet sein, da private Investoren den Problemregionen eher ausweichen; es sei denn, Gebiete in Randlagen werden aufgrund niedrigerer Arbeitskosten als in den besser entwickelten Regionen der MOEL von späteren "Investitionswellen" erfasst. Ungeachtet der Chancen, ausländische Investoren zu gewinnen, sollten Akteure aus den Regionen selbst nach neuen Entwicklungsansätzen mit guten Wachstumsperspektiven suchen. Dabei stellt jedoch der Mangel an Humankapital und eventuell auch an Initiativbereitschaft ein Hemmnis dar, das in erster Linie durch öffentliche Investitionen zu beseitigen sein wird. Der Staat wird ziemlich intensiv einzubeziehen sein, um beispielsweise den Aufbau von "Entwicklungskernen" nach einem Clusterkonzept zu unterstützen. Konventionelle Infrastrukturmaßnahmen allein werden nicht ausreichen, um in Krisenregionen einen Entwicklungssprung einzuleiten. Aber selbst bei offensiven Maßnahmen werden die längerfristigen Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten nicht überall beseitigt werden.

In diesem Fall wären im Rahmen einer "passiven" Strategie Maßnahmen (vor allem im Rahmen einer Ziel 3-Förderung) zu setzen, welche die Mobilität bzw. Flexibilität der Bevölkerung erhöhen. Wenn Teile der Wohnbevölkerung abwandern oder Berufstätige über große Distanzen hinweg

auspendeln, dann verringern sich die Probleme der strukturellen Angebotsüberschüsse auf den regionalen Arbeitsmärkten. Ein gewisser Zynismus ist dieser Strategie nicht abzusprechen. Immerhin verbessern sich die Arbeitsmarktbedingungen der Arbeitskräfte, wenn öffentlich unterstützte Schulungsmaßnahmen zur Erhöhung der Mobilität gesetzt werden. Nichtsdestotrotz kann insbesondere in den MOEL nicht von einer perfekten Mobilität ausgegangen werden. Dort ist die Mobilität unter anderem auch dadurch behindert, dass die Berufstätigen nicht darauf verzichten wollen, dass sie mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen und sich teilweise selbst durch eine eigene kleine Landwirtschaft versorgen (Regiolab, 2000). Es werden eine Reihe von Problemfällen zurückbleiben, die von einem staatlichen Sozialsystem abzufangen sind. Somit werden in den Krisenregionen nicht nur Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen benötigt, sondern auch Maßnahmen zur Erhöhung der Investitions- und Innovationsbereitschaft. Darüber hinaus sind diejenigen, die den Struktur- anpassungen nicht gewachsen sind, sozialpolitisch abzusichern.

Zweifellos erfordert ein derartiger Förderansatz gegen die Verschärfung der regionalen Polarisierung und Desintegration große Mengen an Finanzmitteln. Dabei stehen die Verantwortlichen vor einem Zielkonflikt, denn die Reduzierung von regionalen Disparitäten geht zu Lasten des Wachstumsziels. Wenn Finanzmittel ausschließlich oder überwiegend in Problemregionen fließen, dann wird das nationale Wirtschaftswachstum und somit der Aufholprozess der MOEL gebremst. Umgekehrt laufen bei einer gleichmäßigen, "gießkannenartigen" Förderung die Problemregionen Gefahr, zu wenig Mittel für die Bewältigung der Strukturkrisen zur Verfügung zu haben, während andere Regionen auch ohne intensive Förderung den Wachstumspfad einhalten könnten. Nach den derzeitigen Kriterien der EU-Strukturpolitik über die Förderungswürdigkeit würden in den MOEL 5 alle Regionen mit Ausnahme der Hauptstädte Ziel-1-Gebiete werden. Anspruch auf einen Ziel 1-Status haben bekanntlich jene NUTS-2-Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt (zu Kaufkraftparitäten) je Einwohner um mehr als 25% niedriger als im EU-Durchschnitt ist. Auch wenn sich durch den Beitritt ärmerer Länder der EU-Durchschnitt verringert, würden die meisten Regionen der MOEL 5 Ziel-1-Gebiete werden.

Dieser regionalpolitische Zielkonflikt ist angesichts der Knappheit der nationalen Finanzmittel in den MOEL besonders deutlich ausgeprägt. Um die regionale Polarisierung in den MOEL nicht zu begünstigen, sollten jedenfalls die Regionen mit hartnäckigen Strukturproblemen förderpolitisch bevorzugt werden. Dazu gibt es verschiedene Varianten, die einer näheren Analyse bedürften, um mehr als Denkanstöße zu sein. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, dass für diese Krisenregionen ein neues Zielprogramm bzw. eine eigene Förderkategorie definiert wird („Krisenregionen der Transformation“), vergleichbar etwa den „arktischen“ Problemregionen. Eine andere Möglichkeit wäre eine Änderung der Förderkriterien für Ziel-1-Gebiete, und zwar könnten die Förderkriterien so verschärft werden, dass nur Regionen mit hartnäckigen Strukturproblemen den Status hoher Förderintensität im Rahmen der Ziel-1-Gebietsförderung erhielten. Es ließe sich der Schwellenwert

für das Bruttoinlandsprodukt-Kriterium hinab setzen (von derzeit 75% auf etwa 60%¹⁵). Man bräuchte dann wahrscheinlich noch ein zusätzliches Kriterium, um die von der Schwerindustrie geprägten Problemregionen, die zumeist höhere Einkommensniveaus haben, zu erfassen (etwa Industriequote kombiniert mit Arbeitslosenquote). Unabhängig vom konkreten Auswahlverfahren sollte der Kofinanzierungsanteil verringert werden, um den Finanzierungsschwächen der regionalen/lokalen Verwaltungseinheiten in diesen Problemregionen entgegenzukommen. Für diese Krisenregionen könnte der nationale Kofinanzierungsanteil auf jenes Maß reduziert werden, das möglichst verhindert, dass EU-Fördermittel strukturpolitisch missbraucht werden. Um dem Mißbrauch möglichst vorzubeugen, kann auch eine „Deckelung“ der Fördermittel (auf einen bestimmten Prozentsatz vom BIP als Obergrenze) vorgenommen werden. Der Erfolg dieser risikoreichen Förderungen kann auch durch fehlendes Know-how in der Programmerstellung gefährdet werden. Möglicherweise ist ein Know-how-Transfer durch Experten aus den derzeitigen Mitgliedsländern der EU zu unterstützen, auch wenn dadurch noch immer kein Erfolg garantiert werden kann. Jedenfalls sollte der Programmqualität in allen Phasen von der Konzepterstellung bis zur Umsetzung große Aufmerksamkeit zuteil werden.

Wenn der Kofinanzierungsanteil für Krisenregionen reduziert wird, dann würden nationale Finanzmittel disponibel werden, die – mit geringerer Unterstützung durch die EU – in MOEL-Regionen mit Aussichten auf ein rasches Wachstum verwendet werden könnten. Die Förderung von "Wachstumspolen" wäre dann hauptsächlich eine nationale Angelegenheit, die von der EU im Rahmen der Wettbewerbspolitik erlaubt und im Rahmen der Strukturpolitik finanziell ein wenig unterstützt werden würde (etwa im Rahmen von Ziel-2-Gebieten). Ein Konzept von Wachstumspolen würde die MOEL auch aus jener "Abhängigkeits-Falle" herausbringen, in die sie geraten, wenn sie den Wachstumsprozess in erster Linie auf Imitationen und Know-how-Transfers stützen.

Im folgenden wird die Perspektive auf die Grenzregionen der MOEL eingeeengt. In den zu Österreich benachbarten Grenzregionen Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens leben 6,8 Millionen Menschen bzw. 4,8 Millionen, wenn nur jene Gebiete dazugezählt werden, die höchstens 30 km von der Grenze entfernt liegen (Übersicht 15). An diesen Grenzregionen interessieren die Entwicklungsperspektiven und die Strukturvoraussetzungen bezüglich der Wettbewerbsverhältnisse auf bestimmten Güter- und Faktormärkten.

¹⁵ Dieser Schwellenwert soll nur dem Verständnis dienen und ist nicht als Vorschlag aufzufassen. Es wäre empirisch zu überprüfen, welcher Schwellenwert sinnvoll ist.

Übersicht 15 : Bevölkerung in den Grenzregionen der MOEL

	Bevölkerung	
	Insgesamt	Im erwerbsfähigen Alter
<i>Tschechien</i>		
Unmittelbare Grenzregion ¹⁾	1.009.703	654.417
Weitere Grenzregion	2.287.075	1.471.709
<i>Slowakei</i>		
Unmittelbare Grenzregion ¹⁾	1.168.251	744.082
Weitere Grenzregion	2.494.550	1.563.963
<i>Ungarn</i>		
Unmittelbare Grenzregion ¹⁾	987.605	629.637
<i>Slowenien</i>		
Unmittelbare Grenzregion ¹⁾	1.657.112	1.111.268
Weitere Grenzregion	1.986.848	1.329.127
<i>Insgesamt</i>		
Unmittelbare Grenzregion ¹⁾	4.822.671	3.139.404
Weitere Grenzregion	6.768.473	4.364.799

Q: Statistische Ämter Slowenien, Slowakei, Ungarn, Tschechien; Nationale Jahrbücher ,1998; WIFO, eigene Berechnungen. – ¹⁾ In einer Entfernung von höchstens 30 km.

3.2 Langfristig beiderseitige Annäherung der Entwicklungsperspektiven in den Grenzregionen

Die Diskussion über die Entwicklungsperspektiven konzentriert sich auf die Frage, ob sich die wirtschaftliche Entwicklung zu beiden Seiten der Grenze annähern oder auseinander bewegen wird. Es ist dies die Frage nach der Konvergenz oder Divergenz regionaler Entwicklungen, die grundsätzlich unabhängig von Grenzregionen ist. Spezifisch für Grenzregionen ist, dass sich die Entwicklungsbedingungen als Folge einer Integration verändern können. Zu einer Annäherung kommt es, wenn die Grenzregionen der MOEL aufholen, sodass die komparativen Standortunterschiede zwischen beiden Seiten der Grenze geringer werden. Durch einen intensiven Austausch von Gütern und/oder Produktionsfaktoren werden langfristig Preis- oder Faktorkostenunterschiede eingeebnet. Der Austausch von Gütern setzt wettbewerbsfähige Betriebe voraus. Dabei sind weniger entwickelte Regionen zumeist auf den Know-how-Transfer aus höher entwickelten Regionen angewiesen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen in den MOEL sind ausländische Direktinvestitionen oder Kooperationen mit Unternehmen aus der EU besonders wichtig, da dadurch viel Know-how übertragen wird. Zu einer Auseinanderentwicklung kann es kommen, wenn in einer Region die Standortvorteile zunehmend größer werden und die andere Region mehr und mehr in Rückstand gerät. Unter diesen Umständen kommt es zu einem fortlaufenden Netto-Abfluß von Produktionsfaktoren (insbesondere von Arbeitskräften) aus der entwicklungsschwächeren in die entwicklungsstärkere Region. Unter diesem Aspekt ist die Frage zu

diskutieren, ob die an die österreichische Grenze anschließenden Regionen der MOEL in ihrem Entwicklungsstand zurückfallen werden.

3.2.1 *Integrationsbeispiele: Keine Divergenz*

Dazu werden zunächst einige Beispiele aus der Integration in anderen Regionen skizziert, auch wenn einzuräumen ist, dass aus diesen Erfahrungen keine Analogien auf die Entwicklung in den Grenzregionen der MOEL gefolgert werden können. Zu spezifisch waren jeweils Voraussetzungen und Mechanismen der Integration.

Die Integration Nordamerikas (im Rahmen der NAFTA) kann im Bereich der Grenze zwischen USA und Mexiko als Beispiel für eine tendenzielle Annäherung genommen werden (vgl. *Hanson, 1998*). Im Norden Mexikos war die Entwicklung von Beschäftigung und Löhnen deutlich besser als in den übrigen Landesteilen, wozu vor allem die zunehmenden Direktinvestitionen beitrugen, die getätigt wurden, um die vertikale Arbeitsteilung in den Grenzregionen zu intensivieren. Durch die steuerlich begünstigte Auslagerung von Produktionsstätten aus den USA entstand auf den Arbeitsmärkten der mexikanischen Grenzregionen eine Nachfrage nach erheblich billigeren Arbeitskräften. Dagegen traten in den Grenzregionen der USA keine besonderen Integrationseffekte auf. Die Vergrößerung des Marktpotentials durch die Handelsliberalisierung mit Mexiko war für die reiche USA im Verhältnis zur bereits bestehenden Nachfrage (in den USA) zu gering, um größere Umsatzimpulse auszulösen. Allerdings konnten die Arbeitsplatzverluste, die durch die Auslagerung von Montagejobs entstanden waren, durch die Ansiedlung hochwertiger Arbeitsplätze kompensiert werden. Die Integration Nordamerikas ging jedoch nicht so weit wie die Erweiterungen der Europäischen Union, die auch eine Liberalisierung der Arbeits- und Dienstleistungsmärkte umfaßten.

Keine besonderen Wachstumseffekte für Grenzregionen konnten bei der Süderweiterung der Europäischen Union (1986) festgestellt werden. Im nordöstlichen Teil Spaniens wuchs die Wirtschaft bereits vor dem EU-Beitritt stärker als im Landesdurchschnitt und diesen Wachstumsvorsprung behielt es auch nach 1986 bei (Abbildung 21). Und auch in Südfrankreich wurden in der Periode 1980 bis 1986 überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt, während sich zwischen 1986 und 1996 kein eindeutiges Wachstumsmuster herauskristallisierte. Manche Regionen Südfrankreichs wuchsen auch nach der Erweiterung überdurchschnittlich, andere wiederum fielen zurück. Auch das Wachstumsgefüge Westdeutschlands veränderte sich nach der Wiedervereinigung, die über den gemeinsamen Markt hinausgehend noch eine Währungsunion zur Folge hatte, sehr uneinheitlich (Abbildung 22). Im Zeitraum 1992 bis 1996 ging die Zonalität des Wachstums verloren, die in den Jahren 1988 bis 1992 die Entwicklung der südlichen Grenzregionen Westdeutschlands begünstigten.

Abbildung 21: Wachstumsunterschiede vor und nach der Süderweiterung der EU

Durchschnittliches jährliches Wachstum des regionalen BIP (der Regionen Spaniens und Frankreichs vor und nach der Erweiterung 1986)

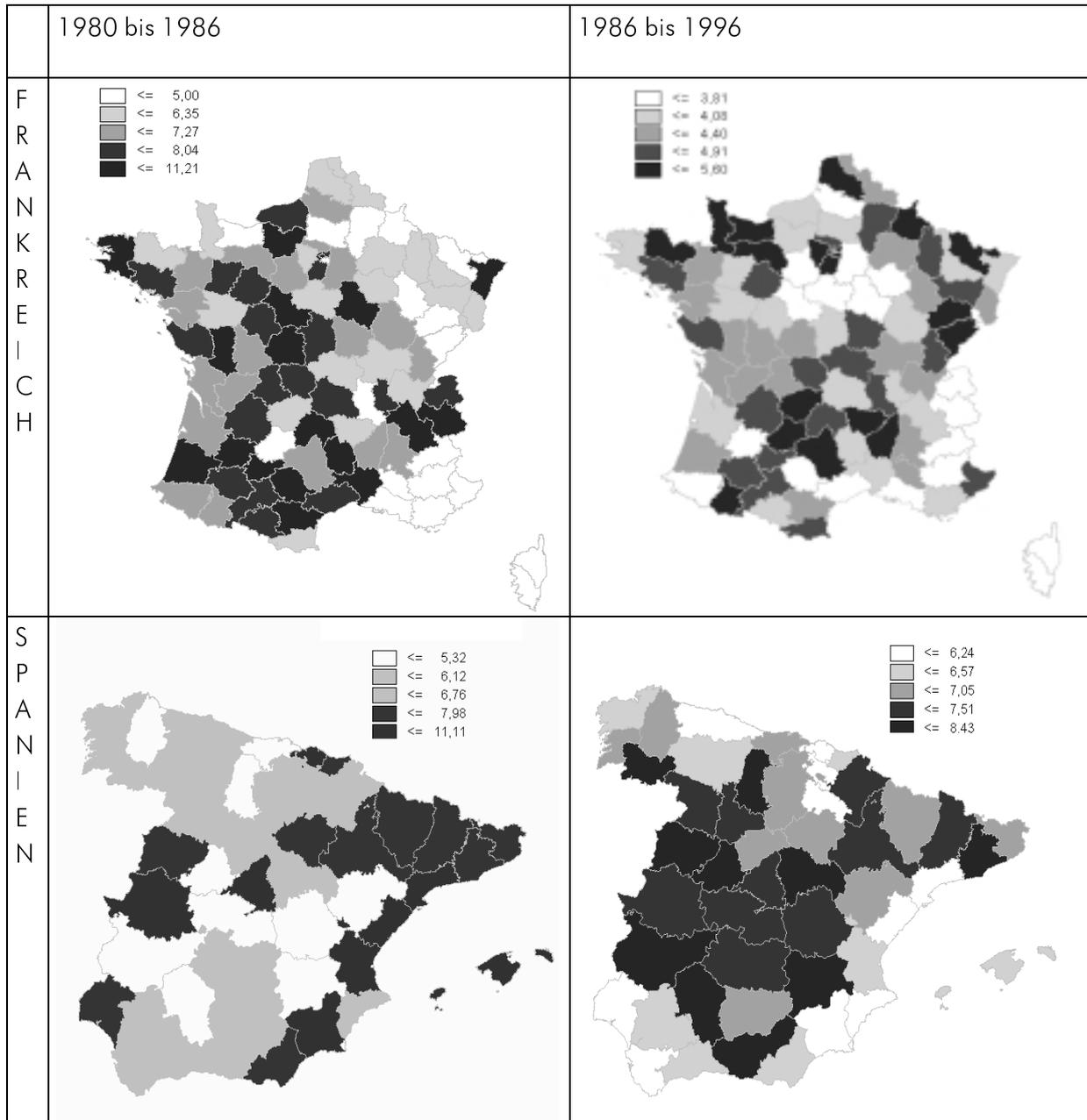
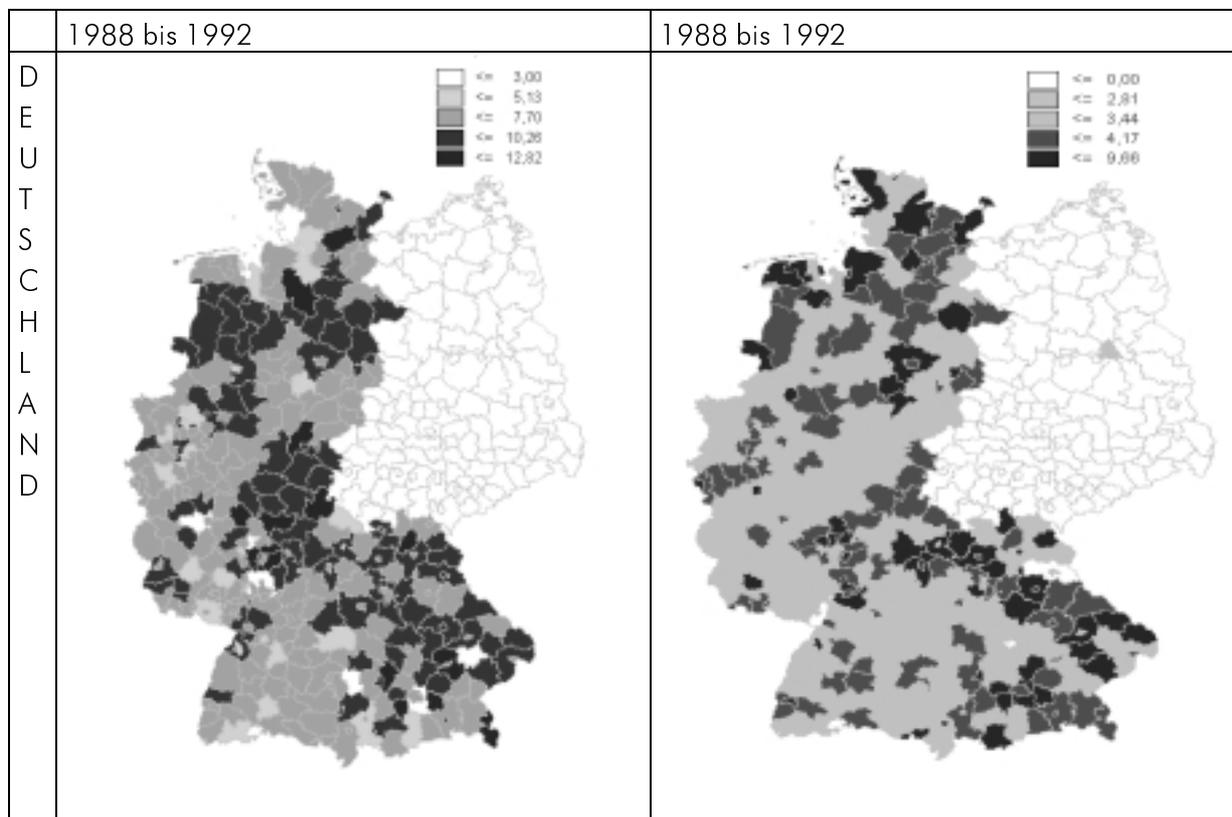


Abbildung 22: Wachstumsunterschiede vor und nach der Wiedervereinigung Deutschlands

Durchschnittliches Jährliches regionales BIP Wachstum der Regionen West Deutschlands vor und nach der Wiedervereinigung 1992



Somit hatten die bisherigen EU-Erweiterungen, die hoch entwickelte und weniger entwickelte Länder in einen gemeinsamen Binnenmarkt zusammenführten, keine Auswirkungen auf die Entwicklung in den Grenzregionen. Erhärtet werden diese Eindrücke durch einen statistischen Test und eine Regressionsanalyse. Getestet wurde, ob die Differenz in den Veränderungsrate zwischen einer Vor- und einer Nachbeitragsperiode statistisch signifikant für Grenzregionen im Vergleich mit den übrigen Regionen ist (Übersicht 16). Dabei wurde noch zwischen "unmittelbaren Grenzregionen", die direkt an der Grenze liegen, und „weiteren Grenzregionen“, die als NUTS 3-Regionen höchstens 50 km von der Grenze entfernt liegen, unterschieden. In einer Regression wurden die regionalen Wachstumsraten auf Zeitperioden, Grenzregionen (jeweils als „Dummy-Variable“) und auf das Zusammenwirken von Grenzregionen und Zeitperioden bezogen. Entscheidend war, ob sich der Koeffizient für die wechselseitige Wirkung von Grenzregionen und Zeitperiode statistisch signifikant von Null unterscheidet (Übersicht 17). Nach beiden Methoden kamen zwar zusätzliche Wachstumseffekte in den Grenzregionen heraus, diese waren jedoch nicht signifikant. Man kann also nicht eindeutig sagen, dass aus bisherigen Erweiterungen der EU ein

zusätzliches Wachstum in den Grenzregionen einer oder beider Seiten resultiert hätte. Damit liegen keine gesicherten Erfahrungen vor, die auf die Entwicklung in den Grenzregionen nach der EU-Osterweiterung übertragbar wären. Immerhin kann man feststellen, dass sich in Nordamerika und in Südeuropa die Grenzregionen nach der Integration zumindest nicht auseinander entwickelt haben.

Übersicht 16: Wachstumsfolgen der Integration („Difference in Differences“ Test)

	Änderung in den Wachstumsraten der Grenzregionen		Differenz
	Grenzregionen	Restliche Regionen	
<i>Spanien</i>			
Unmittelbare Grenzregion	-0,12 (0,75)	-0,20 (2,28)	0,08 (2,40)
Weitere Grenzregion	-0,01 (0,74)	-0,22 (2,31)	0,21 (2,43)
<i>Frankreich</i>			
Unmittelbare Grenzregion	-4,17 (3,21)	-4,43 (2,79)	0,23 (4,25)
Weitere Grenzregion	-4,02 (3,66)	-4,44 (2,74)	0,42 (4,58)
<i>Deutschland</i>			
Unmittelbare Grenzregion	-4,34 (1,93)	-3,94 (2,13)	-0,40 (2,87)
Weitere Grenzregion	-4,74 (1,75)	-3,84 (2,14)	-0,90 (2,76)

Q: Eurostat, eigene Berechnungen – Werte in Klammern sind Standardabweichungen.

Übersicht 17: Wachstumsfolgen der Integration (Regression)

	Frankreich		Spanien		BRD	
	Konstante	4,41*** (0,14)	4,41*** (0,14)	6,78*** (0,20)	6,78*** (0,20)	3,29*** (0,09)
Vorbeitritt	2,43*** (0,19)	2,38*** (0,20)	-0,20 (0,28)	-0,22 (0,28)	3,94*** (0,12)	3,84** (0,13)
Unmittelbare Grenze	-0,07 (0,58)		0,23 (0,57)		0,01 (0,36)	
Weitere Grenzregion	-0,08 (0,49)		0,30 (0,53)			0,11 (0,36)
DDIFF	0,04 (0,81)	0,70 (0,69)	0,09 (0,81)	0,21 (0,76)	-0,41 (0,52)	-0,90** (0,36)
R2	0,49	0,50	0,01	0,02	0,61	0,62

Q: Eurostat; WIFO, eigene Berechnungen. - Eine statistische Signifikanz am 1%-, 5%- und 10%-Niveau entspricht: ***, **, *. - Werte in Klammern sind Standardabweichungen.

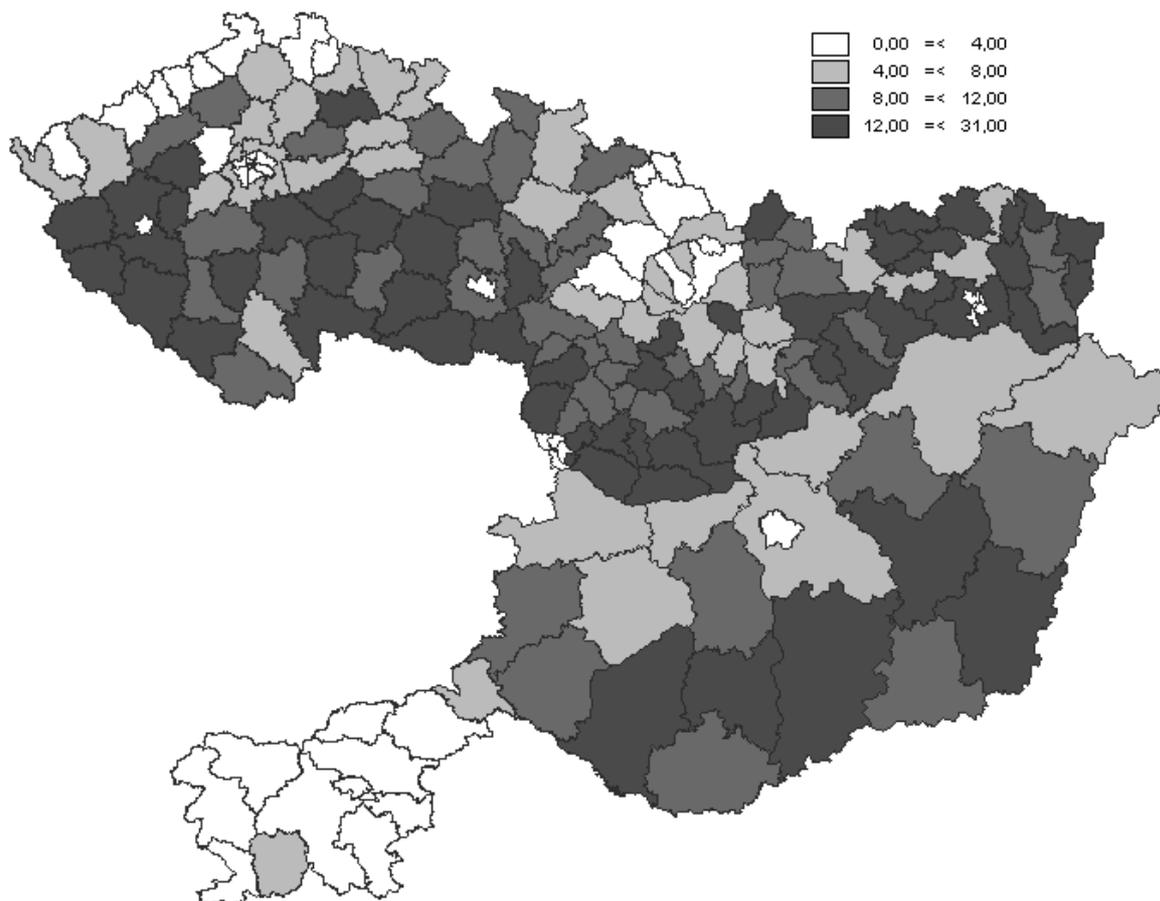
3.2.2 *Bisher dynamische Entwicklung in den Grenzregionen mit den MOEL*

Bezüglich der EU-Osterweiterung kann man nur vorsichtige Schlüsse aus der Entwicklung in den neunziger Jahren unter Berücksichtigung der Wirtschaftsstrukturen ziehen. Demnach wäre nicht zu erwarten, dass sich in den Grenzregionen zwischen Österreich und den MOEL die "Bruchlinie" im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau vertiefen wird.

In den zu Österreich benachbarten Grenzregionen der MOEL gibt es keine Krisenregionen. Die regionale Polarisierung der MOEL ist nicht zu Ungunsten der Grenzregionen an der derzeitigen EU-Außengrenze ausgefallen, vielmehr verläuft das regionale Entwicklungsgefälle tendenziell von Westen nach Osten. Es liegen vor allem keine von der Schwerindustrie geprägte Problemregionen in der Nähe österreichischer Grenzen. Zwar befinden sich dort einige ländliche Regionen, diese haben aber nicht jene Randlage, durch welche sich die Entwicklungsperspektiven erheblich verschlechtern. Sie setzen sich zudem auf österreichischer Seite mit einer ähnlichen Struktur fort. Wenn man die ländlichen Regionen durch einen relativ hohen Anteil der Land- und Forstwirtschaft und durch eine geringe Bevölkerungsdichte charakterisiert, dann konzentrieren sich die ländlichen Grenzregionen auf Südböhmen, Südmähren, die Westslowakei und Nordostslowenien (Abbildungen 23 und 24). Insbesondere die südmährischen Regionen gehören zu den wichtigsten Agrargebieten der Tschechischen Republik. Diesen liegt in Österreich das ebenfalls von der Landwirtschaft geprägte Weinviertel gegenüber. Die ländlichen Gebiete Südböhmens haben im Wald- und in Teilen des Mühlviertels ihr wirtschaftsstrukturelles Pendant. Diese höher gelegenen Gebiete sind dies- und jenseits der Grenze besonders dünn besiedelt (weniger als 60 Einwohner je km²). Die sich im westlichen Vorfeld der Kleinen Karpaten befindlichen ländlichen Gebiete der Westslowakei (Malacky, Senica) gehen in das Marchfeld über und jene in Nordostslowenien (etwa mit den Windischen Büheln und dem Posruck) setzen sich im südöstlichen Flach- und Hügelland der Steiermark fort. Die ländlichen Grenzgebiete der MOEL liegen ebenso wie die meisten österreichischen im Ausstrahlungsbereich von Großstädten (Ceske Budejovice, Brno, Bratislava, Győr, Maribor, Ljubljana). Lediglich entlang der Böhmischo-mährischen Höhen (z.B. Kreis Jihlava) und bis zu einem gewissen Grad im Dreiländereck zwischen Österreich-Ungarn-Slowenien sind die Entfernungen zur nächsten Großstadt größer, sodass man von "inneren Peripherien" sprechen kann.

Abbildung 23: Bedeutung des Primärsektors in den Regionen der MOEL

Anteil der Beschäftigten im Primärsektor in %

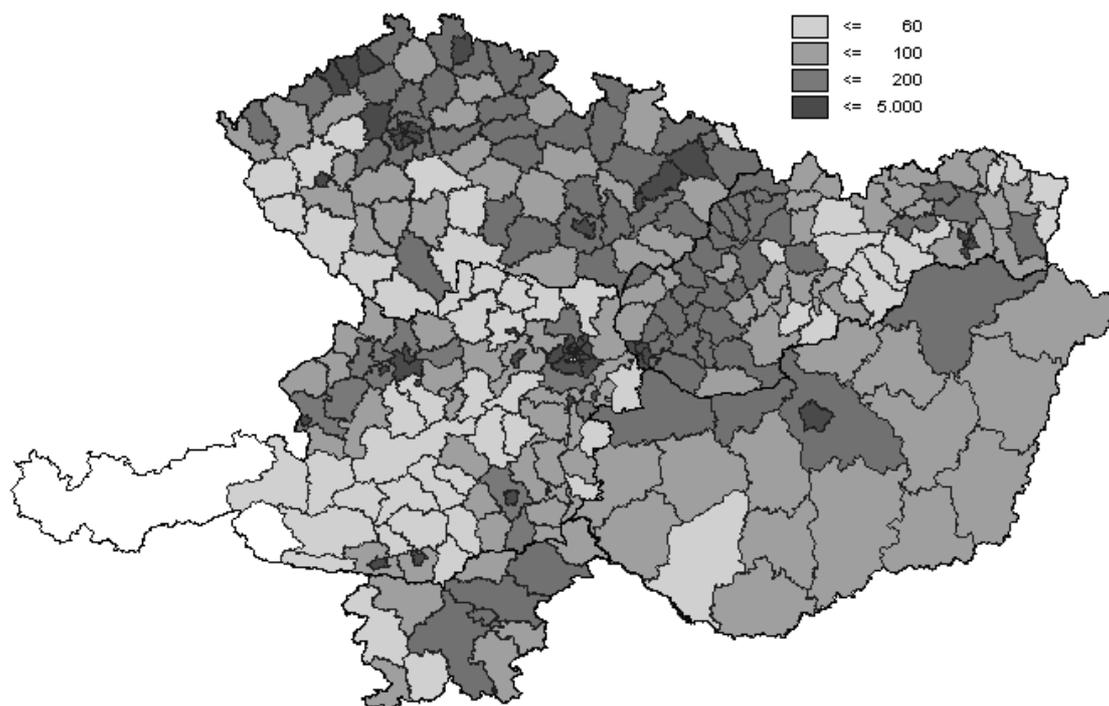


Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Sowohl in den MOEL als auch in Österreich ist das Einkommensniveau der ländlichen Grenzregionen niedriger als in den jeweiligen Landesdurchschnitten, der Rückstand zum Durchschnitt der EU 15 übersteigt aber in keiner Grenzregion der MOEL 40% (Abbildung 25). Da dieser Entwicklungsabstand in den ländlichen Grenzregionen Österreichs etwa 20% bis 30% beträgt, erscheint unmittelbar an der Grenze der "Entwicklungsgraben" gar nicht so tief. Derartige Entwicklungsunterschiede kommen auch innerhalb Österreichs vor, wo die regionalen Disparitäten als einigermaßen erträglich angesehen werden.

Abbildung 24: Bevölkerungsdichte in den MOEL

Einwohner je km²



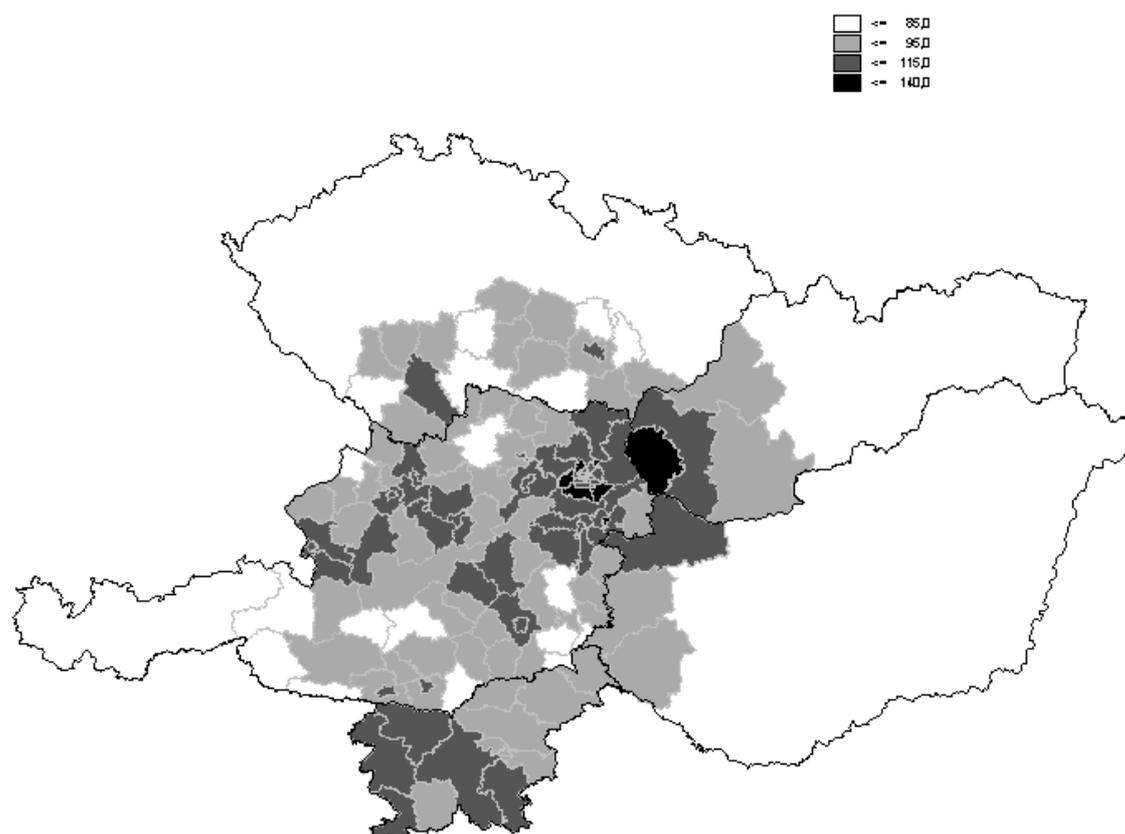
Q: Nationale Jahrbücher; Statistik Österreich.

Auch wenn mangels fehlender Zeitreihen über Daten zum Bruttoinlandsprodukt nicht eindeutig gesagt werden kann, inwieweit sich die Entwicklungsniveaus zu beiden Seiten der Grenze in den neunziger Jahren angenähert haben, kann man doch ausschließen, dass sie sich stärker auseinander entwickelt haben. Die großstädtischen Regionen in Grenznähe haben zweifellos aufgeholt (ausgenommen Maribor), da sich die nationalen Aufholprozesse nach Ende der Transformationsrezession unter anderem auch in den Großstädten manifestiert haben. Und die ländlichen Gebiete hatten beiderseits der Grenzen ein zumindest ähnliches Entwicklungsmuster: eine relativ gute Beschäftigungsentwicklung bei einer schwächeren Zunahme der Löhne. In den Grenzgebieten der MOEL entwickelte sich die Beschäftigung nicht erheblich schlechter als in den jeweiligen Landesdurchschnitten; das gilt selbst für die tschechischen und die slowenischen Grenzgebiete, obwohl sich die positiven Grenzeffekte in der Nähe zu Deutschland bzw. Italien stärker als zu Österreich entfaltet haben. Hingegen blieben die Löhne deutlich hinter der durchschnittlichen Entwicklung zurück, wenn man von den Grenzgebieten Westungarns und der Westslowakei absieht. Und auch in den meisten österreichischen Grenzregionen sind seit der Ostöffnung relativ

viele, aber den Beschäftigten eher niedrige Löhne bringende Arbeitsplätze hinzugekommen (ausgenommen in Kärnten). Zwischen 1991 und 1998 ist in den Arbeitsamtsbezirken des österreichischen Grenzlandes die Zahl der unselbständig Beschäftigten um 0,7 Prozentpunkte pro Jahr rascher gewachsen als in den übrigen Bezirken der Bundesländer mit einer EU-Außengrenze (Palme, 1999). Der Zusammenhang mit der Ostöffnung wird durch die Zunahme der Ausländerbeschäftigung ersichtlich: etwa 40% des Beschäftigungszuwachses in den österreichischen Grenzbezirken entfielen auf Ausländer. Wo der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte schwächer war, wie etwa im Waldviertel, nahm auch die Beschäftigung schwächer zu. Aber selbst im Waldviertel fiel das Wirtschaftswachstum, soweit es für die erste Hälfte der neunziger Jahre gemessen wurde, überdurchschnittlich aus.

Abbildung 25: Relative Löhne 1998

Nationaler Durchschnitt=100

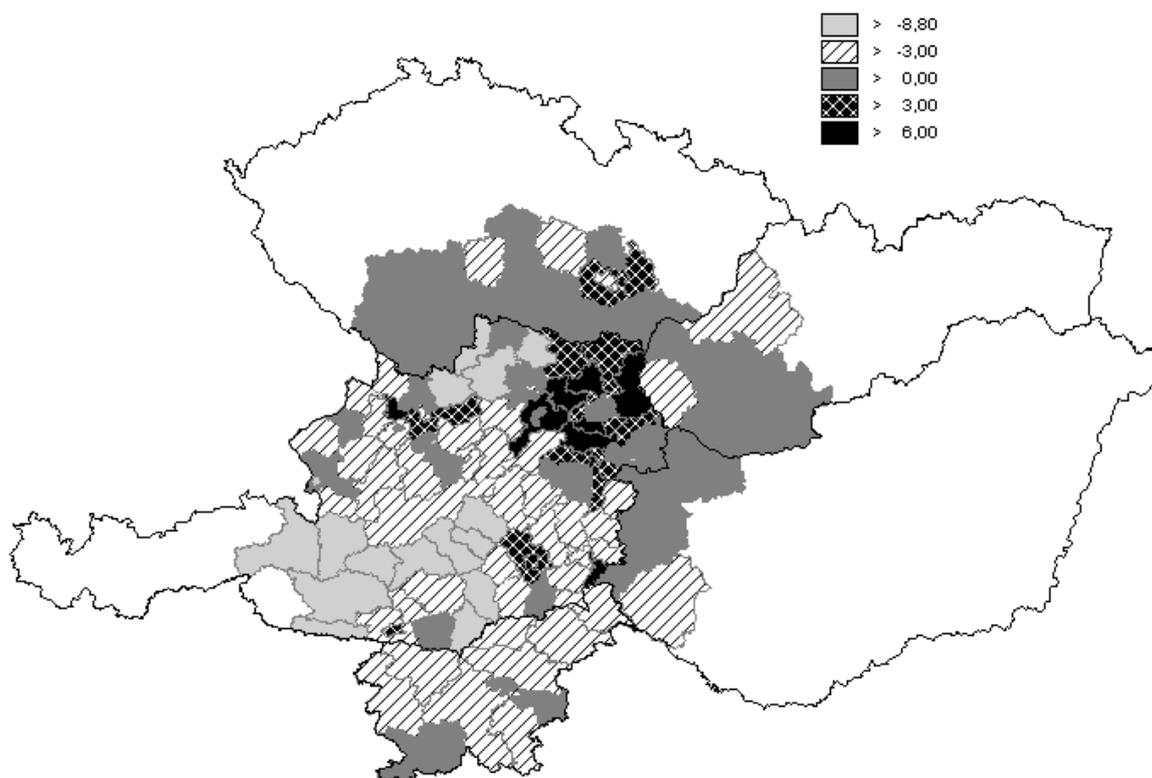


Q: Nationale Jahrbücher; Statistik Österreich; WIFO, eigene Berechnungen.

Die wirtschaftliche Belebung spiegelt sich teilweise auch in der Bevölkerungsentwicklung wider. Insbesondere die Grenzregionen der MOEL verzeichneten zum Beispiel im Jahr 1998 Wandlungsgewinne (Abbildung 26). Selbst in den südtschechischen ländlichen Grenzgebieten sind mehr

Menschen zu- als abgewandert, lediglich NO-Slowenien blieb weiterhin eine Abwanderungsregion. Nicht im Widerspruch zu einer hohen Dynamik steht die Abwanderung aus den Großstädten Bratislava und Brno, da diese im Rahmen von Suburbanisierungsprozessen hauptsächlich ins Umland führte. Andererseits überwog im Gegensatz zu den ländlichen Grenzregionen der MOEL im österreichischen Gegenüber die Abwanderung. Viele ländliche Grenzregionen sind seit Jahrzehnten Abwanderungsregionen, insbesondere die südöstlichen Grenzregionen Österreichs sowie Teile des Wald- und Mühlviertels. Allerdings ist für das gesamte Waldviertel der Wanderungssaldo für den Zeitraum nach 1991 erstmals positiv (Palme, 1999). Am attraktivsten für eine Zuwanderung sind jene ländlichen Grenzgebiete Österreichs, die im engeren Ausstrahlungsbereich von Großstädten bzw. Zentralräumen liegen (z. B. Wienviertel, Nordburgenland, "zentrale" Teile des Mühlviertels).

Abbildung 26: Wanderungssalden in den Grenzregionen je 1.000 Einwohner 1998



Q: Nationale Jahrbücher; Statistik Österreich.

Somit haben österreichische Konsumenten und teilweise auch Investoren einerseits und ausländische Arbeitskräfte andererseits selbst in ländlich geprägte Gebiete eine Dynamik dies- und jenseits der Grenze hineingetragen. Wenn diese Grenze nicht "abgeschottet", sondern als Folge des EU-Beitritts der MOEL durchlässiger wird, dann wird auch in den ländlichen Regionen die

wirtschaftliche Entwicklung nicht folgeschwer zwischen beiden Seiten der Grenze auseinanderdriften. Und den Großstädten der MOEL wie auch den modernisierten Industriegebieten (vor allem in Westungarn) wird die Beseitigung der Grenzbarrieren überdurchschnittliche Impulse verleihen. Wenn vielmehr Strategien grenzübergreifender Kooperationen ergriffen werden, ist eine langfristige Annäherung zu erwarten. Durch den Austausch von Arbeitskräften, Nachfragern und Gütern tendieren Löhne und Preise zu langfristiger Angleichung.

3.3 Wirtschaftsstruktur in den Grenzregionen der MOEL

Die Strukturvoraussetzungen interessieren im Zusammenhang mit integrationsbedingten Änderungsmöglichkeiten in den Wettbewerbsbedingungen von Grenzregionen. „Grenzregionen“ sind Regionen, deren Zugang zu Güter- oder Faktormärkten auf Grund der Existenz einer Grenze beeinflusst ist. „Grenzregionen“ sind nur dann eine sinnvolle Kategorie, wenn Grenzübertrettskosten (bzw. Transportkosten im weitesten Sinn) existieren, sodass durch die Nähe zu einer Grenze Standortvor- oder –nachteile begründet werden. Nun können auch Regionen, die weit entfernt zu einer Grenze liegen, durch tarifäre oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse im Austausch mit Regionen anderer Länder behindert sein. In diesem Fall bezieht sich das Hindernis auf Austauschbeziehungen, in welcher Transportkosten keine besondere Rolle spielen, sodass sie von jedem Standort aus in annähernd gleicher Weise über große Distanzen hinweg stattfinden können. Wenn für international handelbare Güter oder international mobile Produktionsfaktoren die Grenzbarrieren in Folge einer Integration wegfallen, dann ändern sich die Tauschbedingungen für sämtliche Regionen (Grenzregionen und Nicht-Grenzregionen) etwa gleichermaßen. Grenzregionen sind hingegen Regionen, deren Standortwertigkeiten dadurch besonders beeinflusst werden, dass Güter- oder Faktormärkte national segmentiert sind bzw. lange Zeit hindurch gewesen sind, sodass deren Folgen auch nach der Integration noch wirksam sind. Eine spezielle „Grenzlandproblematik“ tritt also nur dann auf, wenn sich durch das Wegfallen der Grenzübertrettskosten die Standortwertigkeit von Grenzregionen erheblich verschlechtert. So wäre eine etwaige „Grenzlandförderung“ strukturpolitisch begründbar. Theoretische Überlegungen legen aber nahe, von einer solchen speziellen Förderung Abstand zu nehmen.

3.3.1 Integrationsfolgen in Grenzregionen

„Grenzregionen“ sind Regionen, deren Zugang zu Güter- oder Faktormärkten auf Grund der Existenz einer Grenze beeinflusst ist. „Grenzregionen“ sind nur dann eine sinnvolle Kategorie, wenn Grenzübertrettskosten (bzw. Transportkosten im weitesten Sinn) existieren, sodass durch die Nähe zu einer Grenze Standortvor- oder –nachteile begründet werden. Grenzregionen sind Regionen, deren Standortwertigkeiten dadurch besonders beeinflusst werden, dass Güter- oder Faktormärkte national segmentiert sind bzw. die Folgen dieser Segmentierung auch nach einer Integration noch längere Zeit hindurch wirksam sind. Zwar können auch Regionen, die weit entfernt zu einer Grenze liegen, durch tarifäre oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse im Austausch mit Regionen anderer

Länder behindert sein. In diesem Fall bezieht sich das Hindernis auf Austauschbeziehungen, in welcher Transportkosten keine besondere Rolle spielen, sodass sie von jedem Standort aus unter annähernd gleichen Bedingungen und über große Distanzen hinweg stattfinden können. Dann werden transportkostenunempfindliche, international handelbare Güter getauscht oder wandern international mobile Produktionsfaktoren. In bezug auf diese Güter oder Produktionsfaktoren ändern sich jedoch die Bedingungen für sämtliche Regionen (Grenzregionen und Nicht-Grenzregionen) ungefähr gleichermaßen, wenn die Grenzbarrieren in Folge einer Integration wegfallen. In diesem Zusammenhang wären „Grenzregionen“ eine überflüssige Kategorie.

Grenzregionen können verschiedene Funktionen innehaben und in ihrer Standortwertigkeit unterschiedlich von einer Integration betroffen werden. Bei international handelbaren Gütern, aber national segmentierten Märkten können Grenzregionen den Vorteil einer „Brückenkopf-Funktion“ ausüben, indem zwei Märkte zu relativ niedrigen Transportkosten von einem Standort aus bedient werden. Brückenkopf-Funktionen können nur wenige Grenzregionen wahrnehmen, nämlich solche, wo Märkte auf Grund einer bevorzugten Ausstattung mit einer Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur leicht zugänglich sind. Diese Funktion geht bei einem Wegfall der nationalen Segmentierung der Märkte verloren, wodurch es zu einer Standortabwertung kommen kann, aber nicht notwendigerweise kommen muß. Nicht obsolet werden Lagevorteile, wenn standortbedingte Wettbewerbsvorteile bestehen. Ehemalige Grenzstandorte können in einem erweiterten homogenen Marktgebiet eine zentrale Lage einnehmen, sodass dort ansässige Betriebe hohe Umsatzpotentiale aufweisen, die sie in Betriebsgrößenvorteile umsetzen können. Andererseits könnten Größenvorteile bereits vor der Integration in Wahrnehmung der Brückenkopffunktion aufgebaut worden sein, die auch nach einer Integration weiter als Wettbewerbsvorteile wirken.

Grenzregionen können weiters Vorteile bei international handelbaren Vorprodukten aufweisen, wenn die Kontroll- oder Transaktionskosten einer internationalen Arbeitsteilung durch die Nähe zur Grenze gering sind. In die internationale Arbeitsteilung können sich vor allem jene Grenzregionen einbetten, deren Wirtschaftsstrukturen sich einander ergänzen. Selbst wenn Unterschiede in den Faktorkosten eine Standortvoraussetzung für den Aufbau solcher komplementärer Produktionsstrukturen sind, wird nicht überall in solche Strukturen investiert werden. Die investierenden Unternehmen werden sich die Erfahrungsvorteile und Kenntnisse zugute kommen lassen, die beispielsweise bestimmte Regionen für bestimmte Spezialisierungen begünstigen. Die Bedingungen für eine internationale Arbeitsteilung (vertikal wie horizontal) sind umso besser, je geringer die Grenzübertrittskosten sind. Durch eine Integration werden die Grenzstandorte grundsätzlich auf beiden Seiten aufgewertet. Allerdings kann die Allokation der Arbeitsplätze asymmetrisch sein, indem auf einer Seite der Grenze mehr Arbeitsplätze entstehen als auf der anderen Seite langfristig abgesichert werden. Noch größer wäre der Beschäftigungsrückgang einer Region, wenn die Arbeitsteilung durch eine regionale Spezialisierung in der Form abgelöst wird, dass sich die gesamte Produktion auf einer Seite der Grenzregionen konzentriert. Dann ist aber die gegenseitige Nähe kein Standortfaktor mehr, eine vollständige Auslagerung der Arbeitsplätze könnte

auch jeder anderen Region passieren. Mit anderen Worten, die vollständige Auslagerung wäre kein spezifisches Phänomen für ein Grenzland. Für Grenzregionen im allgemeinen wichtiger als international handelbare Güter und international mobile Produktionsfaktoren sind jene Wirtschaftsbeziehungen, die auf „Regionalmärkten“ ausgeübt werden.

Die Existenz einer Grenze beeinflusst die Wettbewerbsverhältnisse sämtlicher Grenzregionen in jenen wirtschaftlichen Beziehungen, die in ihrer räumlichen Reichweite begrenzt sind. Gemeint sind „regional handelbare“ Güter und Dienstleistungen sowie „regional mobile“ Produktionsfaktoren, die auf Güter- oder Faktormärkten mit einer „regionalen“ Ausdehnung getauscht werden („Regionalmärkte“). Das betrifft zum Beispiel viele Dienstleistungen (konkret: die „räumlich gebundenen Dienstleistungen“) oder viele Produkte von Gewerbebetrieben ebenso wie die Pendelwanderung von Arbeitskräften. Wenn die Grenzübertrettskosten in Folge einer Integration verringert werden oder gänzlich wegfallen, dann entstehen neue Wettbewerbsbedingungen und Marktverhältnisse: national segmentierte Regionalmärkte werden zu grenzübergreifenden Regionalmärkten. Grundsätzlich verbessert sich die Standortwertigkeit auf beiden Seiten der Grenze, weil sich auf den Gütermärkten die Umsatzpotentiale und auf den Faktormärkten die Verfügbarkeit über Produktionsfaktoren erhöhen. Und zudem nimmt die Wohlfahrt der Haushalte zu. Es können jedoch in der vorangegangenen Segmentierung verschiedenste Wettbewerbsunterschiede (etwa Preis-, Kosten- oder Qualitätsunterschiede) aufgebaut worden sein, die nach der Integration nur für eine Seite der Grenzregionen Wettbewerbsvorteile bedeuten. In diesem Fall erleidet die andere Seite der Grenzregionen einen Abfluß von Kaufkraft oder Produktionsfaktoren (vor allem Arbeitskräfte). Zu einem regionalen Problem kann ein Kaufkraftabfluß werden, wenn dadurch viele Arbeitsplätze verlorengehen. Initiative Unternehmen können allerdings der Stilllegung von Betrieben oder dem Marktaustritt unter anderem durch eine Nutzung der Standortunterschiede mit Hilfe einer Strategie grenzüberschreitender Kooperation entkommen. Diese Entwicklungen zugunsten der Grenzregion mit geringeren Arbeitskosten würde zwar die Lohnunterschiede verringern, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften auf der dynamischeren Seite der Grenze steigt und auf der anderen Seite zurückgeht. Dennoch würde in der Grenzregion mit Wettbewerbsnachteilen der Druck auf den Arbeitsmarkt (mit Arbeitslosigkeit und/oder Lohn-
dämpfung als Folge) solange verstärkt werden, als Lohnunterschiede bestehen, die einen massiven Zustrom von Arbeitskräften aus der benachbarten Grenzregion hervorrufen. Dadurch würde der Prozess der Annäherung der Löhne beschleunigt werden.

Im folgenden Abschnitt dieses Kapitels werden die Wirtschaftsstrukturen in den Grenzregionen der MOEL untersucht, soweit sie im Zusammenhang mit integrationsbedingten Änderungsmöglichkeiten in den Wettbewerbsbedingungen interessant sind. Allerdings setzte eine genaue Abschätzung der Integrationsfolgen sektorale Regionalmodelle voraus, die auf Grund ihrer Komplexität nur selten implementiert werden. Für die Regionen der MOEL kommt dann noch der gravierende Nachteil äußerst mangelhafter Daten hinzu. Deshalb kann in PREPARITY nicht mehr als eine grobe und zumeist qualitative Einschätzung mit Hilfe einer Analyse der Strukturvoraus-

setzungen vorgenommen werden. Die Ergebnisse aus dem vorliegenden Teilprojekt 3 werden teilweise mit Resultaten aus anderen Teilprojekten verknüpft. Wegen der Datenprobleme müssen diese für die Grenzregionen der MOEL noch unzulänglicher als für die österreichischen Regionen ausfallen.

Zunächst werden die Eigenschaften des Handels als einer typischen Branche für regional handelbare Dienstleistungen in den Grenzregionen der MOEL dargestellt. Inwieweit das Zentrengefüge zu beiden Seite der Grenze beeinflußt wird, wird im Teilprojekt 13 mit Hilfe von Modellsimulationen abgeschätzt werden. Weiters interessieren die Arbeitsmärkte, um jene Faktoren zu untersuchen, die Berufstätige aus den Grenzregionen der MOEL veranlassen könnten, sich eine Arbeit im westlichen Ausland zu suchen. Die Zuwanderung ist vor allem im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitskräfte wichtig, die viele öffentliche Diskussionen und Überlegungen zu "Übergangsregeln" ausgelöst hat. Es wird dabei noch keine Antwort über das Ausmaß der Pendler oder Migranten gesucht, diese Fragen werden ausführlich im Teilprojekt 10 behandelt. Schließlich wird der Frage nachgegangen, wie sich die Grenzregionen der MOEL grundsätzlich für grenzüberschreitende Kooperationen durch österreichische Unternehmen eignen. Dabei wird die Osterweiterung als besondere Chance für österreichische Unternehmen gesehen, ihre Wettbewerbsfähigkeit unter globalisierten Rahmenbedingungen zu stärken. Im vorliegenden Abschnitt geht es in erster Linie um die Strukturvoraussetzungen jenseits der EU-Außergrenze, eine Detailanalyse der Kooperationen und Direktinvestitionen war Gegenstand des Teilprojektes 5.

3.3.2 *Einzelhandel als typische regionale Dienstleistung*

Der Einzelhandel ist eine regional handelbare Dienstleistung, weil die Märkte durch die Bereitschaft zu langen Einkaufsfahrten begrenzt sind. Als Voraussetzung für die Erbringung dieser Dienstleistung müssen die Nachfrager zum Ort der Anbieter fahren. Für diese Besorgungsfahrten sind die Konsumenten nicht bereit, allzu große Distanzen zu überwinden. Die Märkte des österreichischen Einzelhandels sind gegenüber den MOEL nicht mehr völlig abgeschottet, spätestens seit Öffnung der Ostgrenzen werden Einkaufsfahrten in beide Richtungen unternommen. Dennoch sind sie teilweise noch den Landesgrenzen entsprechend segmentiert. Neben den Grenzwarzeiten sind es vor allem die engen Mitnahmebestimmungen bezüglich des Direktimports durch Konsumenten, welche die Kaufkraftflüsse über die Grenzen hinweg einschränken. Vollständig liberalisiert werden die Regionalmärkte des Einzelhandels erst durch die EU-Osterweiterung. Sie wird den Anbietern von regionalen Dienstleistungen mehr Konkurrenz bringen und den Bewohnern der österreichischen Grenzregionen eine höhere Wohlfahrt. Die Konsumenten können dann zu niedrigeren Preisen aus einem größeren Warenangebot auswählen. Allerdings werden sich die Preisunterschiede zwischen beiden Seiten der Grenze langfristig annähern.

Die Einkaufsfahrten zwischen Österreich und den MOEL durchliefen verschiedene Phasen. Als es zu Beginn der Ostöffnung Geldüberhänge und Angebotsmängel in den angrenzenden MOEL gab, strömte viel Kaufkraft nach Österreich. Nach einigen Jahren hat sich die Angebotsstruktur in

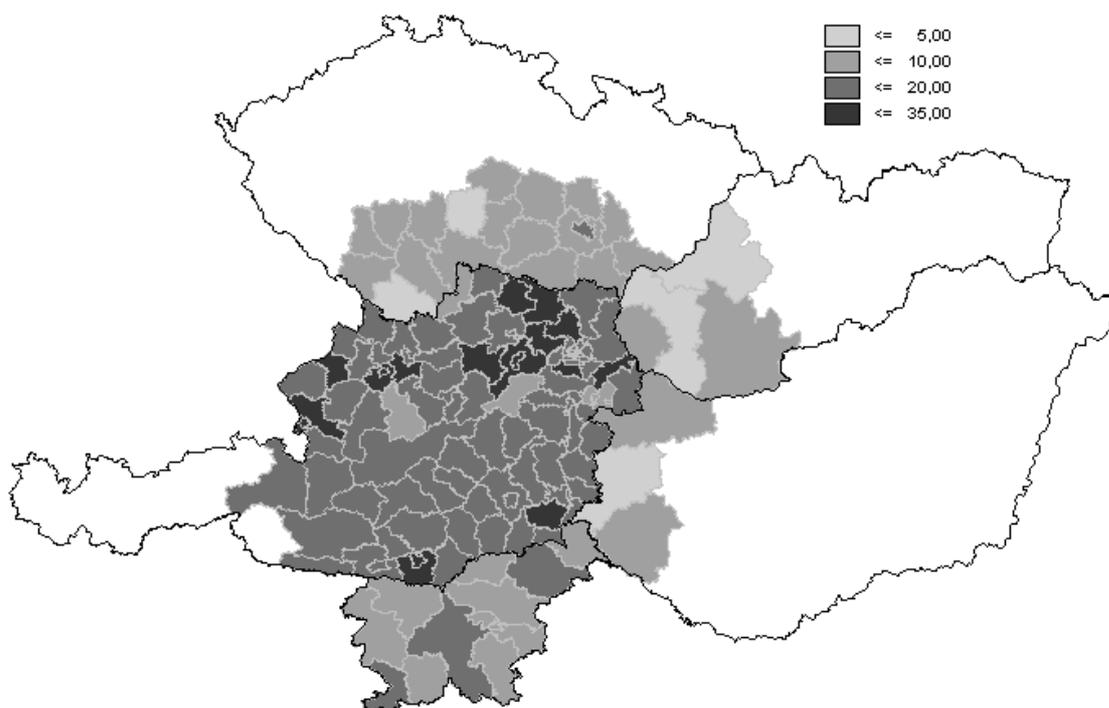
den MOEL deutlich verbessert, nicht zuletzt aufgrund von ausländischen Direktinvestitionen. Dabei haben häufig dieselben Unternehmen investiert, die auch in Österreich große Marktanteile haben. Dadurch sind die Einkünfte aus dem Einkaufstourismus in Österreich ebenso rasch wieder gesunken wie die Einkaufsausgaben der Österreicher in den MOEL gestiegen sind. Obwohl die Preise in den MOEL bis zur Hälfte billiger als in Österreich sind, blieben die Kaufkraftabflüsse in die MOEL eher moderat. Im Jahr 1998 entfiel von allen Ausgaben der Österreicher im Ausland nur etwa ein Drittel auf Tschechien, die Slowakei und Ungarn (etwa 4 Mrd. S nach Fessel-GfK). Größer war der Anteil bei den niederösterreichischen Konsumenten, die beinahe 60% der Auslandsausgaben in diesen drei MOEL tätigten. Diese Ausgaben waren aber nur geringfügig höher als jene, welche die niederösterreichischen Konsumenten für den Versandhandel bereitstellten. Hingegen floß aus den niederösterreichischen Grenzregionen erheblich mehr Kaufkraft in die österreichischen Ballungsräume (insbesondere nach Wien und das Umland) ab als in die MOEL. Österreicher kaufen vor allem Verbrauchsgüter (insbesondere Zigaretten, Alkohol, Lebensmittel) in den Grenzregionen der MOEL. Jüngste Erhebungen weisen für Österreich mittlerweile wieder einen deutlich positiven Saldo bezüglich der Kaufkraftflüsse mit den MOEL auf.

Zu diesem Befund relativ schwacher Kaufkraftabflüsse passen auch die Struktureigenschaften des Einzelhandels in den Grenzregionen der MOEL, sofern sie mit der mangelhaften Datenbasis beobachtbar sind. Der Anteil der im Handel Beschäftigten an den gesamten Beschäftigten ist in keiner Grenzregion der MOEL höher als in den benachbarten Grenzregionen Österreichs (Abbildung 27). In aller Regel ist dort die Bedeutung des Einzelhandels geringer, was allgemein mit dem Nachholbedarf der MOEL bei Dienstleistungen zusammenhängt.

Eine ähnliche Aussage ergibt sich, wenn die Beschäftigten im Handel auf die Einwohner bezogen werden: auch hier übertrifft keine Grenzregion der MOEL die Ausprägungen benachbarter österreichischer Bezirke in nennenswerter Weise (Abbildung 28). Diese Kennzahl drückt ein Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage aus, eine große Ausprägung würde nach der Theorie der zentralen Orte auf eine größere geographische Ausstrahlung des Einzelhandelsangebots hinweisen. In Österreich haben deshalb die Großstädte und ihr Umland sowie einige Mittelstädte und Bezirke mit einem intensiven Tourismus hohe Werte. Die Großstädte heben sich auch in den Grenzregionen der MOEL heraus (Ceske Budejovice, Brno, Bratislava, Maribor, Ljubljana). Einen gewissen „Bedeutungsüberschuß“ im Einzelhandelsangebot weisen auch die übrigen slowenischen Regionen in Nachbarschaft zu Österreich und die südmährischen Kreise Znojmo und Hodonin auf. Erstaunlicherweise ist diese Angebots-Nachfragerelation in den westungarischen Komitaten relativ gering, obwohl Györ, Sporon, Szombathely auch bei Österreichern beliebte Einkaufsstädte sind. Diese Werte könnten aber auch statistisch durch die relativ großen Territorialeinheiten der Komitate verzerrt sein, indem ländliche Gebiete mit einem geringen Angebot den Durchschnitt nach unten drücken. Umgekehrt dürfte die Kleinheit der slowenischen Raumeinheiten (und auch der österreichischen Bezirke) höhere Werte begünstigt haben.

Abbildung 27: Beschäftigte im Handel in den Grenzregionen

Anteile an Beschäftigung insgesamt in %; 1998



Q: Nationale Handbücher; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO, eigene Berechnungen.

Diese Verzerrungen könnten auch für die durchschnittlichen Betriebsgrößen (nach Beschäftigten) der Einzelhandelsgeschäfte maßgeblich sein, zumindest wenn die Werte von Ungarn und Slowenien miteinander verglichen werden¹⁶⁾ (Übersicht 18). Demnach wäre ein Einzelhandelsbetrieb in einer slowenischen Region im Durchschnitt fast fünfmal größer als in einem ungarischen Komitat. Im nationalen Vergleich schneiden die an Österreich grenzenden slowenischen und ungarischen Regionen recht gut ab. In Podravska, Koroska sind die Einzelhandelsgeschäfte größer, in Pomurska und Gorenjska etwa gleich groß wie im Slowenien-Durchschnitt. Im Komitat Győr-Moson-Sopron wird die durchschnittliche Größe der Einzelhandelsgeschäfte nur von Budapest (das aber deutlich) übertroffen, im Komitat Vas arbeiten jedoch in einem Einzelhandelsbetrieb weniger Beschäftigte als im ungarischen Durchschnitt. Somit konnten mit diesen Kennzahlen keine besonderen Strukturvorteile für die Grenzregionen der MOEL im Einzelhandelsangebot beobachtet werden. Ihr ausschlaggebender Wettbewerbsvorteil liegt in den Preisen, die sich unter den zu erwartenden Entwicklungsperspektiven ohnedies annähern werden. Derzeit schätzen die österreichischen Konsumenten die niedrigeren Preise insbesondere bei Verbrauchsgütern. Diese

¹⁶⁾ Für die Slowakei und für Tschechien waren keine Daten über die Betriebsgrößen von Einzelhandelsgeschäften verfügbar.

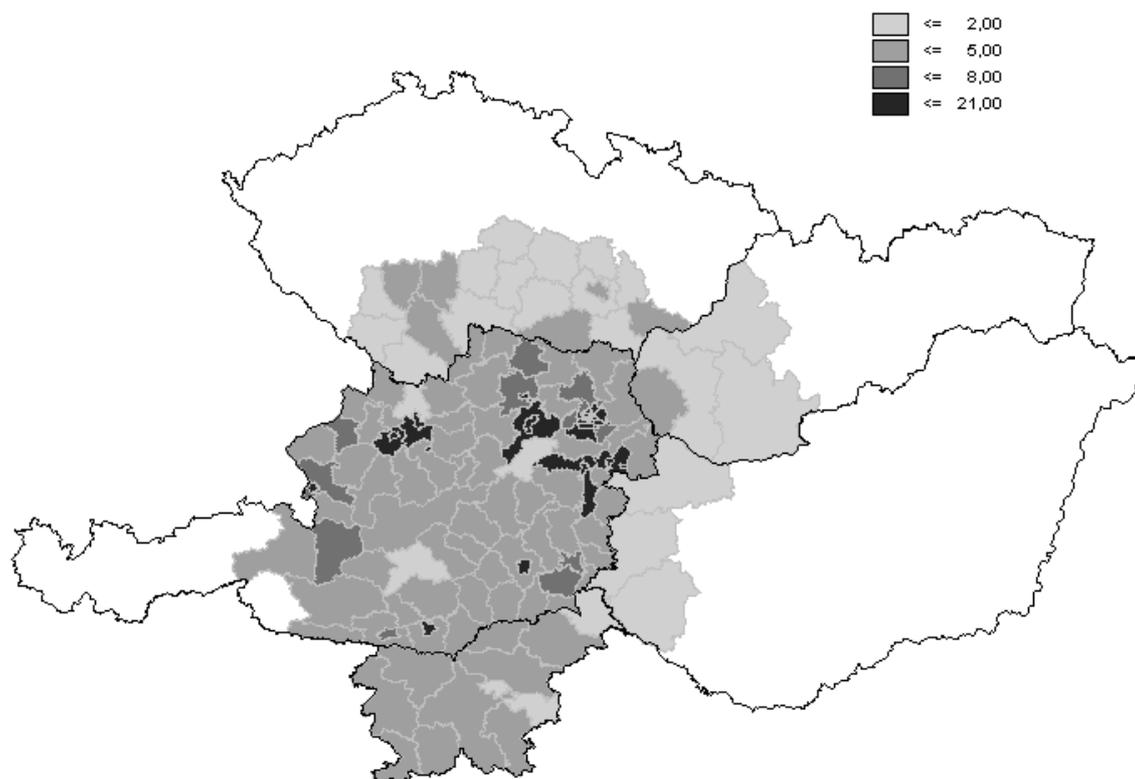
Güterkategorie hat in den österreichischen Grenzregionen vor allem im Angebot der kleineren Zentren eine größere Bedeutung. Diese Zentren geraten aber auch durch die räumliche Konzentrationsprozesse im österreichischen Einzelhandel unter einen starken Verdrängungsdruck.

Übersicht 18: Betriebsgröße im Einzelhandel in Ungarn und Slowenien

	Betriebsgröße	Beschäftigte	Betriebe
Budapest	2,6	52.585	20.572
Pest	1,1	11.984	11.072
Fejér	0,8	4.042	5.132
Komárom-Esztergom	0,9	3.580	3.799
Veszprém	0,8	4.595	5.541
Győr-Moson-Sopron	1,2	7.277	6.178
Vas	0,9	3.625	3.914
Zala	1,1	5.032	4.489
Baranya	1,0	5.561	5.704
Somogy	0,7	4.006	5.652
Tolna	0,9	3.224	3.527
Borsod-Abaúj-Zemplén	1,0	7.595	7.546
Heves	0,7	2.773	4.131
Nógrád	0,9	2.262	2.521
Hajdú-Bihar	1,2	7.318	5.942
Jász-Nagykun-Szolnok	1,1	5.224	4.937
Szabolcs-Szatmár-Bereg	0,8	5.721	7.600
Bács-Kiskun	1,2	8.355	7.052
Békés	0,8	4.175	4.940
Csongrád	1,0	5.447	5.337
Ungarn 1997	1,2	154.381	125.586
Pomurska	5,5	2.668	488
Podravska	6,5	9.510	1.461
Koroskia	6,8	1.738	257
Savinjska	7,0	6.825	972
Zasavska	5,3	866	163
Spodnjeposavska	4,2	1.473	349
Dolenjska	5,0	2.442	485
Osrednjeslovenska	5,2	21.618	4.127
Gorenjska	5,2	4.899	941
Notranjsko-kraska	6,7	1.132	168
Goriška	4,3	2.707	628
Obalno-kraska	4,4	3.531	795
Slowenien 1993	5,5	59.409	10.834

Q: Nationale Handbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Abbildung 28: Beschäftigte im Handel je 100 Einwohner 1998



Q: Nationale Jahrbücher; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO, eigene Berechnungen.

3.3.3 Arbeitsmärkte in den Grenzregionen der MOEL

Die Eigenschaften der Arbeitsmärkte in den Grenzregionen der MOEL interessieren im Zusammenhang mit jenen Bedingungen, die Entscheidungen für Wanderungen beeinflussen (sog. "Push-Faktoren") – unabhängig von den Bedingungen in den Empfängerregionen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Faktoren, die eine Pendelwanderung begünstigen, und solchen, die eine Migration als attraktiv erscheinen lassen. Nur die Pendelwanderung bezieht sich auf die Regionalmärkte des Produktionsfaktors Arbeit, während Migration Ausdruck der internationalen Mobilität von Arbeitskräften ist. Es wird gezeigt werden, dass wenig Veranlassung für eine Migration aus den Grenzregionen der MOEL in die österreichischen Grenzregionen besteht. Insbesondere erscheint es wenig attraktiv, sich dauerhaft in den ländlichen Grenzregionen Österreichs niederzulassen. Demgegenüber erscheint es für die Berufstätigen der MOEL viel interessanter, durch Pendelwanderungen nach Österreich zu einem höheren Wohlstand zu kommen.

Migrationen oder Pendelwanderungen können von zu geringen Einkommen oder ungünstigen Beschäftigungschancen in den Wohnregionen ausgelöst werden. Fehlende Arbeitsplätze können zu

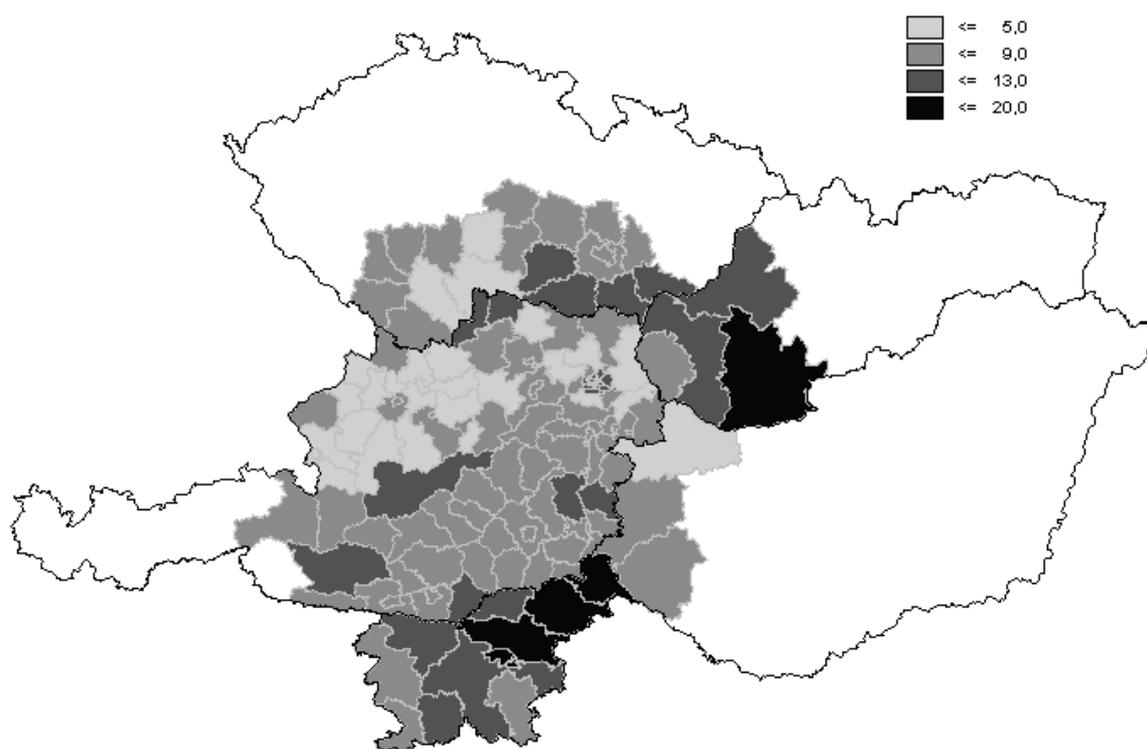
einer längerfristigen Arbeitslosigkeit führen. Wenn die Arbeitskräfte auf der Suche nach einem Job entmutigt werden, ziehen sie sich ganz aus dem Erwerbsleben zurück. Das trifft insbesondere für Frauen zu, die aufgrund einer einseitigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung in bezug auf Haushalts- und Betreuungsarbeiten regional weniger mobil sind. Davon sind auch ältere Berufstätige überproportional betroffen, weil sie auf dem Arbeitsmarkt weniger Chancen haben und nicht mehr so mobil wie in jüngeren Jahren sind. Dann wäre eine relativ niedrige Erwerbsquote die Folge unzureichender Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese "stille Reserve" des Arbeitskräfteangebots kann schließlich auch durch Wanderungsbewegungen aktiviert werden, sofern sie nicht zu viele Arbeitskräfte mit beschränkter räumlicher Mobilität enthält.

Es wurde bereits erwähnt, dass die von einer hartnäckigen strukturellen Arbeitslosigkeit betroffenen Krisenregionen der MOEL großteils nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu österreichischen Grenzregionen liegen. Allerdings ist in manchen ländlichen Grenzgebieten der MOEL die Arbeitslosigkeit höher als im jeweiligen Landesdurchschnitt (Abbildung 20). Dies trifft insbesondere auf Südmähren, die Westslowakei und auf Nordostslowenien zu. Dort ist die Arbeitslosenquote um einige Prozentpunkte höher als in den unmittelbar gegenüberliegenden österreichischen Regionen (Abbildung 29). Weiters sind die Arbeitsmärkte in einigen grenznahen Teilräumen ziemlich inflexibel. Auf einem hohen Niveau verharrte in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit insbesondere in einigen südmährischen Kreisen (Znojmo, Trebic, Hodonin) und in Nordostslowenien (Pomurska, Podravska).

Die höhere Arbeitslosigkeit der südmährischen Regionen kann teilweise durch die ländliche Wirtschaftsstruktur erklärt werden, die mit einem Mangel an Arbeitsplätzen verbunden ist. Das fehlende Jobangebot führte zu einer höheren Jugendarbeitslosigkeit. Hierin unterscheiden sich die südmährischen Arbeitsmarktregionen sehr deutlich vom nationalen Durchschnitt, da in Tschechien die Jugendarbeitslosigkeit bei weitem nicht jenes Problem wie etwa in Polen oder der Slowakei darstellt. In Südmähren waren immerhin 43% aller Arbeitslosen unter 25 Jahre alt (Tschechien 33%; Eurostat, 2000). Weiters erreicht die Erwerbsbeteiligung in Südmähren nicht mehr jenes hohe Ausmaß wie im nationalen Durchschnitt, insbesondere Frauen finden dort keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten vor (Übersicht 19). Die Erwerbsquote der tschechischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren (etwa 73%) ist um zirka 5 Prozentpunkte höher als in Österreich oder im EU-Durchschnitt (Eurostat, 2000). Darüber hinaus sind einige südmährische Teilräume (insbesondere Znojmo) verkehrsmäßig schlecht an den Zentralraum von Brno angebunden. Dadurch sind insbesondere für qualifizierte Berufstätige die Zugangsmöglichkeiten zu adäquaten Arbeitsplätzen eingeschränkt, in Südmähren ist der Anteil der Arbeitslosen mit höherer Schulbildung (etwa 30%) um 3,4 Prozentpunkte höher als im tschechischen Durchschnitt (Eurostat, 2000). Die Problematik der südmährischen Arbeitslosigkeit würde etwas verringert werden, wenn die Annahme zuträfe, dass deren Langzeitarbeitslosigkeit ähnlich niedrig wie in der tschechischen Republik ist (mit rund 30% um etwa 20 Prozentpunkte niedriger als im EU-Durchschnitt). Nur relativ

wenige Arbeitskräfte sind in Tschechien länger als ein Jahr arbeitslos; die Bevölkerung ist dort etwas mobiler, auch wenn sie zu einer Überalterung tendiert (Eurostat, 2000).

Abbildung 29: Arbeitslosenquote in den Grenzregionen 1998 in %



Q: Nationale Jahrbücher; AMS; WIFO, eigene Berechnungen.

In der Slowakei ist zwar die Struktur der Arbeitslosigkeit ziemlich ungünstig (neben hoher Jugendarbeitslosigkeit auch hohe Frauenarbeitslosigkeit) und die Dynamik des Arbeitsmarktes ziemlich schwach (Eurostat, 2000). Der slowakische Arbeitsmarkt ist aber regional sehr stark segmentiert. Das stellt zwar die Regionalpolitik der Slowakei vor große Herausforderungen, für die slowakischen Grenzregionen zu Österreich bietet die relative Nähe zu Bratislava aber doch eine Möglichkeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes. So ist die Arbeitslosenquote der slowakischen Grenzregionen zwar absolut hoch (um die 15%), aber dennoch niedriger als im Durchschnitt der Slowakei. Allerdings geht sie auch in den Grenzregionen der Westslowakei kaum zurück.

Übersicht 19: Arbeitsmarkt in den Grenzregionen der MOEL

Laut Arbeitskräfteerhebung

	Erwerbsbevölkerung In 1.000	Erwerbsquote Insgesamt in %	Arbeitslosenquote	
			Männer	Frauen
Südböhmen	355,7	73,3	4,6	8,0
Südmähren	1022,4	72,3	6,9	11,2
West Transdanubien	439,7	57,8	5,0	4,6
Pomurska	67,5	63,8	10,1	.
Podravska	147,9	55,1	12,8	.
Koroska	38,1	62,1	6,3*	.
Savinjska	126,1	59,7	9,2	.
Zasavska	21,7	55,8	10,0*	.
Spodnje-posavska	37,2	61,7	8,4*	.
Dolenjska	53,6	64,7	4,7	.
Osrednjeslovenska	254,4	59,4	6,1	.
Gorenjska	95,1	59,6	5,9	.
Notranjsko-kraska	23,6	56,7	8,6*	.
Goriska	60,8	60,4	5,0*	.
Obalno-kraska	51,5	59,1	5,9*	.

Q: Europäische Kommission: Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas, 2000. - Tschechische und ungarische Erwerbs- und Beschäftigungsquoten in % der erwerbsfähigen Bevölkerung, Slowenische Daten in % der erwerbsfähigen Bevölkerung
* Ungenau Schätzung.

In Slowenien ist das Problem der Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt, zu sehr prägen strukturelle Komponenten die Arbeitsmarktsituation. Besonders groß sind die Ungleichgewichte in den Grenzregionen zur Steiermark. Das geht auf die entwicklungsschwache, ländliche Struktur im nordöstlichen Landesteil zurück, in Podravska kommen strukturelle Schwächen der Industrie um Maribor noch erschwerend hinzu. Pomurska und Podravska weisen nicht nur eine höhere Arbeitslosenquote, sondern auch mehr strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt auf. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (an die 60% aller Arbeitslosen) liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt dort mehr als zwei Jahre (Moor, 2000). Von der Arbeitslosigkeit sind im Nordosten Sloweniens auch mehr junge Berufstätige als im Landesdurchschnitt betroffen (Podravska 29,9%, Pomurska 20,5%). Noch problematischer wäre die Arbeitsmarktsituation, wenn nicht beide Regionen Arbeitskräfte durch Abwanderung oder Pendelwanderung in andere Landesteile Sloweniens (insbesondere nach Zentralslowenien und ins Küstengebiet) "exportierten". Allerdings lassen die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und Alterungstendenzen mittelfristig eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots in Nordostslowenien erwarten.

Der Nordwesten Sloweniens (mit den Regionen Koroska, Savinjska und Gorenjska) ist viel weniger ländlich geprägt als der Nordosten. Dieser Landesteil umfasst Wirtschaftsregionen, die seit langem industrialisiert sind. Die Arbeitsmarktsituation ist im großen und ganzen besser als im Slowenien-Durchschnitt (ausgenommen Savinjska). Durch den hohen nationalen Wert ist die Arbeitslosigkeit in den slowenischen Grenzregionen zumeist höher als in den Grenzregionen von Kärnten, das gilt selbst für Zentralslowenien um Ljubljana. Ausgenommen ist nur der Bezirk Völkermarkt, in dem die Arbeitslosigkeit nicht entscheidend niedriger als im benachbarten Koroska ist. In Koroska kommt der Jugendarbeitslosigkeit eine relativ große Bedeutung zu (30,6%; Eurostat, 2000).

Neben diesen Grenzregionen mit einer höheren Arbeitslosigkeit gibt es andererseits solche in den MOEL, wo die Arbeitslosigkeit zumeist nicht höher als in den österreichischen Nachbarregionen ist. Dies gilt insbesondere für Westungarn und die Hauptstadtregion von Bratislava sowie mit Abstand auch für die Großstadtregion von Brno und für Südböhmen.

Westungarn (bzw. Westtransdanubien mit den Komitaten Győr-Moson-Sopron, Vas und Zala) gehört in Ungarn zu den Regionen mit der größten Dynamik. In dieser industrialisierten Region ohne besondere strukturelle "Altlasten" geht von den vielen neu geschaffenen Arbeitsplätzen eine Nachfrage nach Arbeitskräften aus, die im Bereich qualifizierter Facharbeiter gelegentlich bereits das Angebot aus der Region übersteigt. Im Jahr 1998 wurde im Komitat Győr-Moson-Sopron eine Arbeitslosenquote verzeichnet, die sogar geringfügig niedriger als in Budapest war (5,1% nach der Eurostat-konformen Methode der Arbeitskräfteerhebung). Insbesondere Arbeiter werden dort viel seltener arbeitslos. Kaum höher ist die Arbeitslosenquote im Komitat Vas, wo die Betroffenheit vor allem der Frauen gering ist. Schließlich ist auch im Komitat Zala die Arbeitslosenquote noch kleiner als im Ungarn-Durchschnitt (7,8%). Die westungarische Arbeitsmarktsituation stellt sich insbesondere im Norden auch besser als die burgenländische dar, gegenüber dem Südburgenland bestehen keine großen Unterschiede. Im Burgenland spielt die Saisonalität der Arbeitslosigkeit eine erhebliche Rolle, wodurch der Anteil der Langzeitarbeitslosen (1998 11%) erheblich niedriger als in Westtransdanubien ist (34,5%). Der westungarische Arbeitsmarkt wird aber auch durch eine besonders niedrige Erwerbsquote entlastet, in Ungarn schiedens infolge der Transformationsrezession vor allem viele Frauen aus dem Erwerbsleben aus. Die Erwerbsquote Ungarns ist um etwa 8 Prozentpunkte niedriger als im Österreich-Durchschnitt. So ist auch der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen in Westtransdanubien um etwa 4 Prozentpunkte niedriger als im Burgenland (1998 47,4%). Diese "stille Reserve" (der Frauen) stellt aber kaum ein Abwanderungspotential dar; der Abwanderungsdruck wird weiters durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in Ungarn reduziert (Eurostat, 2000).

Die Hauptstadt Bratislava war der größte Gewinner aus der Transformation der slowakischen Wirtschaft. Das relativ hohe Einkommen und die niedrige Arbeitslosigkeit stellen kein großes Abwanderungspotential da, noch dazu, wo die Agglomeration von Wien als wichtigster Zielregion in einer Pendlerdistanz zu erreichen ist. Die Arbeitslosigkeit von Wien ist zudem höher als jene von Bratislava (etwa 4%).

Das südmährische Brno zog aus der Transformation einen geringeren Vorteil als einige andere tschechische Großstädte. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit in der ganzen Großstadtregion relativ hoch (1998 etwa 6%), wenngleich niedriger als im Tschechien-Durchschnitt. Die Arbeitslosigkeit ist auch kleiner als in Wien, vor allem in den Umgebungskreisen von Brno ist der Arbeitsmarkt ziemlich flexibel (Abbildung 29).

Erstaunlicherweise stellt die Arbeitslosigkeit im ländlich geprägten Südböhmen weder von der Höhe noch von der Dauer ein großes Problem dar. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist ähnlich niedrig

wie im tschechischen Durchschnitt. Den südböhmischen Arbeitsmarkt hat insbesondere die Nachfragedynamik der Großstadt Ceske Budejovice weitgehend entlastet. Nur in den westlichen Kreisen Südböhmens (Prachatice, Ceske Krumlov) ist die Arbeitslosigkeit höher als in einigen Nachbarbezirken Österreichs (Urfahr-Umgebung, Freistadt), während die östlicheren Kreise (Ceske Budejovice, Jindrichuv Hradec) deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten verzeichnen als das obere Waldviertel (Abbildung 29).

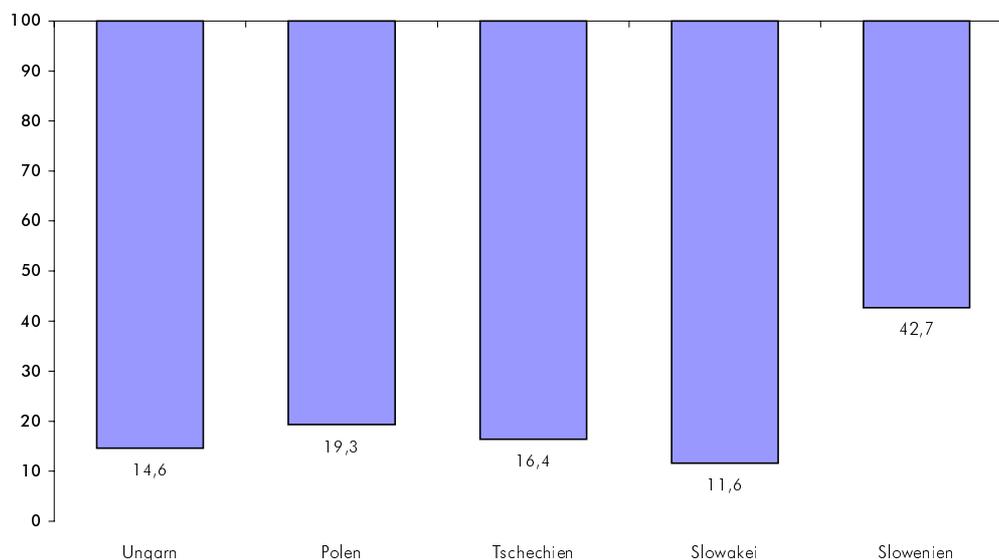
Wie sieht es nun mit den Einkommen in den Grenzregionen der MOEL aus, die als weitere Einflussgröße eine Entscheidung zu einer Ab- oder Pendelwanderung hervorrufen können?

Für grenzüberschreitende Pendler ist jener Lohnunterschied interessant, der sich auf der Grundlage von einheitlichen nominellen Wechselkursen ergibt (z.B. in Euro). Da Pendler in einer Region arbeiten und in einer anderen leben, können sie sowohl aus den Unterschieden in den Löhnen als auch aus den Lebenshaltungskosten Vorteile realisieren. Dieser zweifache Nutzen trifft auf Pendler zu, die in Österreich zu höheren Löhnen als in den MOEL arbeiten und in den MOEL zu niedrigeren Preisen als in Österreich wohnen bzw. leben. Zwischen Österreich und den MOEL besteht nach wie vor ein klares Lohngefälle. In Österreich werden um das 6- bis 7-fache höhere Löhne als in den benachbarten MOEL gezahlt, besonders groß sind die Unterschiede zur Slowakei und zu Ungarn (Abbildung 30). Davon ausgenommen ist Slowenien, wo die Löhne etwas mehr als 40% des österreichischen Niveaus erreichen. Dieses geringere Lohngefälle zu Slowenien spiegelt sich auch in den Grenzregionen Kärntens und der Steiermark wider (Abbildung 25). Geringer als im nationalen Durchschnitt sind die Lohnunterschiede zwischen dem Wald- und Teilen des Mühlviertels einerseits und Südböhmen andererseits (etwa 3:1). Südböhmen hat mit der Großstadt Ceske Budejovice ein dynamisches Wirtschaftszentrum, während das Wald- und Mühlviertel ziemlich peripher in Österreich liegen. Demgegenüber sind im Weinviertel und im nördlichen Burgenland die Bruttolöhne der wohnhaft Berufstätigen (nach der Lohnsteuerstatistik) durch den größeren Auspendleranteil erheblich höher.

Relativiert wird das lohnbedingte grenzüberschreitende Pendlerpotential durch die Lohnunterschiede innerhalb der einzelnen MOEL. Regionen, die im nationalen Vergleich "Billiglohnggebiete" sind, haben zwar ein relativ größeres Auspendlerpotential, ein Teil davon kann aber auch in inländische Regionen mit höheren Löhnen strömen. Das Pendeln ins Inland ist insbesondere für Pendler, die durch mangelhafte Fremdsprachenkenntnisse in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, eine vorteilhafte Möglichkeit. Hingegen richtet sich die Pendelwanderung aus nationalen Hochlohnregionen mangels inländischer Alternativen überwiegend ins Ausland.

Abbildung 30: Löhne und Gehälter in den MOEL

Österreich = 100



Q: WIIW.

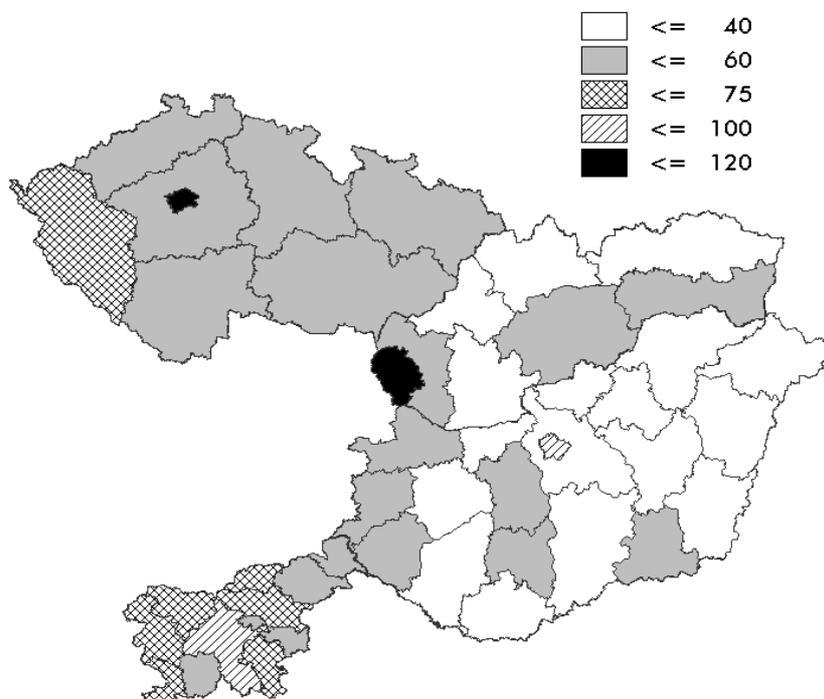
Nun sind die meisten Grenzgebiete der MOEL keine "Billiglohngebiete" im nationalen Vergleich. Nur in wenigen Grenzregionen werden Löhne gezahlt, die um mehr als 15% geringer als im nationalen Durchschnitt sind (Abbildung 25). Dies trifft lediglich auf einige tschechische Grenzregionen zu (Znojmo, Jindrichuv Hradec, Pehlimov). In der Mehrzahl der ländlich geprägten Grenzregionen (insbesondere in Tschechien und im Südosten) liegt die Entlohnung um 5% bis 15% unter den jeweiligen nationalen Durchschnittswerten. Für Berufstätige aus diesen Regionen ist ein Pendeln zu weiter entfernten Arbeitsstätten im Inland nicht mehr allzu attraktiv. Völlig uninteressant wird es für Arbeitskräfte aus Großstädten oder relativ hochentwickelten Regionen, für die ein Pendeln nur ins Ausland vorteilhaft ist. Dies gilt insbesondere für Berufstätige aus Bratislava, wo die Löhne erheblich über dem slowakischen Durchschnitt liegen und das Lohngefälle zu Wien, das zu den Hochlohnregionen der EU zählt, sehr ausgeprägt ist. Weiters werden im Raum um Ljubljana deutlich höhere Lohninkommen als im slowenischen Durchschnitt erzielt. Relativ hoch entlohnt werden auch die Arbeitskräfte in der nordwestlich angrenzenden Region Gorenjska, während sich die Strukturschwäche der Region Podravska mit der Großstadt Maribor auch in der Entlohnung widerspiegelt: dort entsprechen die Löhne nur noch in etwa dem Durchschnittslohn Sloweniens.

Arbeitsplätze mit im Vergleich zu den nationalen Durchschnittswerten hoher Entlohnung überwiegen auch in den tschechischen Großstädten Ceske Budejovice und Brno sowie im ungarischen Komitat Győr-Moson-Sopron .

Für einen ständigen Wechsel des Wohnortes sind nicht nur die Unterschiede in den (Nominal-) Einkommen, sondern auch in den Lebenshaltungskosten ins Kalkül zu ziehen. Es kommt also bei Migrationen auf die Einkommensunterschiede zu Kaufkraftparitäten an, welche – bekanntlich – zwischen den Grenzregionen Mitteleuropas eher gering sind. Die Einkommensabstände liegen in der Nähe jenes Schwellenwertes, ab dem eine Abwanderung vorteilhaft angesehen wird. Aufgrund empirischer Erfahrungen kann davon ausgegangen werden, dass für eine Entscheidung zu einer Migration zumindest ein Einkommensabstand von 20% bis 30% notwendig ist (Dietz - Walterskirchen, 1998). Demnach sind in den ländlichen Grenzgebieten Österreichs nicht viele Migranten aus den Nachbarregionen zu erwarten (Abbildung 31). Anders ist es mit der Zuwanderung in österreichische Großstädte oder Zentralräume, die für eine Land-Stadtwanderung von Bewohnern aus den ländlichen Grenzregionen der MOEL ähnlich in Betracht kommen wie jetzt von Bewohnern aus österreichischen Randgebieten.

Abbildung 31: BIP je Einwohner 1996

Kaufkraftparitäten; EU 15=100



Q: Eurostat. – Slowakei 1997.

Zusammenfassend lässt sich über die Grenzregionen der MOEL sagen, dass dort nicht der höchste Problemdruck zur Abwanderung von Arbeitskräften vorliegt. Dort ist die Arbeitsmarktsituation viel weniger problematisch als etwa in den "Krisenregionen" der MOEL. Relativ am größten wird der Abwanderungsdruck aus Südmähren, der Westslowakei und Nordostslowenien sein. Unter Bedingungen einer Freizügigkeit ist aus diesen Regionen nicht nur mit einem Auspendeln zu rechnen, sondern es kann auch zu einer grenzüberschreitenden Land-Stadtwanderung vor allem nach Wien und nach Graz kommen. Eine Zuwanderung in ländliche Gebiete Österreichs erscheint nur sinnvoll, wenn sie wegen niedrigerer Bodenpreise ins Umland dieser Großstädte führt. Diese beiden Städte werden zudem nicht übermäßig durch Zuwanderungen aus den ungarischen Grenzregionen belastet werden. Ebenso werden relativ wenige Menschen aus den benachbarten Grenzregionen der MOEL nach Linz oder in den Kärntner Zentralraum (bzw. nach Salzburg) migrieren, da sich der Arbeitsmarkt von Südböhmen und mit Abstand auch von Nordwestslowenien nicht allzu sehr von einem langfristigen Gleichgewicht wegbewegt hat. Für die Erhöhung des österreichischen Arbeitskräfteangebots wird also nicht die Zuwanderung, sondern die Pendelwanderung ins Gewicht fallen. In vielen MOEL-Grenzregionen ist das Pendlerpotential überwiegend ins Ausland gerichtet. Es gibt unter ihnen nur wenige nationale "Billiglohngelände" (ausgenommen südliches Tschechien, nordöstliches Slowenien), auf den meisten Arbeitsmärkten werden Löhne gezahlt, die keine Alternative für ein Pendeln über größere Distanzen sind, sodass vor allem ein Auspendeln nach Österreich interessant wird. Dieses Auspendlerpotential ist am größten in den Großstädten Bratislava, Brno, Ljubljana, Győr, Ceske Budejovice und Maribor sowie mit Abstand in Szombathely und Sopron. Somit liegt jede österreichische Großstadt (bzw. jeder österreichische Zentralraum) in Nähe zur EU-Außengrenze in einer mehr oder weniger erreichbaren Entfernung zu ost-mitteleuropäischen Großstädten mit einem großen Pendlerpotential. Das von Einpendlern aus den benachbarten MOEL ausgehende Zuwachspotential in bezug auf das Arbeitskräfteangebot ist zweifellos in Wien am größten, da es in einer weiteren Pendlerdistanz von drei Großstädten (Bratislava, Brno, Győr) liegt.

3.3.4 *Möglichkeiten zu grenzüberschreitenden Kooperationen*

Es wurde bereits betont, dass den österreichischen Klein- und Mittelunternehmen durch die EU-Osterweiterung die Chance gegeben wird, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch grenzüberschreitende Kooperationen und Direktinvestitionen zu stärken. Herausgefordert werden die Unternehmen zur Integration in europäische Netzwerke durch die Globalisierung. Die besondere Chance, welche die Unternehmen ohne Osterweiterung nicht vorgefunden hätten, basiert auf den großen Unterschieden in den Faktorkosten benachbarter Standorte. Dadurch sind die Transaktions- und Organisationskosten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen relativ gering. Dieser Vorteil wird insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen ausschlaggebend, die in bezug auf Netzwerkaktivitäten im allgemeinen wenig Erfahrung und Know-how erworben haben. Hingegen spielt für internationale Konzerne eine räumliche Nähe eine geringe Rolle, da sie sich in ihren weltweit zu treffenden Investitionsentscheidungen auf Spezialisten stützen können.

Die Existenz von Standortunterschieden reicht für sogenannte „greenfield“-Investitionen aus, bei welchen völlig neue Produktionskapazitäten errichtet werden. Wenn aber die grenzüberschreitende Arbeitsteilung durch Kooperationen zwischen oder Akquisitionen von bestehenden Unternehmen intensiviert werden soll, dann müssen die Strukturen der Partnerschaftsregionen einander ergänzen. Um Anhaltspunkte über Kooperationsvoraussetzungen zu erhalten, werden im folgenden die Wirtschaftsstrukturen in den Grenzregionen der MOEL skizziert. Allerdings kann diese Analyse über das Kooperationspotential nur äußerst grob ausfallen, da in den MOEL detailliertere Strukturdaten über Regionen oftmals fehlen.

Übersicht 20: Betriebsgröße in der Industrie der Grenzregionen

Budapest	118	Ceske Budejovice	167
Pest	83	Cesky Krumlov	120
Fejér	149	Jindrichuv Hr.	150
Komárom-Esztergom	112	Pelhrimov	123
Veszprém	123	Pisek	137
Győr-Moson-Sopron	119	Prachatice	62
Vas	134	Strakonice	124
Zala	87	Tabor	174
Baranya	97	Havlickuv Brod	130
Somogy	52	Blansko	151
Tolna	83	Brno-mesto	144
Ungarn	97	Brno-venkov	111
		Breclav	95
Pomurska	13	Hodonin	114
Podravska	10	Jihlava	150
Koroskia	13	Trebic	116
Savinjska	13	Vyskov	96
Zasavska	19	Znojmo	78
Spodnjeposavska	9	Zdar n. S.	153
Dolenjska	12	Tschechien	147
Osrednjeslovenska	6		
Gorenjska	11		
Notranjsko-kraska	10		
Goriska	9		
Obalno-kraska	5		
Slowenien	9		

Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Um einen ersten Eindruck über die Kooperationsmöglichkeiten in der Sachgüterproduktion zu erhalten, wird das Ausmaß der Industrialisierung in den Grenzregionen der MOEL betrachtet. Es zeigt sich, dass diese Regionen einen durchaus nennenswerten Industriebesatz haben. In den meisten Grenzregionen der MOEL beträgt der Anteil des Sekundärsektors an den gesamten Beschäftigten mehr als 40%, und die Industriebetriebe beschäftigen im Durchschnitt zumeist 100

und mehr Arbeitskräfte¹⁷⁾ (Abbildung 32, Übersicht 20). Solche Werte weisen nur wenige österreichische Bezirke auf. Selbst in Südmähren und der Westslowakei, die stärker agrarisch geprägt sind, wird dieser hohe Grad an Industrialisierung zumeist erreicht (ausgenommen z.B. Znojmo). Aber auch in den an die unmittelbaren Grenzregionen anschließenden und für Zulieferbeziehungen immer noch relativ günstig gelegenen Gebieten (wie etwa Mittelmähren, Mittelslowakei oder Zentraltransdanubien) ist die Sachgüterproduktion relativ dicht verbreitet.

Auf österreichischer Seite eignen sich für eine grenzübergreifende (vertikale) Arbeitsteilung nach unterschiedlichen Produktionsstufen einer Wertschöpfungskette insbesondere die Zentralräume der Bundesländer. Besonders begünstigt sind die Zentralräume der Ostregion, da sich in ihrer Nähe drei industrialisierte MOEL-Regionen befinden: Westungarn, West- und Mittelslowakei und Mähren. Während Westungarn leicht erreichbar ist, sind die Verkehrsverbindungen zu den mährischen und slowakischen Industriegebieten (etwa entlang von Morawa und Vah) für intensive grenzüberschreitende Produktionsnetzwerke noch nicht optimal. Der Zentralraum um Graz hat mit dem südlichen Westtransdanubien (insbesondere Komitat Vas) und mit Slowenien zwei potentielle Zulieferregionen in Grenznähe, die Zentralräume von Oberösterreich und Kärnten sind jeweils zu einer Kooperationsregion benachbart (Südböhmen bzw. Slowenien). Für einen raschen Transport von Vorprodukten sind die Verkehrsverbindungen von Graz nach Westungarn sowie von Linz nach Südböhmen noch verbesserungsbedürftig. Mit Slowenien sollten die Kooperationen nicht auf den Unterschieden in den relativen Löhnen beruhen, da diese jetzt schon relativ gering sind und sich bei einem anhaltenden Aufholprozeß der slowenischen Wirtschaft ziemlich bald angenähert haben werden. Hier liegt das Kooperationspotential vielmehr in einer horizontalen Arbeitsteilung zwischen ähnlichen, zumeist mit anspruchsvolleren Produktionstechnologien hergestellten Produktsorten. Das stellt für Unternehmen der Steiermark und Kärntens eine gewisse Herausforderung dar, da Slowenien auch mit dem hoch entwickelten Norditalien intensive Wirtschaftsbeziehungen unterhält.

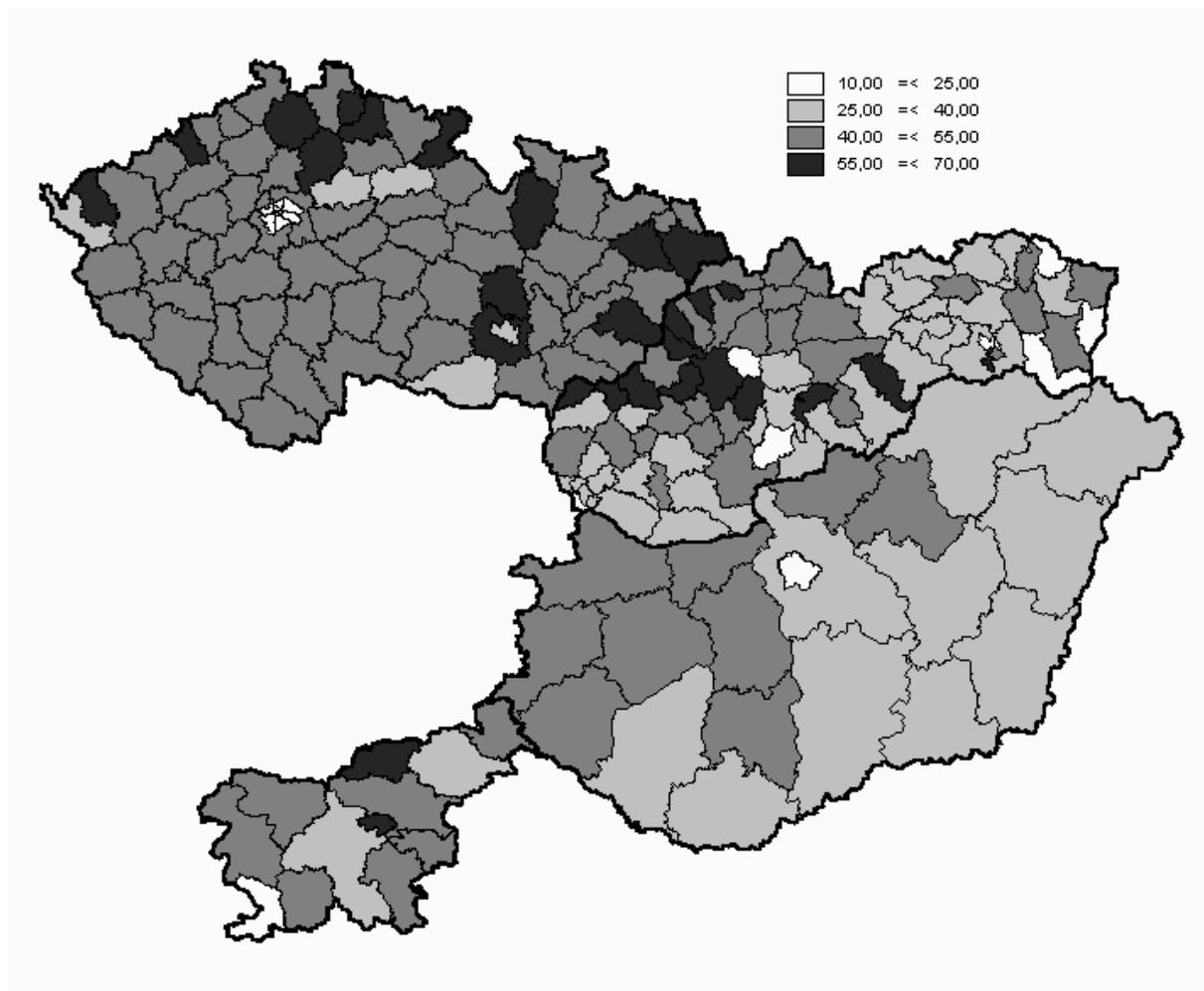
Ein wenig spezifischer als die Industriequote ist die Branchenstruktur der Sachgüterproduktion, die jedoch nur für die Grenzregionen der Slowakei und Ungarns erfaßt ist. Durch sie bestätigt sich im großen und ganzen die grundsätzliche Eignung der meisten Grenzregionen der MOEL als potentielle Zulieferregionen für die österreichische Sachgüterproduktion. In den slowakischen Grenzregionen haben zwei Branchen eine auch für die gesamte Sachgüterproduktion der Slowakei große Bedeutung: Mineralölproduktion und Automobilindustrie (Übersicht 21). Sie tragen zusammen mit etwa 40% zur Wertschöpfung in der Grenzregion bei, wo jeweils mehr als 80% der gesamten slowakischen Produktion hergestellt wird. Auch die Exportstruktur weist die Wichtigkeit dieser beiden Branchen für den Außenhandel der slowakischen Grenzregionen aus (Übersicht 22). Sie geht in erster Linie auf zwei große Unternehmen im Raum von Bratislava zurück: einerseits auf die größte slowakische Raffinerie (Slovnaft) und andererseits auf eine ausländische Direktinvestition

¹⁷⁾ Allerdings ist diese hohe Betriebsgröße etwas verzerrt, weil nur Betriebe ab einer gewissen Mindestgröße (zumeist über 25 Beschäftigte) erfaßt sind.

(VW). Daneben haben die Nahrungsmittel-, die Baustoff- und die Maschinenbauindustrie eine größere Bedeutung für die slowakische Grenzregion (nicht aber auch für die gesamte Slowakei).

Abbildung 32: Bedeutung des Sekundärsektors in den Regionen der MOEL

Anteil der Beschäftigten im Sekundärsektor in %



Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen in %.

Übersicht 21: Branchenstruktur der Sachgüterproduktion in der slowakischen Grenzregion 1998
in %

NACE	Struktur der Wertschöpfung			
	Grenzregionen	Slowakei insgesamt	Differenz der Grenzregionen zu Slowenien in Prozentpunkten	Anteil der Grenzregionen an Slowenien insgesamt in %
15 – manufacture of food products & beverages	7,9	9,8	– 1,8	23,5
17 – textile manufacture	0,4	1,9	– 1,5	6,2
18 – manufacture of textiles and textile products	0,3	2,8	– 2,5	2,7
19 – manufacture of leather & leather products, shoes	0,0	1,2	– 1,2	0,1
20 – wood industry	0,3	1,3	– 1,0	5,9
21 – manufacture of pulp, paper and paper products	0,2	4,5	– 4,3	1,3
22 – publishing & printing industry	4,4	2,1	+2,3	60,1
23 – coke production, refined petroleum products	14,8	4,4	+10,4	97,3
24 – chemical industry	4,6	7,0	– 2,4	19,0
25 – rubber and plastic industry	0,6	3,5	– 2,9	4,9
26 – manufacture of other non-metallic miner. Products	4,6	5,6	– 1,0	23,7
27 – metal production	0,1	8,0	– 8,0	0,2
28 – manufacture of metal structures	2,1	4,3	– 2,2	14,3
29 – manufacture of machinery & equipment N.E.C.	3,4	7,9	– 4,6	12,4
30 – manufacture of office machines and computers	0,3	0,2	+0,1	38,2
31 – manuf. of electr. machinery & equipment N.E.C.	2,9	3,5	– 0,5	24,5
32 – manuf. Radio TV & communication equipment	0,2	1,4	– 1,3	3,2
33 – man. Sanitary equipment, precision optical equ. & instr.	2,2	1,7	+0,4	36,2
34 – manuf. of motor vehicles, trailers & semi-trailers	13,3	4,8	+8,5	80,2
35 – manufacture of other transport equipment	0,1	1,9	– 1,9	0,9
36 – manufacture of furniture	0,9	1,7	– 0,8	15,3
37 – recycling of secondary stuff	0,2	0,3	+0,0	25,1
40 – manufacture of electricity, gas steam and warm water	33,8	12,6	+21,2	78,0
41 – waterworks & water supply	2,3	2,8	– 0,5	24,3
Total	100,0	100,0	+0,0	29,0

Q: Lukas, 2000. - ¹⁾ positive Werte bedeuten eine Spezialisierung in dieser Branche.

In der Sachgüterproduktion von Westungarn dominieren ebenfalls zwei Branchengruppen: eine Gruppe, die als „Technologiesektor“ einzustufen ist, und der arbeitsintensive Bekleidungssektor (Übersicht 23). Innerhalb des Technologiesektors ist das Komitat Győr-Moson-Sopron auf den Maschinenbau spezialisiert und das Komitat Vas auf die Automobilindustrie. Die Automobilindustrie resultiert ebenfalls wieder aus einer ausländischen Direktinvestition (GM), und zwar in unmittelbarer Nähe zur österreichischen Grenze (Szentgotthard). Für das Komitat Vas noch wichtiger als die Automobilindustrie ist der Bekleidungssektor. Diese arbeitsintensive Branchengruppe stellt auch im Komitat Zala die meisten Arbeitsplätze in der Sachgüterproduktion. Daneben spielt im Komitat Zala die Nahrungsmittelindustrie eine größere Rolle, während der Technologiesektor von geringerer Bedeutung ist.

Übersicht 22: Aussenhandelsstruktur der slowakischen Grenzregion mit Österreich
(1998 nach Zollgruppen)

Warengruppe	Exporte Zielland	Importe	
		Herkunftsland	Handelsland
Anteile an Insgesamt in %			
I	live animals	0,23	0,34
II	vegetable products	0,85	1,17
III	animal and vegetable fats	0,00	0,07
IV	beverages, tobacco	0,76	2,52
V	mineral products	20,12	39,99
VI	chemical industry products	5,13	7,33
VII	plastics and plastic products	6,38	3,19
VIII	raw leather, leather	0,11	0,10
IX	wood, wood products	3,57	0,65
X	paper, cardboard	0,41	2,89
XI	textiles & textile products	3,96	1,97
XII	footwear, umbrellas, sun shades	0,19	0,47
XIII	products of stone	0,85	1,07
XIV	costume jewellery, gemstones	0,24	0,12
XV	metal & metal products	5,64	3,29
XVI	machines and instruments	11,18	19,95
XVII	vehicles	35,88	8,81
XVIII	instruments & optical instruments	1,81	4,64
XIX	arms and ammunition	0,28	0,05
XX	various products	1,32	1,19
XXI	works of art, antiquities	0,02	0,03

Q: Customs Statistics, Customs Directorate of the SR; WIFO, eigene Berechnungen.

Wenn man nun diese Branchenstruktur anhand der Vorleistungsintensität der österreichischen Branchen mißt, dann zeigt sich, dass die meisten Branchen, die in den Grenzregionen der West-Slowakei und West-Ungarns eine größere Bedeutung haben, vorleistungsintensiv sind (ausgenommen Mineralölindustrie). Es überwiegen also in der Sachgüterproduktion größtenteils Branchen, die in Österreich entweder viele Vorprodukte beziehen oder herstellen. Allerdings konzentrieren sich etliche von diesen nicht auf die Ostregion.

Übersicht 23: Branchenstruktur der Sachgüterproduktion in der ungarischen Grenzregion 1998
in %

		Győr	Vas	Zala	Grenzregion	Ungarn	Anteil der Grenzregion an Ungarn in %
C	Bergbau	0,1	0,0	4,3	0,9	1,2	10,2
15,16	Lebensmittel und Tabak	16,1	9,7	21,0	15,0	15,7	13,5
17-19	Textil, Bekleidung, Leder	19,7	36,4	22,7	25,7	16,4	22,1
20-22	Holz, Papier und Druckereiwesen	2,8	4,9	8,1	4,5	5,0	12,9
23-25	Chemie	5,9	9,1	1,2	6,0	10,4	8,1
26	Nicht Metallische Mineralien	4,0	0,5	9,8	4,1	4,1	14,0
27,28	Eisen, Stahl	6,2	1,8	4,3	4,4	7,7	8,0
29-35	Maschinenbau	32,8	31,8	12,4	28,3	24,7	16,2
36,37	Andere	3,1	3,0	8,9	4,2	3,9	15,5
E	Strom, Gas Wasser	9,5	2,8	7,4	6,9	10,9	9,0
	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	14,1

Q: Regional Statistisches Jahrbuch Ungarn, 1998.

Die grundsätzliche Eignung der Grenzregionen der MOEL für eine internationale Zusammenarbeit wird auch anhand der ausländischen Direktinvestitionen und Kooperationen in den neunziger Jahren bestätigt. Diese fielen zweifellos in Westungarn am intensivsten aus. Sowohl in bezug auf den Kapitalbestand des ausländischen Eigentums (*Pitti, 1999*) als auch in bezug auf die Zahl der Joint-Ventures (*Hrubí, 1999*) weisen die westungarischen Komitate deutlich höhere Werte als im Ungarn-Durchschnitt auf. In beiden Fällen wird insbesondere das Komitat Győr-Moson-Sopron nur noch von der Hauptstadt Budapest übertroffen. An dieser Intensität der Auslandsinvestitionen sind vor allem auch österreichische Unternehmen beteiligt, die in Westungarn besonders viel investiert haben (*Csefalvay - Matolcsy, 1999*). In der Slowakei ist die Grenzregion zu Österreich am attraktivsten für ausländische Direktinvestitionen, die sich allerdings hauptsächlich in der Hauptstadt Bratislava ballen (*Smith, 1988*). In Tschechien konzentriert sich das ausländische Kapital neben Prag in erster Linie auf die westböhmisches Grenzgebiete. Von der Nähe zu Deutschland haben auch die südböhmischen Gebiete noch etwas profitiert, während in den südmährischen Gebieten schon deutlich weniger investiert wurde (*Dostal, 2000*).

Auch österreichische Unternehmen bevorzugen in ihrem Kooperationsverhalten grenznahe Regionen in Ungarn stärker als in anderen MOEL. Gemäß einer Stichprobenerhebung des WIFO entfallen von allen österreichischen Kooperationen in Ungarn 28,4% auf die grenznahe Zone (höchstens 100 km von der österreichischen Grenze entfernt); in der Slowakei beträgt der Anteil der grenznahen Regionen an allen Kooperationen 26,4% und in Tschechien 24% (Übersicht 24). Insbesondere Unternehmen aus den weiter entfernten Bundesländern Oberösterreich und Salzburg versuchten die Transaktionskosten durch Kooperationen mit Unternehmen aus den westungarischen Grenzregionen gering zu halten. In Slowenien liegen auf Grund der Kleinheit des Landes

sämtliche Kooperationen in der „grenznahen“ Zone. Über ausländische Direktinvestitionen in Slowenien waren keine regionalen Untersuchungen verfügbar.

Übersicht 24: Anteil der Grenzregionen an den österreichischen Kooperationen

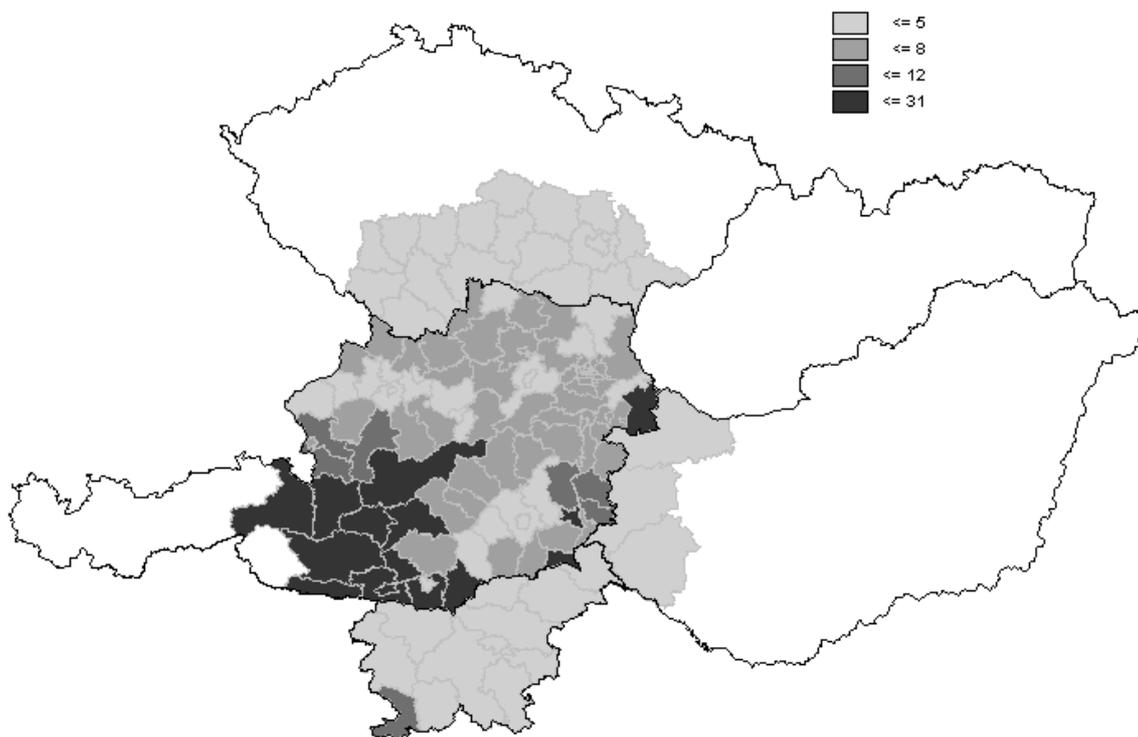
	Ungarn	Tschechien	Slowakei
Wien	28,6	24,1	29,6
Ostösterreich	25,0	26,9	28,6
Westösterreich*	36,0	24,2	28,6
Südösterreich	18,2	16,7	0,0
Insgesamt	28,4	24,0	26,4

Q: Kooperationsfragebogen 1998. - * Nur Salzburg und Oberösterreich.– Innerhalb von 100 km von der Grenze.

Im Tourismus sind Kooperationen bisher eher theoretisch angedacht als verwirklicht. Auch wenn „Destinationsmanagement“ zu einem Schlüsselbegriff für moderne Tourismusstrategien geworden ist, steckt in der österreichischen Tourismuswirtschaft eine überörtliche oder gar überregionale Kooperation zum Zwecke einer Steigerung der Angebotsattraktivität noch in den „Kinderschuhen“. Umso schwieriger sind grenzüberschreitende Kooperationen herzustellen. Sie würden einen Sinn ergeben, wenn sich entweder unterschiedliche Angebots Elemente beiderseits der Grenze zu einem vielfältigeren Angebot ergänzen oder ähnliche Angebotsstrukturen zu Spezialprodukten differenzieren lassen. Vorauszuschicken ist, dass die Tourismusintensität in den unmittelbaren Grenzgebieten der MOEL nicht allzu hoch ist, wenn diese über den Indikator Anteil der Beschäftigten im Gast- und Beherbergungswesen gemessen wird. Demnach hätte keine Region auch nur annähernd jene Intensität, die etwa Bezirke in Kärnten oder Salzburg aufweisen (Abbildung 33). Aber selbst in einigen oststeirischen und burgenländischen Bezirken hat das Gast- und Beherbergungswesen eine größere Bedeutung für die Wirtschaftsstruktur als in irgendeiner Grenzregion der MOEL.

Abbildung 33: Beschäftigte im Beherbergungs- und Gaststättenwesen in den Grenzregionen 1998

Anteile an Beschäftigung insgesamt in %



Q: Nationale Jahrbücher; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; WIFO, eigene Berechnungen. – Slowenien 1993.

Gemäß dieser Kennzahl wäre nur das Küstengebiet von Slowenien eine einigermaßen intensive Tourismusregion. Diese eignet sich grundsätzlich für eine Kooperation mit den Kärntner Tourismusregionen, da sich ziemlich unterschiedliche Angebote kombinieren lassen: Meeresaufenthalt mit Seen- oder Bergaufenthalt. Nimmt man die Nächtigungen je Einwohner als Kennzahl, dann erweist auch die alpine Region Gorenjska als einigermaßen touristisch geprägt (zirka 1,2 Millionen Nächtigungen; Übersicht 25). Grenzüberschreitende Kooperationen würden hier mehr Abwechslung in die Wintersport- oder Bergwandermöglichkeiten bringen. In Nordostslowenien (Pomurska) ist ebenso wie in Westtransdanubien der Tourismus in erster Linie von Thermen geprägt. Hier würde der Konkurrenzdruck mit den Badeorten in der steirischen und burgenländischen Thermenregion durch eine stärkere Spezialisierung auf bestimmte Kundensegmente gemildert werden. Schon außerhalb der unmittelbaren Grenzregion, aber doch in einer kooperationsfähigen Entfernung liegt der Balaton, der neben Budapest zur wichtigsten Tourismusregion Ungarns zählt. Der Balaton teilt sich auf drei ungarische Komitate auf (Veszprem, Zala und Somogy), wo insgesamt etwas mehr als 5 Millionen Nächtigungen gemeldet werden. Hier ist zwar ebenfalls eine

gewisse Konkurrenzsituation mit dem Neusiedlersee gegeben, der allerdings mit etwa 1,3 Millionen Nächtigungen pro Jahr eindeutig im Schatten des Balaton steht. Die Konkurrenz dieser pannonischen Seen ließe sich ebenfalls durch eine Kundensegmentierung abschwächen oder durch ein „Destinationsmanagement“ zu einem übergreifenden Angebot für ein internationales Publikum (eventuell unter Einbeziehung von Wien und Budapest) ersetzen. Ebenso kann der Städtetourismus von Bratislava (mit etwa 1,1 Millionen Nächtigungen) stärker mit jenem von Wien verknüpft werden.

Übersicht 25: Übernachtungen in Grenzregionen

	Übernachtungen	Übernachtungen je Einwohner		Übernachtungen	Übernachtungen je Einwohner
Budapest	4.532.000	2,5	Ceske Budejovice	177.822	2,3
Pest	423.000	0,4	Cesky Krumlov	59.006	13,9
Fejér	459.000	1,1	Jindrichuv Hr.	93.805	9,1
Komárom-Esztergom	264.000	0,9	Pelhrimov	74.098	3,5
Veszprém	1.719.000	4,6	Pisek	70.663	7,4
Győr-Moson-Sopron	830.000	2,0	Prachatice	51.450	15,4
Vas	721.000	2,7	Strakonice	70.598	2,8
Zala	1.578.000	5,3	Tabor	103.243	4,4
Baranya	615.000	1,5	Havlickuv Brod	95.836	3,2
Somogy	1.839.000	5,5	Blansko	107.998	2,6
Tolna	113.000	0,5	Brno-mesto	386.566	2,1
Ungarn	16.916.000	1,7	Brno-venkov	157.318	0,8
			Breclav	124.608	2,6
Pomurska	125.441	4,4	Hodonin	161.839	1,4
Podravska	319.617	0,5	Jihlava	109.043	1,8
Koroskia	73.961	0,6	Trebic	117.841	2,2
Savinjska	255.541	3,8	Vyskov	86.514	0,6
Zasavska	46.633	0,3	Znojmo	114.225	3,7
Spodnjeposavska	70.187	6,6	Zdar n. S.	125.859	6,2
Dolenjska	105.926	2,3	Tschechien	10.303.642	4,2
Osrednjeslovenska	517.022	0,8			
Gorenjska	195.580	6,3	Bratislavsky	1.139.140	1,8
Notranjsko-kraska	50.163	1,1	Tmavsky	1.171.498	2,1
Goriska	119.967	2,4	Trenciansky	760.902	1,2
Obalno-kraska	102.565	18,2	Nitransky	521.428	0,7
Slowenien	1.982.603	3,2	Slowakei	10.456.689	1,9

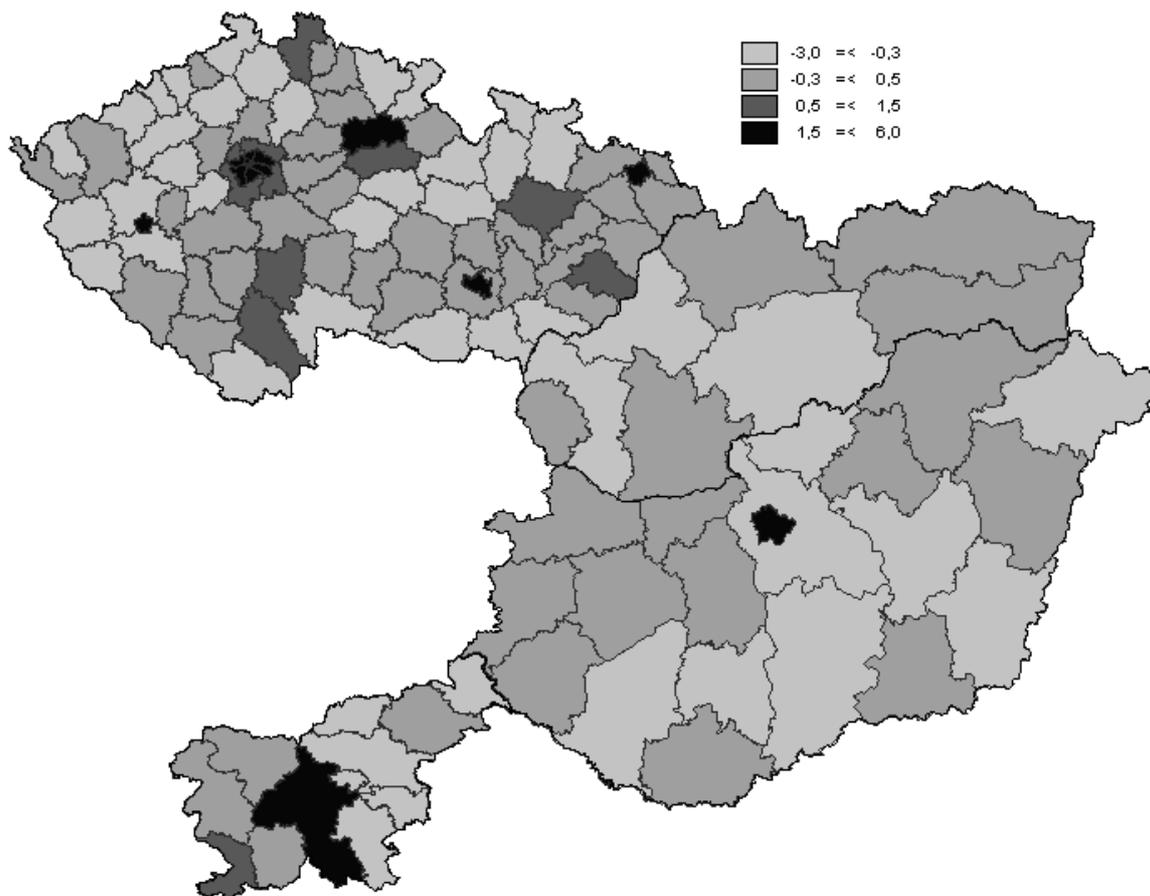
Q: Nationale Jahrbücher; WIFO, eigene Berechnungen.

Die überwiegend agrarisch geprägten Grenzgebiete der Westslowakei und Südmährens kommen für eine intensive touristische Erschließung nicht in Betracht. Sie eignen sich aber durchaus für eine Angebotserweiterung der ländlichen Regionen Niederösterreichs im Rahmen der Freizeitwirtschaft. In diesem Zusammenhang wären grenzüberschreitende Angebote für die Bedürfnisse der Bevölkerung aus den umliegenden Großstädten bereitzustellen. Etwas intensiver ist der Tourismus in Südböhmen, wie dies auch in der Kennzahl Nächtigungen je Einwohner zum Ausdruck kommt.

Die Region Böhmerwald (Sumava) ist eine beliebte Region für Wandern und andere naturnahe Tätigkeiten (z.B. Paddeln) mit einigen kulturellen Sehenswürdigkeiten, durch die sich das touristische Angebot des Mühlviertels und des oberen Waldviertels anreichern läßt.

Abbildung 34: Anteile an Universitätsabsolventen an der Bevölkerung in den MOEL in %

Daten für jedes MOEL standardisiert¹⁾



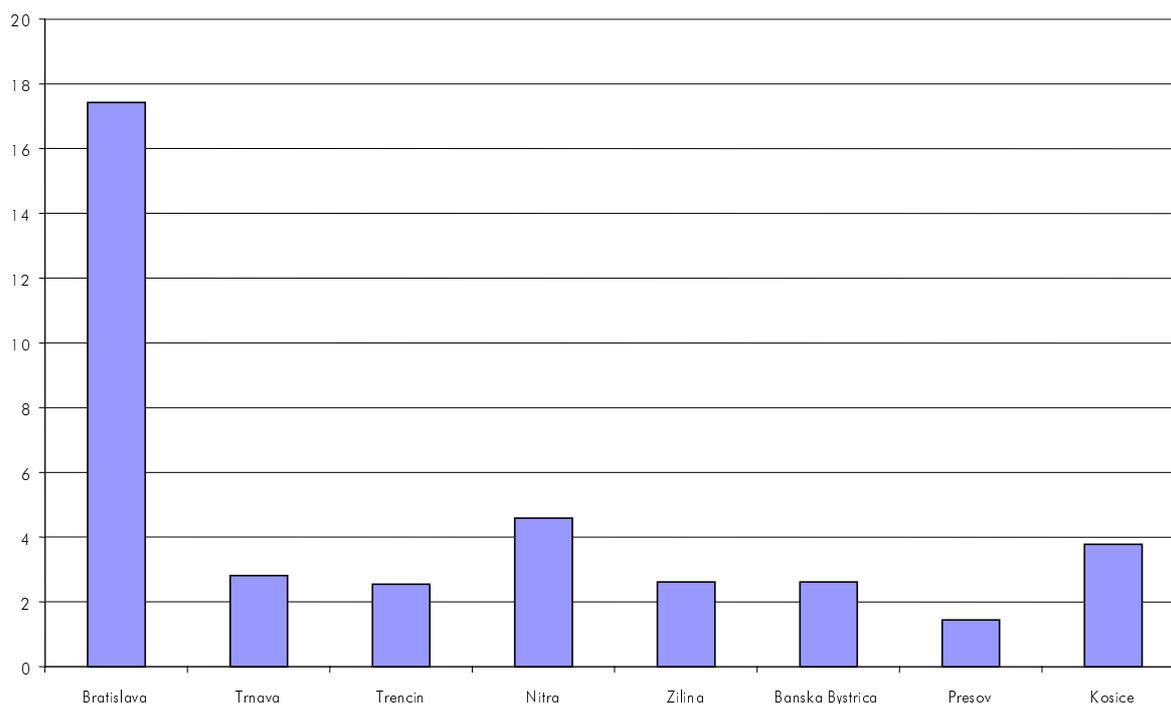
Q: Nationale Jahrbücher. – ¹⁾ Differenz zum arithmetischen Mittel (eines MOEL) / Standardabweichung.

Auch im Bereich von Forschung und Entwicklung dürften die Kooperationen Österreichs mit der MOEL noch nicht sehr weit gediehen sein. Dabei sind nicht nur die österreichischen, sondern auch die mittel- und osteuropäischen Großstädte in Grenznähe (Ceske Budejovice, Brno, Bratislava, Győr, Maribor, Ljubljana) Standorte von Universitäten. Beispielsweise studierten im Jahr 1998 31.200 Studenten an den Universitäten von Brno und 6.800 Studenten an den Universitäten von Győr (Eurolab, 1999). Eine Kooperation wird besonders dort sinnvoll, wo einzelne Universitäten zu klein sind, um sich mit internationaler Reputation spezialisieren zu können. Das Universitätsangebot spiegelt sich im Humankapital wider, bis in die weitere Umgebung der Universitätsstädte ist der Anteil der Universitätsabsolventen höher als im Durchschnitt eines MOEL (Abbildung 34). In bezug

auf eine akademisch ausgebildete Bevölkerung heben sich die Großstädte Brno und Ljubljana besonders heraus. Andererseits wohnen in den ländlichen Grenzgebieten Südschlechiens, der Westslowakei und Nordostsloweniens relativ wenige Absolventen von Universitäten. Darin besteht aber kein grundsätzlicher Unterschied zu den ländlichen Grenzgebieten Österreichs. Für Ungarn und die Slowakei liegen auch Daten über die in Forschung und Entwicklung Beschäftigten vor. Am meisten wird Forschung und Entwicklung in den Regionen mit Universitätsstandorten betrieben. In der Slowakei zeigt sich ein großer Abstand zwischen der Hauptstadt Bratislava und den übrigen Landesteilen (Abbildung 35). In der ungarischen Forschungslandschaft ist die Stellung der Hauptstadt weniger dominant. Győr-Moson-Sopron liegt unter den ungarischen Komitaten im oberen Mittelfeld, Vas und Zala befinden sich in bezug auf die Forschungsquote eher am unteren Ende der ungarischen Rangskala (Abbildung 36).

Abbildung 35: Forschung und Entwicklung in den Regionen der Slowakei

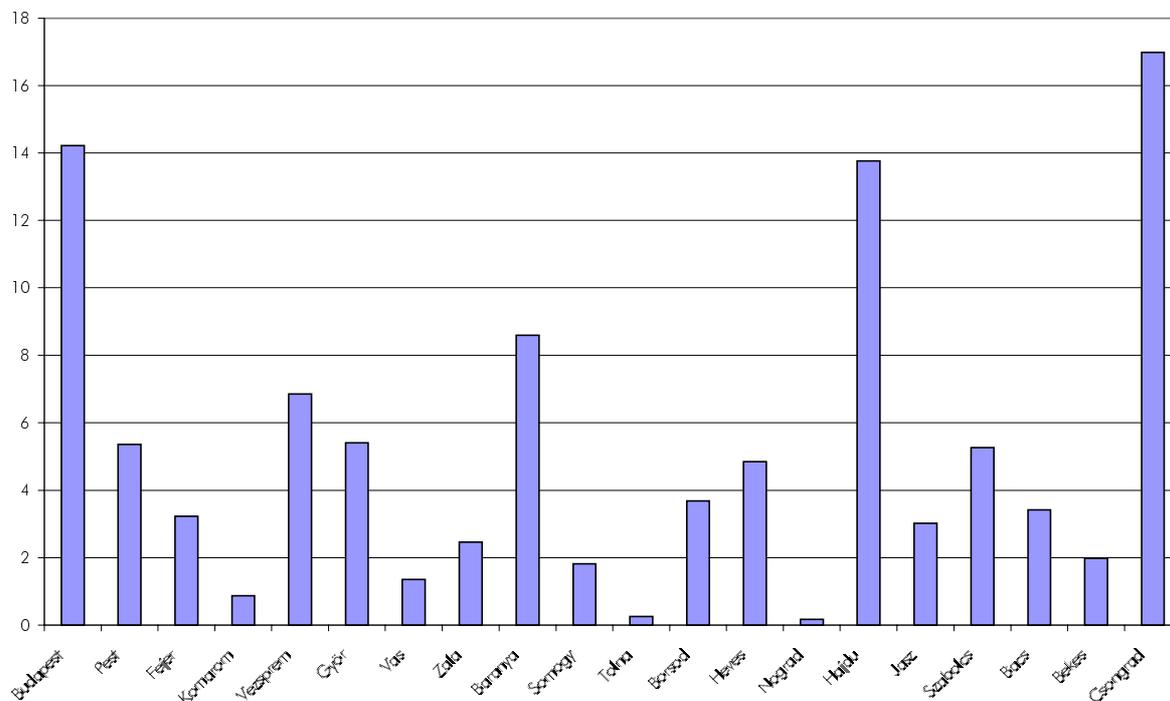
Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung an der Gesamtbeschäftigung in der Slowakei in Promille



Q: Nationales Jahrbuch 1999.

Abbildung 36: Forschung und Entwicklung in den Regionen Ungarns

Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung an der Gesamtbeschäftigung in Ungarn (Vollzeitäquivalente) in Promille



Q: Nationales Jahrbuch 1999.

Somit sind Kooperationen eine der wichtigsten Strategien zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung. Durch die EU-Osterweiterung eröffnet sich eine besondere Chance, da die Voraussetzungen in den Grenzregionen der MOEL recht günstig sind. Durch die räumliche Nähe und den nach dem EU-Beitritt der MOEL verwirklichten Binnenmarkt werden beste Bedingungen für Kooperationen in verschiedensten Bereichen geschaffen. Am weitesten vorangekommen sind bis jetzt die Kooperationen in der Sachgüterproduktion, während im Tourismus und in der Forschung und Entwicklung bestenfalls erste Annäherungen stattgefunden haben. Aber auch in der Sachgüterproduktion sind noch nicht alle Verbindungen zu potentiellen Zulieferregionen ausgeschöpft. Am intensivsten sind die Kontakte mit Westungarn, aber auch Mähren und die Mittelslowakei erscheinen auf Grund ihrer Industriestruktur recht gut in ein Netzwerk vertikaler Arbeitsteilung integrierbar. Genausowenig genützt sind die Möglichkeiten einer horizontalen Arbeitsteilung, für die sich jetzt schon Slowenien anbietet. In einer strategischen Neupositionierung der österreichischen Tourismuswirtschaft sollte auch an ein grenzübergreifendes Destinationsmanagement gedacht werden, wobei sich mit Slowenien, Transdanubien und Südböhmen attraktive Kooperationsmöglichkeiten anbieten.

Schließlich ist die geringe Forschungs- und Entwicklungsintensität Österreichs unter anderem auch durch eine stärkere Internationalisierung zu beheben, wobei mit den Universitäten in den Grenzregionen der MOEL die Forschungskapazitäten „gepoolt“ und koordiniert werden könnten.

Zusammenfassung

Im System sozialistischer Planwirtschaften bestimmten Anreize, die nicht ertragsorientiert, sondern teilweise politisch von zentralistischen Organisationen vorgegeben waren, die institutionellen Regelungen und Verhaltensweisen. Diese Institutionen verursachten makroökonomische Ungleichgewichte und beeinflussten die wirtschaftlichen Strukturen der Regionen. Die Industrie war der dominierende Wirtschaftssektor, die Industrialisierung peripherer Regionen die räumliche Konsequenz einer an den Interessen der Arbeiterschaft orientierten Regionalpolitik. Dadurch waren die Wohlfahrtsindikatoren (wie Löhne) regional zwar deutlich gleichmäßiger verteilt als etwa in der Europäischen Union, die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse verursachte aber erhebliche funktionale regionale Disparitäten ("versteckte regionale Disparitäten"). Die Regionen waren in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten hoch spezialisiert, es bildeten sich industrielle Monostrukturen aus, welche beherrschend für die regionalen Arbeitsmärkte waren. Auch die Gemeinden waren wirtschaftlich stark von einzelnen Großbetrieben abhängig ("company towns"). Durch die zentralistische Struktur des sozialistischen Staates waren die unteren Ebenen der öffentlichen Verwaltung mit wenig Kompetenz ausgestattet.

Nach den politischen Umstürzen der späten achtziger und frühen neunziger Jahre stand für die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) eindeutig die Lösung der makroökonomischen Probleme im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Reformen. Die Privatisierung der Unternehmen, die Liberalisierung von Preisen und Wechselkursen, die makroökonomische Stabilisierung, die Reform des Bankenwesens und des Steuer- und Sozialversicherungssystems bildeten die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte zu Beginn der Transformation. Diese Reformen blieben zwar nicht ohne regionale Auswirkungen, aber eine an langfristigen Zielsetzungen orientierte Regionalpolitik wurde nicht ausgeübt. Im vergangenen Jahrzehnt spielte die Regionalpolitik eine nur untergeordnete Rolle, zudem fehlte ein passendes institutionelles Umfeld. Bis in die jüngste Zeit mangelte es an klaren Kompetenzen und einer territorialen Gliederung als Voraussetzungen für eine funktionsfähige Regionalpolitik, die erst durch die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt mehr Bedeutung erhalten hat.

Die Transformation von der sozialistischen Plan- zur Marktwirtschaft löste einen ziemlich massiven und raschen Wandel in der regionalen Wirtschaftsstruktur der MOEL aus. In vielen Regionen verlor die Industrie (und teilweise auch die Landwirtschaft) zugunsten der Dienstleistungen an Bedeutung. Dennoch unterscheiden sich die MOEL nach wie vor von der sektoralen Struktur in EU-Ländern, das Gewicht der Industrie ist weiterhin zu groß und jenes der Dienstleistungen zu klein. Die Bedeutung der Landwirtschaft ist insbesondere in Polen sehr groß. Die Industrie tendierte in der Transformation zur räumlichen Dekonzentration, weil der Industriebesatz vor allem in den großen Industriezentren reduziert wurde. Zudem wurde in einigen, nahe zu den EU-Grenzen liegenden Regionen eine vordem eher schwache industrielle Basis durch ausländische Direktinvestitionen gestärkt. Diese dezentrierenden Kräfte übertrafen die Wirkungen, die aus der Stilllegung von Zweigbetrieben in peripheren Gebieten resultierte. Dennoch haben sich in den "alten" Industrie-

gebieten die Strukturen nur relativ langsam geändert (insbesondere in Südpolen). Nach Beendigung der Umstrukturierung und der Integration mit der EU ist zu erwarten, daß sich die Industrie der MOEL regional wieder stärker konzentriert. Dann dürften Regionen in den Investitionsentscheidungen (insbesondere der ausländischen Unternehmen) bevorzugt werden, in denen sich Industrietätigkeiten mit Wachstumsaussichten ballen. Im Gegensatz dazu sind die räumlichen Tendenzen im tertiären Sektor verlaufen, in dem die MOEL zu einem beachtlichen Nachholprozeß ansetzten. Es sind viele neue Dienstleistungsunternehmen entstanden, die sich vorwiegend an der regionalen Nachfrage orientiert haben. Gemäß den Einwohnern und der Kaufkraft weist die Nachfrage ein von den Groß- zu den Kleinstädten reichendes Gefälle auf. Dieses wird durch den Zufluß ausländischer Kaufkraft in manche Grenzregionen nur geringfügig überlagert. Durch die Begünstigung von Haupt- und Großstädten überwogen in der regionalen Struktur der Dienstleistungen eindeutig die Konzentrationstendenzen. Später kann es aber auch im tertiären Sektor zu einer Trendwende kommen: eine Dekonzentration kann sich durchsetzen, wenn sich die Dienstleistungen mit zunehmendem Einkommen auf Regionen mit einem geringeren Besatz ausbreiten.

Der Strukturwandel betraf nicht alle Regionen in gleicher Weise. Auf Grund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, die gleichsam von den sozialistischen Planwirtschaften übernommen wurden, bildeten sich kurz nach der politisch-ökonomischen Wende regionale Disparitäten aus. Die sozialen Ungleichheiten, die das neue System zur Folge hatte, haben sich auch räumlich niedergeschlagen. Die regionalen Disparitäten weiteten sich in den neunziger Jahren aus, die Einkommen klappten gegen Ende des abgelaufenen Jahrzehnts eindeutig stärker auseinander als zu Beginn. Wenigen reichen Regionen stehen viele arme gegenüber. Die Unterschiede zwischen reichen und armen Regionen sind vor allem in der Slowakei und in Ungarn sehr ausgeprägt, schwächer verliefen die Divergenzprozesse in Polen und insbesondere in Slowenien. Die regionalen Disparitäten in den MOEL sind auch im internationalen Vergleich sehr groß, die regionalen Entwicklungsniveaus unterscheiden sich viel stärker als etwa in EU-Ländern. Auch die Arbeitsmarktbedingungen haben sich für viele Regionen nicht entscheidend verbessert. Die geringe Flexibilität und Mobilität der Arbeitsmärkte ist regionalpolitisch bedenklich, da sie die Sanierung von Krisenregionen erschwert.

Die Transformation führte zu einer regionalen Polarisierung der wirtschaftlichen Entwicklung mit rasch wachsenden Regionen einerseits und in hartnäckige Strukturprobleme geratene Regionen andererseits. Am raschesten wuchsen Regionen mit Standortvorteilen für Dienstleistungen. Insbesondere die Verteilung der Löhne verschob sich eindeutig zugunsten einiger weniger Großstädte, besonders begünstigt waren die Agglomerationen der Hauptstädte. Mit ihrem Humankapital und ihrer Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur boten sie beste Standortvorteile für (nationale) Unternehmenszentralen der internationalen Unternehmen und für Unternehmensneugründungen im Dienstleistungssektor. Die Dynamik in den Großstadregionen war zudem durch einen Prozeß der Suburbanisierung geprägt, in den Umlandgebieten der Haupt- und Großstädte

expandierte die Beschäftigung besonders deutlich. Die Transformation einigermaßen gut bewältigt haben auch Regionen, in denen relativ viel in der Sachgüterproduktion investiert wurde. Als besonders attraktiv für Investoren haben sich Regionen an der EU-Außengrenze und erneuerungsfähige Industriegebiete erwiesen. Die erneuerungsfähigen Industriegebiete stützen sich auf eine günstige Branchenstruktur und qualifizierte Facharbeiter. In den Grenzregionen der MOEL entwickelte sich insbesondere die Beschäftigung sehr gut, dorthin strömten viele Investitionen von überwiegend kleinen bis mittelgroßen Unternehmen und viel Kaufkraft von Konsumenten aus den benachbarten EU-Staaten. Aus der mäßigen Lohnentwicklung läßt sich erkennen, daß aus diesem Lagevorteil aber nur wenige hoch bezahlte Arbeitsplätze entstanden sind. Davon ausgenommen war Westungarn, das über eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur und gut ausgebildete Facharbeiter verfügt. Aber auch in Tschechien und Slowenien wurde der Lagevorteil niedriger Transaktionskosten zu einer dynamischen Entwicklung in den EU-Grenzgebieten genutzt (insbesondere zu Deutschland und Italien).

Zurückgefallen in der Einkommenshierarchie sind jene Industriegebiete, die vom Bergbau oder der Schwerindustrie geprägt sind. Hier haben Überkapazitäten und Strukturen, welche die Erneuerungsfähigkeit behindern, den Übergang zu einer Marktwirtschaft erschwert. Diese monostrukturierten Industriegebiete verloren mit dem Zusammenbruch des COMECON ihre wichtigsten Absatzmärkte. In den großen Industriebetrieben schrumpfte die Beschäftigung durch den Abbau von ehemals "gehörteten" Arbeitskräften und durch Rationalisierungen. Damit stieg auch die Arbeitslosigkeit deutlich und verharrte selbst nach der makroökonomischen Erholung aus der Transformationsrezession auf einem ziemlich hohen Niveau. Diese "alten" Industriegebiete umfassen in größerer Ausdehnung vor allem die Kohlenreviere in Nordböhmen, die Gebiete um Ostrava-Karvina (Nordmähren), um Kattowice (Südpolen), um Miskolc (Nordungarn) sowie um Trbljove (Slowenien). Zu Problemregionen sind auch ländliche Gebiete in Randlage geworden, in denen ebenfalls Überkapazitäten (in der Landwirtschaft) und Mängel in der Erneuerungsfähigkeit auf Grund unzureichender Standortfaktoren zusammentreffen. Die ländlichen Randgebiete weisen vor allem Schwächen in der Infrastruktur und im Humankapital auf. Eine strukturelle Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau ist die Folge starker Beschäftigungsrückgänge und mangelnder Dynamik. Die peripheren ländlichen Gebiete nehmen in Polen, Ungarn und in der Slowakei erhebliche Anteile an den Landesflächen ein, wobei sie sich insbesondere auf den Osten konzentrieren.

Somit gibt es in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich keine Krisenregionen. In den Grenzregionen zwischen Österreich und den MOEL wird erwartet, dass sich die langfristigen Entwicklungsperspektiven annähern werden. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich die „Bruchlinie“ im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau vertiefen wird. Diese Gebiete haben in den neunziger Jahren zu beiden Seiten der Grenze eine einigermaßen dynamische Entwicklung der Beschäftigung bei mäßigen Lohnzuwächsen gehabt, die sich teilweise auch in positiven Wanderungssalden der Bevölkerung äußerte. Österreichische Konsumenten und teilweise auch Investoren einerseits und ausländische Arbeitskräfte andererseits haben selbst in ländlich geprägte Gebiete eine Dynamik

dies- und jenseits der Grenze hinein getragen. Wenn diese Grenze nicht „abgeschottet“, sondern als Folge des EU-Beitritts der MOEL durchlässiger wird, dann ist eine langfristige Angleichung von Löhnen und Preisen zu erwarten. Die Konvergenz erfolgt umso schneller, je intensiver Güter, Nachfrager und Arbeitskräfte im Rahmen von grenzüberschreitenden Kooperationen ausgetauscht werden.

Hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur sind die Voraussetzungen zu Kooperationen in den Grenzregionen der MOEL im allgemeinen recht günstig. Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen eröffnet sich eine besondere Chance zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten, die ohne Ostintegration nicht gegeben gewesen wäre. Am weitesten vorangekommen sind bisher die Kooperationen in der Sachgüterproduktion, auch wenn bisher nur ein Teil der Zulieferbeziehungen ausgeschöpft wurde. Am intensivsten sind die Kontakte zu Westungarn. Mit Mähren, der Mittelslowakei und Slowenien ist die industrielle Arbeitsteilung noch nicht sehr weit vorangeschritten. Noch wenig entfaltet haben sich die Kooperationen weiters im Tourismus und im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Ein grenzübergreifendes Destinationsmanagement (insbesondere mit Slowenien, Westungarn und Südböhmen) könnte zur Erhöhung der Angebotsattraktivität in der österreichischen Tourismuswirtschaft beitragen. Zum Zwecke einer internationalen Spezialisierung in „Nischen“ könnten Forschungskapazitäten mit den Universitäten in den Großstädten der Grenzregionen (Ceske Budejovice, Brno, Bratislava, Maribor, Ljubljana) enger zusammengelegt und koordiniert werden.

Mittelfristig verbessert sich die Standortwertigkeit auf beiden Seiten der Grenze, weil sich auf den Gütermärkten die Umsatzpotentiale und auf den Faktormärkten die Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren erhöhen. Zudem nimmt für die Haushalte die Wohlfahrt zu, wenn sie aus einem größeren und preisgünstigeren Güterangebot wählen können. Natürlich sind grenzüberschreitende Märkte keine reine „Gewinner-Gewinner“-Situation, manche Unternehmen werden durch die Ausweitung der Marktgebiete auch Marktanteile verlieren. In der Konkurrenz um Marktanteile konnten im Einzelhandel (als einer für regional handelbare Dienstleistungen typischen Branche) keine besonderen Strukturvorteile für die MOEL festgestellt werden. Ihr ausschlaggebender Wettbewerbsvorteil liegt in den Preisen, er wird von österreichischen Konsumenten in erster Linie nur bei Verbrauchsgütern wahrgenommen. Für die kleinen Zentren in den österreichischen Grenzregionen dürfte auch langfristig der Kaufkraftabfluß in die großen österreichischen Einkaufszentren größer sein als in die Grenzregionen der Reformstaaten.

In den Grenzregionen der MOEL ist zweifellos ein Potential an abwanderungswilligen Arbeitskräften vorhanden, wenngleich der dort auf den Arbeitsmärkten lastende Problemdruck nicht der höchste in den MOEL ist. Relativ am größten wird der Druck zur Abwanderung aus Südmähren, der Westslowakei und Nordostslowenien sein, wobei insbesondere die Großstadtregionen Wien und Graz mit stärkeren Zuwanderungen rechnen können. Ein Auspendeln nach Österreich wird auch deshalb interessant, weil die Grenzregionen kaum nationale „Billiglohngebiete“ sind, wodurch ein Pendeln im Inland als Alternative weitgehend entfällt. Am größten ist das Auspendlerpotential in

den Großstädten der MOEL, zu welchen jede österreichische Großstadt an der EU-Außengrenze in einer erreichbaren Entfernung liegt. Das von Einpendlern aus den benachbarten MOEL ausgehende Zuwachspotential für das Arbeitskräfteangebot ist zweifellos in Wien am größten, da es sich in einer weiteren Pendlerdistanz von drei Großstädten (Bratislava, Brno, Győr) befindet.

Die regionale Polarisierung stellt eine große regionalpolitische Herausforderung für die MOEL dar, zumal keine allgemeingültigen, überall anwendbare Strategien vorliegen. In den Krisenregionen wird eine den regionalen Gegebenheiten angepaßte Kombination aus „aktiven“ und „passiven“ Entwicklungsstrategien benötigt, die durch sozialpolitische Maßnahmen abzusichern sind. Das umfaßt Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen ebenso wie Maßnahmen zur Erhöhung der Investitions- und Innovationsbereitschaft und eine soziale Absicherung für diejenigen, die sich nicht an neue Strukturen anpassen können. Angesichts der Knappheit nationaler Finanzmittel besteht ein regionalpolitischer Zielkonflikt zwischen der Sanierung von Krisengebieten und einer wachstumsorientierten Förderung im Rahmen von Ziel-1-Programmen, da letztere für die meisten Regionen der MOEL (ausgenommen Regionen um Hauptstädte) in Frage kommen. Aufgrund der großen Gefahr einer regionalen Desintegration in den MOEL wird empfohlen, den Krisengebieten möglichst viele Finanzmittel aus den EU-Strukturfonds zukommen zu lassen. Für die Bevorzugung von sanierungsbedürftigen Regionen sind verschiedene Varianten denkbar, die in diesem Projekt nicht näher untersucht, sondern nur angedacht worden sind. Denkanstöße wurden für ein eigenes Zielprogramm („Krisenregionen der Transformation“) oder für eine strengere Festlegung der Förderkriterien für Ziel-1-Gebiete gegeben. Unabhängig vom Verfahren zur Auswahl der Fördergebiete sollte der nationale Kofinanzierungsanteil für Krisenregionen in den MOEL reduziert werden, da die Finanzschwächen der lokalen und regionalen Verwaltungseinheiten sehr groß sind. Die Kofinanzierung sollte in erster Linie einen strukturpolitischen Mißbrauch verhindern. Andererseits sollten die übrigen Regionen der MOEL überwiegend national gefördert werden, in Übereinstimmung mit der Wettbewerbspolitik der EU und durch eine relativ geringe Unterstützung durch die Strukturfonds der EU (etwa im Rahmen von Ziel-2-Programmen). Zielsetzung dieser überwiegend national ausgerichteten Förderung („Renationalisierung der Regionalförderung“) wäre es, nachhaltige „Wachstumspole“ im Rahmen einer offensiven Strukturpolitik aufzubauen oder zu stützen. Grundsätzlich sollten sich diese Überlegungen nicht nur auf die Förderung in den MOEL beschränken, sondern sie erscheinen in Bezug auf die Regionalpolitik der gesamten EU diskutierbar.

Literaturhinweise

- Abraham, T., Eser, T.W., "Regionalpolitik in Mittel- und Osteuropa im Spannungsfeld von Transformation und Integration am Beispiel Polens", *Raumforschung und Raumordnung*, 1999 (2/3), S. 83–95.
- Aghion, P., Blanchard, O., *On the Speed of Transition in Central and Eastern Europe*, European Bank, Working Paper No. 6, July 1993.
- Aghion, P., Blanchard, O., Burgess, R., "The Behaviour of State Firms in Eastern Europe, Pre-privatization", *European Economic Review*, Vol. 38, No. 6, 1994, S. 1327-1350.
- Aiginger, K., *Do Industrial Structures Converge: a survey on the Empirical Literature on Specialisation and Concentration of Industries*, WIFO Working Paper No 116, Wien, 1999.
- Aiginger, K., et al, *The Competitiveness of European Industry*, Commission of the European community, Brussel, 1999.
- Aiginger, K., Czerny, M., *Kooperation in einem erweiterten Europa*, WIFO-Gutachten, Wien, 1998.
- Albrechts, L., *Shifts in Europe and their Impact on the European Spatial Structure*, in Hardy, S. et al. , *An Enlarged Europe - Regions in Competition?* Regional Studies Association, London, 1995.
- Alden J., Boland, P. (Ed.), *Regional Development Strategies - A European Perspective*, Regional Studies Association, London, 1996.
- Aslund, A., "Lessons of the First Four Years of Systemic Change in Eastern Europe", *JCE*, Vol.19, 1994(1), S. 22-38.
- Aslund, A., Boone, P., Johnson, S., "How to Stabilize: Lessons from Post-Communist Countries", *Brookings Papers on Economic Activity*, Vol. 1, 1996, S. 217-313.
- Audretsch, D. B., *Industrial and Trade Policies for the Emerging Market Economies*, CEPR Discussion Paper No. 1046, 1994.
- Bachtler, J. , "Regional problems and Policies in Central and Eastern Europe, *Regional Studies*", 1992, S. 665–671.
- Bachtler, J., Downes, R., "Regional Policy in the Transition Countries: A Comparative Assessment", *Regional Studies*, 1999, S. 665–671.
- Barjak, F., Heimpold, G., *Development Problems and Policies at the German Border with Poland – regional Aspects of Trade and Investment*, Paper Presented at the ERSA Conference, Vienna, 1999.
- Barro, R. J. , Sala-i-Martin, X., "Convergence", *Journal of Political Economy*, vol. 100, 1992(2), 2, S. 223-251.
- Barro, R. J., Sala-i-Martin, X., "Convergence across States and Regions", *Brookings Papers*, 1991(1), S. 107-156.
- Bartok, I., *Hungary – The Pioneer in Reforms*, Bank Austria, Vienna, 1995.
- Bercik, P., "Die Entwicklung der Regionalisierung in der Slowakischen Republik", in Kretschmer, O., Hrbek, R. (Hrsg.), *Standortpolitik und Regionalisierung in Europa*, Nomos, Baden-Baden, 1999, S. 67-71.
- Biehl, D., *The Contribution of European Infrastructure to regional Development*, Series Documents of the European Commission, European Commission, Brussels, 1986.
- Biehl, D., et al., *Spatial perspectives for the enlargement of the European Union*, European Regional Policy, Study 36, European Commission, Brussels, 2000.
- Bival, J., *Slovenia*, Bank Austria, Wien, 1995
- Blanchard, O., Dornbush, R., Krugman, P., Layard, R., Summers, L., *Reform in Eastern Europe*, MIT Press, Cambridge, MA, 1991.
- Boeri, T., Scarpetta, St., *Dealing with a Stagnant Pool: Policies Coping with Long Term Unemployment in Central and Eastern Europe*, Paper Presented at the OECD Conference "Transforming Economies and European Integration", Sofia 27-28 May 1994.

- Boeri, T., Scarpetta, St., "Regional mismatch and the transition to a market economy", *Labour Economic*, 3, 1996, S. 233–254.
- Boltho, A., et al, "Will East Germany become a Mezzogiorno", *Journal of Comparative Economics*, Vol. 24, 1997, S. 241-264.
- Boone, L., Maurel, M., *Economic Convergence of the CEECs with the EU*, CEPR Discussion Paper 2018, Centre for Economic Policy Research, London, 1998.
- Bucek, M., *Regional Disparities and Regional Dynamics in Slovakia: A Pre-Accession Picture*, Paper presented at the meeting of the European Regional Science Association, Dublin, 1999.
- Buch, M., "Banking Reform in eastern Europe: an Institutional Approach", *Moct-Most*, 3, 1993, S. 73-94.
- Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, *Die Grenzregionen Österreichs und seiner östlichen Nachbarn*, Manuskript, Wien 2000.
- Burda, M. C., Profit, St., "Matching Across Space: Evidence on Mobility in the Czech Republic", *Labor Economics*, 3, 1996, S. 233-254.
- Button, K. J., Pentecost, E.J., "Testing for Convergence of the EU Regional Economies", *Economic Inquiry*, Vol. 33, 1995, S. 664–671.
- Braunerhjelm, P., et al., *Integration and the Regions of Europe: How the right Policies can prevent Polarization*, CEPR, London, 1999.
- Cieslar, V., "The Czech – saxony Cross – Border Dimension of regional transition in the Czech Republic", *Eastern European Economics*, July – August, 1996, S. 3-39.
- Crucini, M., et al, *Dispersion in Real Exchange Rates*, University of Pensilvania Working paper, 2000.
- Csefalvay, Z., Fassman, H., Rohn, W., *Regionalstrukturen im Wandel - Das Beispiel Ungarn*, ISR - Forschungsberichte, Heft 1, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien, 1993.
- Csefalvay, Z., et al., *Hungary's Accession to the EU: The Impact on selected Areas of Hungarian Austrien Relations*, WIIW, EcoGI, Budapest-Wien, 1999.
- De la Fuente, A., *On the Sources of Convergence: A close look at the Spanish Regions*, CEPR Discussion Paper 1543, 1996.
- Decressin, J., Fatas, A., "Regional Labor Market Dynamics in Europe", *European Economic Review*, Vol. 39, 1995, S. 1627-1655.
- De Souza, P., Korompai, A., "The Regional Dimension in Hungary: Aspects of Transformation in 1991-1992", in Hardy S. et al., *An Enlarged Europe - Regions in Competition?* Regional Studies Association, London, 1995, S. 242-256.
- Dewatripont, M., Roland, G., *The Design of Reform Packages under Uncertainty*, CEPR Discussion Paper No. 860, November 1993.
- De Melo, M., Denzier, C., Gelb, A., *From Plan to Market: Patterns of Transition*, World Bank Economic Review, Vol. 10, The World Bank, Washington, 1996.
- Dietz, R., Walterskirchen, E., *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt*, WIFO, Wien, 1998.
- Dorgai, L., "Grundlagen der Regionalpolitik in Ungarn, in Bundesanstalt für Agrarwirtschaft", *Die Grenzgebiete Österreichs und seiner östlichen Nachbarn*, Wien, 2000, S. 61-75.
- Dostal, P., Hampl, M., *Changing Economic Base of Prague: Towards new organizational dominance*, in Barlow, M., Dostal, P., Hampl, M. (Hrsg.), *Development and administration of Prague*, Institut vor Sociale Geographie, Amsterdam, 1994.
- Dostal, P., *The 1999 European spatial Development Perspective challenging the Czech Republic and other accession countries: polycentric guidelines versus current uneven spatial development*, Manuskript, Karlsuniversität, Prag, 1999.

- Dostal, P., "Changing local and regional development: issues of democracy, integrality and hierarchies", *Acta Universitatis Carolinae, Geographica*, 1999(1), S. 3-18.
- Dostal, P., "Reintegrating Central european region: challenges of trans-border spatial development", *Acta Universitatis Carolinae, Geographica*, 2000(1), S. 21-38.
- Dostal, P., *Regional Development and Administration in the Czech Republic*, PREPARITY, Czech Working Team Paper, 1, Prag, 2000.
- Dostal, P., *Foreign Direct Investment and Regional Development in the Czech Republic*, PREPARITY, Czech Working Team Paper, 3, Prag, 2000.
- Dostal, P., *Czech Regional Labour Markets and Labour Migration between Austria and the Czech Republic*, PREPARITY, Czech Working Team Paper, 4, Prag, 2000.
- Dostal, P., *Regional Impacts of Transformation in the Czech Republic*, PREPARITY, Czech Working Team Paper, 5, Prag, 2000.
- Downes, R., "Regional Policy Development in Central and Eastern Europe", in Alden, J., Boland, P. (Ed.) *Regional Development Strategies - A European Perspectives*, Regional Studies Association, London, 1996, S. 256–272.
- Drbohlav, D., Sykora, L., *Gateway Cities in the Process of Regional Integration in Central and Eastern Europe: The Case of Prague*, in Biffi, G. (Hrsg.), *Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*, Schriftenreihe Europa des Bundeskanzleramtes, Wien, 1997.
- Engel, Ch., Rogers, J. , "How wide is the border", *AER*, 86, 1996 (5), S. 1112-1125.
- Estrin, S., Urga, G., *Convergence in Output in Transition Economies: Central and Eastern Europe, 1970–1995*, CEPR Discussion Paper 16, Centre for Economic Policy Research, London, 1997.
- Europäische Gemeinschaften, *Interregional and Cross-border Cooperation in Europe*, Europäische Kommission, Brüssel, 1994.
- Europäische Gemeinschaften, *Strukturpolitische Maßnahmen 2000–2006, Kommentare und Verordnungen*, Europäische Kommission, Brüssel, 2000.
- Eurostat, *Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas*, 2000 (2), Brüssel.
- Eurolab, *Grenzüberschreitendes Arbeitsmarkt-Monitoring-System für städtische Regionen im Grenzraum Österreich-Tschechische Republik-Slowakei-Ungarn-(Polen)*, Zwischenbericht, Wien, 2000.
- Fagerberg, J., Verspagen B., "Heading for Convergence or Divergence?" *Regional Growth in Europe Reconsidered*, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 34, 1996, S. 432–448.
- Fidrmuc, J., *Adjustment to Shocks via Inter-regional Labor Mobility: Evidence from the Czech and Slovak Republics* Manuskript Center for European Integration Studies (ZEI), University of Bonn, und Centraal Planbureau, The Hague, 2000.
- Fischer, St., "Socialist Economy Reform: Lessons from the First Three Years", *AER*, Vol. 83, 1993 (2), S. 390–395.
- Fischer, St., Ratna, S., Vegh, C., "Stabilization and Growth in Transition Economies: The early Experience", *Journal of Economic Perspectives*", Vol 10, Spring, 1996 (2), S. 45-66.
- Fischer, St., Ratna, S., Vegh, C., "Economies in Transition to Market: The beginnings of Growth", *American Economic Association Papers and Proceedings*", Vol. 86, 1996 (2), S. 229–233.
- Fischer, St., Ratna, S., Vegh, C., "From Transition to Market: Evidence and Growth prospects", in Zecchini (eds.), *Lessons from Economic Transition*, Kluwer academic Publishers, 1997, S. 79-101.
- Fischer, St., Ratna, S., *The transition Economies after 10 years*, NBER Working Paper 7664, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA, 2000.
- Gacs, J., (Koord.), *Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU – Osterweiterung*, Teilprojekt 2, *Macroeconomic Developments in the Candidate Countries with respect to the accession Process*, WIFO, Wien, 1999.

- Gligorov, V., Gradual Shock Therapy, Institute for Advanced Studies Working Papers, East European Series No.1, 1994.
- Gora, M., Lehmann, H., "Flow and Stock Analysis of Polish Unemployment", January 1990 - June 1991, Labour, 1992, S. 87-115.
- Gorzalak, G., The regional Dimension of Transformation in Central Europe, Regional Studies Association, London, 1996.
- Grabher, G., Stark, D., "Organizing Diversity: Evolutionary Theory, network Analysis and Postsocialism", Regional Studies, 1997, S. 533-544.
- Hajdu, Z. (ed.), Regional Processes and Spatial Structures in Hungary in the 1990's, Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences, Pecs, 1999.
- Hamilton, I., Decision Making and Industrial Location in Eastern Europe, in Blunden, J. et al (ed.), Regional Analysis and Development, Open University Press, London, New York, 1973.
- Ham J., Svejnar, J., Terrell, K., "Czech republic and Slovakia", in Commander, S., Coricelli, F., Unemployment, Restructuring, and the labor Market, in Eastern Europe and Russia, The World Bank, Washington, D.C., 1995, S. 91-146.
- Hampl, M. et al., Geography of Societal Transformation in the Czech Republic, Department of Social Geography and Regional Development, Charles University of Prague, Faculty of Science, Prague, 1999.
- Hanson, G. H., North American Economic Integration and Industry Location, NBER Working Paper No. 6587, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA, 1998.
- Hardy, S., et al., An Enlarged Europe - Regions in Competition? Regional Studies Association, London, 1995.
- Hrubi, L., "Transition of the Spatial Structure of the Economy in Hungary", in Hajdu, Z. (ed.), Regional Processes and Spatial Structures in Hungary in the 1990's, Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences, Pecs, 1999, S. 288-315.
- Huber, P., Stylized Facts of New Enterprise Formation in Central and Eastern Europe - How Different are the Czech and Slovak Republics, Institut für Höhere Studien, East European Series No. 27, 1995.
- Huber, P., Stadtkooperation im Donauraum, unpublished manuscript, Institute for Advanced Studies, Vienna, 1997.
- Huber, P., Kletzan, D., Bestimmungsfaktoren der Integration in Internationalen Unternehmensnetzwerken, WIFO-Gutachten, Zwischenbericht, Wien, 1999.
- Huber, P., Wörgötter, A., Local Labor Market Dynamics in the Czech and Slovak Republics, University of Michigan, Discussion Paper 138, Michigan, 1997.
- Huber, P., Wörgötter, A., "Local Unemployment Dynamics in Central and Eastern Europe: A Comparison of Three Countries", in Crampton, G. (Ed.), Regional Unemployment, Job Matching and Migration, Pion, London, 1999, S. 35-48.
- Illes, I., "Möglichkeiten einer Regionalisierung in Mittel- und Osteuropa", in Kretschmer, O., Hrbek, R. (Hrsg.), Standortpolitik und Regionalisierung in Europa, Nomos, Baden-Baden, 1999, S. 73-78.
- Kallai, E., Traistaru, J., Characteristics and trends of Regional labour Markets in Transition Economies: Empirical Evidence from Romania, Manuskript, Zentrum für Europäische Integration, Bonn, 1999.
- Kertesi, G., Köllö J., Unemployment, Wage Push and the Labour Cost Competitiveness of Regions – The Case of Hungary, 2000.
- Kocenda, E., Limited Macroeconomic Convergence in transition Countries, CEPR Discussion Paper 2285, Centre for Economic Policy Research, London, 1999.
- Kornai, J., The Road to a Free Economy, Norton and Company, New York, 1989.
- Kornai, J., "Transformational Recession: The Main Causes", JCE, Vol.19, 1994 (1), S. 39-63.

- Köllö, J., Unemployment and the Prospects for Employment Policy in Hungary, ACE Research Network Conference, Erdtarcsa, 14-17 May 1993.
- Krätke, St., "Regional Integration or Fragmentation? The German – Polish Border Region in a new Europe", *Regional Studies* Vol. 33, 1999(7), S. 631–641.
- Luszcz, L., "Two models of Regional Development of Poland", in Kretschmer, O., Hrbek, R. (Hrsg.), *Standortpolitik und Regionalisierung in Europa*, Nomos, Baden-Baden, 1999, S. 63-64.
- Lukas, Z., et al, *Intensification of East – West Relations in the Process of EU – Enlargement: The Case of Austria/Slovak Republic*, WIIW, Wien, 2000.
- Maier, G., *Economic Integration in Central Europe: Cross Border Trips in the Vienna Bratislava Region*, Paper presented at the international seminar "Common Markets Common Borders, Common Questions" Stadtschlaining, Austria, 1994, June 6 - 7.
- Martin, R., "Regional Convergence in the EU: determinants of Catching up or staxing-behind", *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, Jg. 19, 1999, S. 157-182.
- Martin, B., van der Felde, R., *Shopping Space and Borders*, Paper presented at the European Regional Science Association Meeting August 23 – 27, Dublin, 1999.
- Mickiewicz, T., *Convergence versus Rapid Deindustrialisation: Restructuring of Employment in Central Europe*, Paper presented at the Workshop on Regional development Policy, Zentrum für Europäische Integration, Bonn, Manuskript, SSEES/ University College, London, 1999.
- Monesland, J., Westlund, H., *Cross Border Co-operation in low Density areas*, Paper presented at the European Regional Science Association Meeting August 23 – 27, Dublin, 1999.
- Moro, K., *Der Arbeitsmarkt im steirisch – slowenischen Grenzraum, Eine kommentierte Datensammlung*, Arbeiterkammer Steiermark, Graz, April 2000.
- Myant, M., "Transforming the Czech and Slovak Economies: Evidence at the District Level", *Regional Studies*, Vol 29, 1995(8), S. 753-760.
- Palme, G., Schremmer, Ch. (Hrsg.), *Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL*, WIFO-Gutachten gemeinsam mit ÖIR, Wien, 1998.
- Palme, G., *Das Waldviertel und die EU-Osterweiterung*, WIFO-Gutachten, Wien, 1999.
- Parsley, D. C., Shang – Jin, W., *Explaining the Border Effect: The Role of Exchange Rate Variability, shipping Costs and geography*, NBER Working Paper No. 7836, National Bureau of Economic research, Cambridge, MA, 2000.
- Patocka, J., "Regionalism in the Czech Republic", in Kretschmer, Otto und Rudolf Hrbek (Hrsg.) *Standortpolitik und Regionalisierung in Europa*, Nomos, Baden-Baden, 1999, S. 53–56.
- Pavlinek, P., Smith, A., "Internalization and Embeddedness in East-Central European Transition: The Contrasting Geographies of Inward Investment in the Czech and Slovak Republics", *Regional Studies*, Vol. 32, 1998(7), S. 619-638.
- Petrakos, G., *Patterns of Regional Inequality in Transition Economies*, Manuskript, Department of Planning and Regional Development University of Thesaly, Greece, 1995.
- Petrakos, G., *The Spatial Impact of east – West Integration*, in Perakos (Hrsg.) *Integration and Transition in Europe: the Economic Geography of Interaction*, London, Routledge, 1999.
- Profit, St., "Divergence in regional Unemployment: An Empirical Investigation of Job Matching in the Czech Republic", in G. Crampton (Ed.), *Regional Unemployment, Job Matching and Migration*, Pion, London, 1999, S. 11-34.
- PROMEI, *Structural Policy and Regional Planning along the External EU Fronzier to Central Europe- Preparing for Eastern Enlargement*, PREPARITY-Hungary, Budapest, 1999.
- Quah, D. T., *Regional Convergence Clusters Across Europe*, CEPR - Discussion Paper No 1286, 1993.

- Quah, D. T., Empirics for Growth and Distribution: Stratification, Polarization and Convergence Clubs, CEPR - Working Paper No. 1586, 1997.
- Rechnitzer, J., Ein erfolgreicher Modernisationstest - die Schwerpunkte der Raumentwicklungsstrategie in Nord – Transdanubien, in Thesenpapiere des Europaforum Wien, Wien, 1995.
- Rechnitzer, J., The Features of the Transition of Hungary's Regional System, Centre for Regional Studies of Hungarian Academy of Sciences, Discussion Papers, 32, Pecs, 2000.
- Roland, G., "The Role of Political Constraints in Transition Strategies", Economics of Transition, 1994, Vol. 2, S. 27-41.
- Sachs, J. D., Lipton, D., "Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland, Brookings Papers of Economic Activity", 1990, S. 75-146.
- Sachs, J. D., "The Economic Transformation of Eastern Europe, Economics of Planning", 1992, S. 5-19.
- Sachs, J. D., "The Transition at Mid Decade, American Economic Review", Vol. 86, 1996, S. 128-133.
- Scarpetta, S., Huber, P., "Regional Economic Structures in Central and Eastern Europe: An Attempt to identify Common Patterns", in Scarpetta, S., Wörgötter, A. (Ed.), The Regional Dimension of Unemployment in Transition Countries, OECD, Paris, 1995, S. 206 - 233.
- Scott, J., W., European and North American Contexts for Cross Border Regionalism, Regional Studies, Vol 33, No. 7, October 1999.
- Selowsky, M., Ricardo, M., "The Transition from Socialism: Policy Performance and Output Growth in transition Economies", AEA Papers and Proceedings, Vol. 87 No. 2, 1997, S. 350-353.
- Simon, I., "Regional development Policy in Hungary", in Kretschmer, O., Hrbek, R. (Hrsg.), Standortpolitik und Regionalisierung in Europa, Nomos, Baden-Baden, 1999, S. 57-62.
- Smith, A., "Regulation Theory, Strategies of Enterprise Integration and the Political Economy of Regional Economic Restructuring in Central and Eastern Europe: The Case of Slovakia", Regional Studies, Vol 29, 1995(8), S. 761-772.
- Smith, A., Restructuring the Regional Economy – Industrial and Regional Development in Slovakia, Studies of Communism in Transition, Edward Elgar, Cheltenham, UK, 1998.
- Szalavetz, A., Technology Transfer, Innovation and Modernization in Hungarian Manufacturing Firms, Institute for World Economics of Hungarian Academy of Sciences, 103, Budapest, 1999.
- Urban, W., The Industrial Structure of Central and East European Countries as compared with Austria and some other West European countries, WIIW, 1995.
- Zysman, J., Schwartz, A., Enlarging Europe – The Industrial Foundations of a New Political Reality, University of California at Berkeley, 1998.

© 2000 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis der Print-Version: ATS 400,00 bzw. EUR 29,07 • Kostenloser Download:
<http://preparity.wsr.ac.at/public/ergebnisse>